

Sonderthema:
Im Dienst der Allgemeinheit
 Bürger engagieren sich SEITE 1-13

DIE AKTION
 Drei Beispiele für ehrenamtliches Engagement in Deutschland
SEITE 3

DIE VISION
 Der Verein »Aktive Bürgerschaft« gibt Impulse für Bürgerstiftungen
SEITE 9

Das Parlament

KOPF DER WOCHE

Chef der neuen Expertengruppe

Thomas Klie Der gebürtige Hamburger ist ein vielbeschäftigter Mann: Rechts-Professor an der Evangelischen Hochschule Freiburg, Gastdozent in Namibia, Anwalt und vor allem ausgewiesener Pflegeexperte. Jetzt hat sich Thomas Klie noch mehr Arbeit aufgeladen, denn er führt seit Juni auch die neue Sachverständigenkommission des Bundes zur Erstellung des Zweiten Engagementberichts. Die neun Experten sollen bis Juli 2015 eine Studie zu bürgerschaftlichen Aktivitäten in Deutschland mit dem Schwerpunkt des demografischen Wandels und der Bewältigung durch die Kommunen erstellen. Seit einem Bundestagsbeschluss 2009 müssen Regierungen in jeder Legislaturperiode einen Engagementbericht vorlegen, der erste wurde im November 2011 präsentiert. Klie will die Kommissionsarbeit nach außen sichtbar machen – durch Bürgerbeteiligung in Kommunen oder Ausschussarbeit im Bundestag. *kru*

ZAHLE DER WOCHE

600.000

Wahlhelfer werden für die Bundestagswahl am 22. September benötigt. Sie werden von den Gemeindebehörden berufen und sind 80.000 Urnenwahlbezirken und 10.000 Briefwahlbezirken zugeteilt. Die Tätigkeit eines Wahlhelfers, der selbst wahlberechtigt sein muss, ist ehrenamtlich.

ZITAT DER WOCHE

»Es wird geleistet, was der Staat alleine nicht leisten kann.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende, in einer Videobotschaft zum ehrenamtlichen Engagement in Deutschland

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview Der CDU-Abgeordnete Markus Grübel zum Bürger-Engagement **Seite 2**
- THEMA**
Politik Parteinahne Stiftungen und ihre Aufgaben in der Demokratie **Seite 10, 11**
- THEMA**
Wirtschaft Unternehmens-Stiftungen bringen sich in die Gesellschaft ein **Seite 12, 13**
- KEHRSEITE**
Bundestag Wie es mit dem Anbau am Marie-Elisabeth-Lüders-Haus weitergeht **Seite 14**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
 60268 Frankfurt am Main



Die Mitmach-Gesellschaft

BÜRGERENGAGEMENT Freiwillige sind eine wichtige Stütze – brauchen aber auch selbst Unterstützung

Wenn sich Bürger engagieren, ist das von politischer Seite immer gern gesehen. Es gibt wohl keinen Politiker, der nicht ein paar lobende Worte über die ehrenamtlichen Helfer verlieren würde. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nennt das Engagement eine „Bereicherung“, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, hält es für „unverzichtbar“ und Bundespräsident Joachim Gauck zählt die Begegnungen mit Ehrenamtlichen zu „seinen schönsten Erlebnissen“. Tatsächlich tut es jeder dritte Deutsche – er engagiert sich für einen bestimmten Zweck. Die Zahl der Freiwilligen ist seit Jahren konstant, dennoch verändert sich das bürgerschaftliche Engagement stark – gleichzeitig ist es durch die hohen Erwartungen aller Betroffenen politisch sehr aufgeladen. Was bedeutet das für uns?

Die Möglichkeiten sich zu engagieren waren noch nie so vielfältig wie heute: es gibt Vereine und Stiftungen, aber auch Bürgerinitiativen und Aktionsbündnisse sowie die Freiwilligendienste, die eine Alternative zum klassischen Ehrenamt darstellen. Die Helfer arbeiten im Umwelt- oder Denkmalschutz sowie in Sport-, Hobby- oder Kulturvereinen mit. Besonders stark ist das Engagement im sozialen Bereich. So ist der Paritätische Wohlfahrtsverband mit seinen zahlreichen Mitgliedsorganisationen besonders stark auf die ehrenamtlichen Helfer angewiesen. „Bei uns sind einige Millionen Menschen engagiert“, sagt Ulrich Schneider, der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Die Vielfalt der Einsatzstellen und die konstante Zahl der Engagierten zeigen, dass die Deutschen sich wirklich engagieren wollen. Allerdings könnte der Staat es ihnen an vielen Stellen einfacher machen: Warum müssen Ehrenamtliche erst seit März diesen Jahres ihre Aufwandsentschädigungen nicht länger versteuern? Und wer sich als junger Mensch in einem Freiwilligendienst – sei es der Bundesfreiwilligendienst oder ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) – engagieren möchte, muss sich erst einmal durch den Informationsdschungel aus Zuständigkeiten, Voraussetzungen und Bewerbungsfristen kämpfen und sich gleichzeitig um das in der Regel folgende Studium kümmern. Dabei könnte man gerade für diese Zielgruppe die Angebote mit späteren Berufswegen gut verzahnen. Momentan muss ein Student lange suchen, um einen Studiengang zu finden, dessen Numerus Clausus zum Beispiel durch ein FSJ positiv beeinflusst wird.

Größerer Individualismus Der Staat muss seinerseits Einsatz zeigen, denn das Engagement verändert sich. Es wird individualistischer und pragmatischer. Sebastian Braun, der das Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement an der Humboldt-Universität Berlin leitet, sagt: „Wir beobachten einen Strukturwandel im bürgerschaftlichen Engagement. Das bedeutet: Der moderne Engagierte fragt immer wieder nach dem persönlichen Sinn und Nutzen seines Einsatzes und handelt weitaus seltener als der ‚Traditionelle‘ aus einer selbstverständlichen, eingelebten Gewohnheit heraus.“ Ferdinand Schenke ist so eine „moderne“ Engagierte. Sie arbeitet in dem Mentorprojekt „Yoldas“ der Bürgerstiftung Hamburg mit und begleitet zusammen mit ihrem Ehemann den zehnjährigen Serkan. „Wir wollen ihm helfen, sich zwischen der türkischen und deutschen Kultur besser zurecht zu finden“, sagt Ferdinand Schenke. Schulerfolge stehen dabei weniger im Vordergrund – die Mentoren von Yoldas sollen die Kinder vielmehr in ihrer persönlichen Entwicklung unterstützen. Über ihr Engagement für Serkan muss Ferdinand Schenke übrigens nicht viel nachgrübeln. „Am Anfang hat Serkan uns gefragt, ob wir dafür bezahlt werden, mit ihm Zeit zu verbringen“, sagt sie. Viele der Kinder täten das. „Mittlerweile weiß er, dass wir es freiwillig tun und ich denke, dass die



Sommer, Sonne und DLRG – die Helfer der Deutschen Lebensretter-Gesellschaft arbeiten fast alle ehrenamtlich. In diesem Jahr feiert die Organisation ihr 100-jähriges Bestehen.

se Wertschätzung ihm viel bedeutet“, sagt Schenke. Das Nachsehen haben traditionelle Vereine. So muss sich der Tischtennisverein FSV Kropbach im Westerwald trotz sportlichen Erfolgs aus der Bundesliga zurückziehen. Es fehlen Freiwillige, die die Vereinsarbeit unterstützen. Bürgerschaftliches Engagement spiegelt somit immer die Gesellschaft wieder, in der wir leben. Und damit auch ihre schlechten Seiten. So ist der Zugang zu einer freiwilligen Tätigkeit nicht für jeden selbstverständlich. Eine Studie der Uni Würzburg aus dem Jahr 2011 zeigt, dass sich nur jeder dritte Hauptschüler engagiert, während es bei den Gymnasiasten mehr als 50 Prozent sind. Auch Sebastian Braun beobachtet diese Tendenz. „Es gibt beim bürgerschaftlichen Engagement eine Art Pisa-Effekt“, sagt der Sozialwissenschaftler. „Engagement signalisiert immer auch die Teilhabechancen

an unserer Gesellschaft. Die privilegierten und bildungsstarken Gruppen engagieren sich jedoch mehr als die ressourcenarmen. Selbst im Sport, der eigentlich als leicht zugänglich gilt, haben wir festgestellt, dass die soziale Kluft wächst.“ Hier zeigt sich die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements: Damit wesentliche Teile der Bevölkerung nicht den Anschluss an diese Teilhabe verlieren, ist es wichtig, soziale Verantwortung bereits früh zu etablieren. Manche Schulen haben Fächer wie „Ehrenamt“ in ihren Lehrplan aufge-

nommen, auch der Paritätische Wohlfahrtsverband hat reagiert. „Wir haben besondere Programme, um gezielt Hauptschüler anzusprechen“, sagt Ulrich Schneider. „Denn so ein Engagement bietet viele Chancen. Man wird gebraucht und macht ganz neue Erfahrungen. Das wollen wir auch benachteiligten Gruppen vermitteln.“ Wenn diese soziale Kluft weiter wächst, fungiert das bürgerschaftliche Engagement höchstens als „sozialer Feuerlöscher“ – und zeigt dem Staat nicht auf, wie es besser geht. Diese Chance sollte wir uns nicht entgehen lassen.

Keine Schicht in unserer Gesellschaft darf den Anschluss an Teilhabe verlieren. Ferdinand Schenke und ihre Mitstreiter bei der Bürgerstiftung Hamburg sind da bereits einen Schritt weiter. „Ohne die türkischstämmigen Mitarbeiter wäre unsere Arbeit kaum möglich“, sagt Ferdinand Schenke. „Gerade in der ersten Zeit vermitteln sie zwischen den Mentoren und den Familien und schaffen eine Vertrauensbasis.“ Aber nicht nur das soziale Gefälle im bürgerschaftlichen Engagement verändert sich. Gleichzeitig gewinnt der Einsatz von Freiwilligen und Ehrenamtlichen zunehmend an Professionalität. Es bedeutet jedoch weniger, dass die Einsatzstellen ihren Helfern komplexere Aufgaben übertragen, sondern, dass diese das selbst einfordern. „Wo ein Ehrenamt oder eine Engagement mit einer besonderen Qualifizierung verbunden ist – zum Beispiel beim DLRG oder beim Kindersorgetelefon – haben wir kaum Nachwuchssorgen“, sagt Ulrich Schneider. „Es darf nicht beliebig sein, die Helfer wollen mit ihren Ei-

genschaften hervorstechen.“ Wohl deshalb haben gerade die Freiwilligendienste großen Zulauf; sie ähneln normaler Erwerbstätigkeit. Allerdings gibt es mehr Bewerber als Plätze – gerade bei der jüngeren Zielgruppe. Dieses Potenzial sollte nicht brach liegen. Der Staat ist gefragt, die Dienste entsprechend auszubauen.

Rückzug des Staates Damit wachsen die Anforderungen an die Einsatzstellen, die sich auf die ehrenamtlichen Helfer einstellen müssen. Oft sind eine gezielte Schulung der hauptamtlichen Mitarbeiter sowie eine spezielle Personalführung für Freiwillige nötig. „Denn sonst bedeutet die zusätzlichen Helfer erst einmal nur Extra-Arbeit für die Pfleger, Erzieher und Sozialarbeiter“, sagt Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Widerlegt diese Tatsache den Vorwurf, der bei Bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt immer wieder erhoben wird, nämlich, dass es eine bequeme Rückzugsmöglichkeit für den Staat ist, um sich aus der Verantwortung zu ziehen? Ferdinand Schenke dagegen sagt: „Der Staat sind wir. Wenn mir bestimmte Dinge nicht gefallen und ich daran etwas ändern kann, dann engagiere ich mich.“ Was sie problematisch findet, ist, wenn durch freiwillige Helfer Arbeitsplätze gefährdet werden könnten. „Ich engagiere mich auch im Museum Altona. Dort diskutieren wir öfter, welche Aufgaben von uns Freiwilligen übernommen werden sollten – und welche nicht. Wir wollen den angestellten Mitarbeitern nicht die Arbeit wegnehmen. Da müssen wir genau hingucken, auch das gehört zu unserer Pflicht.“

Deshalb muss es zum Selbstverständnis aller Freiwilligen gehören, ständig zu hinterfragen, wem ihr Einsatz am meisten nützt – ihnen, den Betroffenen oder dem Staat. Profitiert letzterer am meisten, kann etwas nicht stimmen. Alle, die sich engagieren, müssen einfordern, was ihnen zusteht, und ablehnen, was sie nicht leisten können. Denn das ist ihre Aufgabe: Sie sollen unsere Gesellschaft stützen, ihre Last jedoch nicht allein schultern. *Lisa Srikiow*

Die Autorin ist freie Journalistin in Hamburg.



Der Bundespräsident – hier Joachim Gauck (Bildmitte) beim Jubiläum der Stiftung Lesen – ist traditionell Schirmherr verschiedener Stiftungen und ehrenamtlicher Projekte.

EDITORIAL

Im Dienst der Mitmenschen

VON JÖRG BIALLAS

Wie wichtig es ist, die Mechanismen einer Bürgergesellschaft zu stärken, hat die Politik längst erkannt. In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Gesetze und Initiativen auf den Weg gebracht worden, die bürgerschaftliches Engagement fördern. Dahinter steht die Erkenntnis, dass es sich zufriedener und besser lebt, wenn Anteil genommen wird am Schicksal anderer, wenn Hilfe angeboten wird, wo sonst niemand unterstützt, wenn ehrenamtlich soziale Projekte betreut werden. Die Schwerpunkte der Arbeit haben sich deutlich verschoben. Galten beispielsweise einst die Kirchen und Familien als zuständig für die Betreuung pflegebedürftiger alter Menschen, gibt es längst staatliche Unterstützung und zahllose private Hilfsprojekte. Waren früher die Freiwillige Feuerwehr und der örtliche Sportverein die Orte ehrenamtlichen Einsatzes, gibt es heute überall Bürgerstiftungen, die sich um eine breite Palette öffentlicher Anliegen kümmern. Vom „Lesepaten“ in der Schule bis zur Pflege von Grünflächen, von der landmannschaftlichen Trachtentanz-Gruppe für Jugendliche bis zur Sanierung eines Stadtteils reicht das Engagement zum Wohle der Gemeinschaft. Die Grenzen zwischen staatlichen Pflichtaufgaben, bürgerschaftlichem Einsatzwillen und privatwirtschaftlichem Marktanspruch sind dabei nicht immer klar zu ziehen. Das führt mitunter zu Konflikten. Das Argument freilich, private Hilfsbereitschaft fördere grundsätzlich den Rückzug des Staates aus sozialer Verantwortung, greift zu kurz. In aller Regel etablieren sich Bürgerstiftungen in Bereichen, die nur unter fantasievoller Auslegung des Begriffs einer staatlichen Grundversorgung zuzuordnen sind. Bürgerstiftungen leisten, ebenso wie Parteien- und Unternehmensstiftungen im In- und Ausland, einen Beitrag zum gedeihlichen und zukunftsorientierten Zusammenleben der Menschen. Sie haben sich inzwischen insbesondere im lokalen Bereich etabliert und ergänzen damit die bewährten ehrenamtlichen Strukturen vor Ort, machen sie vielfach bunter und attraktiver. Wesentlich bleibt allerdings: Mit jeder zusätzlichen Initiative, mit jedem neuen Freiwilligen wird es im Bewusstsein dieser Gesellschaft selbstverständlicher, sich für Mitmenschen einzusetzen.



GASTKOMMENTARE

NUTZT DER STAAT DAS EHRENAMT AUS?

Fließende Grenze

PRO



Ulrike Herrmann »die tageszeitung«

Ehrenamtliche sind nützlich für den Staat. Eine freiwillige Feuerwehr spart Kosten beim Katastrophenschutz, und große Teile der Jugendarbeit gäbe es nicht, wenn nicht knapp ein Drittel aller Männer bereit wäre, sich gratis bei einem Sportverein zu engagieren. Der Staat ist auf das Ehrenamt angewiesen und fördert es daher nach Kräften: Freiwillige können sich auf öffentlichen Internetseiten informieren, welche Organisation ihre Hilfe braucht. Aufwandsentschädigungen sind steuerlich begünstigt – und für langjährige Einsätze wird auch gern eine offizielle Medaille verliehen. Gegen ein Ehrenamt ist nichts zu sagen, denn es schafft tiefe Befriedigung, sich um andere zu kümmern. Es ist auch nicht verwerflich, dass der Staat Altruismus unterstützt. Aber oft ist die Grenze zwischen Nutzen und Ausnutzen fließend, und die Ehrenamtlichen werden missbraucht, um öffentliche Aufgaben zu übernehmen. Nur zwei Beispiele: Jede Pisa-Studie ergibt, dass Migrantenkinder in Deutschland nicht ausreichend gefördert werden. Doch an der Schulstruktur ändert sich fast nichts – stattdessen kümmern sich jetzt ehrenamtliche Lesepaten darum, dass „ihre“ Schützlinge den Anschluss nicht verlieren. Auch in den Pflegeheimen fehlt die Kapazität, sich ausgiebig mit den Alten zu befassen. Sie werden oft sich selbst überlassen, wenn sich keine Freiwilligen finden, die mit den Dementen die dringend nötige „Biographiearbeit“ machen. Ehrenamtliche werden ausgenutzt. Allerdings wissen sich die Freiwilligen zu wehren: Sie melden sich nur, wenn sie nicht allzu dreist beansprucht werden. Wie internationale Studien belegen, ist das Ehrenamt dort am häufigsten, wo auch der Sozialstaat am stärksten ausgeprägt ist.

Ungenutzte Chancen

CONTRA



Frank Thewes »FOCUS«

Auch wenn in unserem Land an vielen Stellen Geld fehlt, was woanders vielleicht verschwendet wird: Das Ehrenamt nutzen wir nicht aus. Wir nutzen die Möglichkeiten und Chancen des ehrenamtlichen Engagements eher zu wenig. Das gilt gerade für unseren Sozialstaat, der Menschen in Not nicht nur mit Almosen abspesen will, sondern ihnen (hoffentlich einlösbar) Ansprüche garantiert. Armut, Krankheit oder Integrationsprobleme dürfen wir aber nicht allein staatlich Beauftragten überlassen. Unser Land ist sehr viel erfolgreicher, wenn wir die gesamte Gesellschaft einspannen. Es mag bequem sein, sich darauf zu verlassen, dass sich Ausländerämter und Hartz-IV-Agenturen um die Flüchtlingsfamilie von nebenan kümmern. Konkrete Perspektiven ergeben sich aber, wenn wir uns selber kümmern. Das gilt für fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Aktuelles Beispiel: Ganztagschule. Der Staat hinkt nicht nur beim Ausbau des Angebots hinterher. Auch an der Qualität hapert es gewaltig. Sollen wirklich nur staatliche Schulbürokraten den Tagesablauf unserer Kinder bestimmen? Gut organisierte Ganztagschulen vernetzen sich mit Sportvereinen und sind offen für ehrenamtliches Engagement. Dabei darf es nicht um Billiglösungen gehen, sondern um echte Bereicherung: Es wäre absurd, wenn unser Nachwuchs bis in die frühen Abendstunden in der Schule verwahrt wird, statt in Sportclubs, Musikgruppen oder andere Initiativen hineinzuwachsen zu können. Auch aus dem wachsenden Heer rüstiger Rentner lassen sich viele Freiwillige zum Vorlesen oder Werken gewinnen. Vereinskultur und Ehrenämter bringen Menschen zusammen, die anders wohl nicht zueinander fänden. Davon profitieren wir alle.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1-7 Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Grübel, sind Sie neben Ihrer Abgeordnetentätigkeit noch ehrenamtlich aktiv?

Ja, ich bin bereits seit frühester Jugendzeit ehrenamtlich engagiert. So war ich Ministrant und Pfarrjugendleiter in meiner Heimatpfarre und 20 Jahre im Kirchengemeinderat. Über die kirchliche Jugendarbeit bin ich in die Kommunalpolitik gelangt. Seit 25 Jahren bin ich CDU-Gemeinderat in Esslingen. Seit 2006 bin ich Präsident des Blasmusikverbands Esslingen und seit 2007 Vorsitzender der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung. 2011 wurde mir der Vorsitz der unabhängigen Kommission Sexueller Missbrauch der Diözese Stuttgart-Rottenburg übertragen. Ich bin also vielfältig ehrenamtlich engagiert.

Was antworten Sie den Menschen auf die Frage, warum sie sich freiwillig engagieren sollten?

Engagement macht Freude. Es gibt viele Motive und auch Bereiche, in denen man gemeinnützige Tätigkeit einbringen kann. Jeder kann etwas bewegen, sei es in der Kirchengemeinde als Pfarrgemeinderat oder als Helfer bei Festen oder als Fußballtrainer einer Jugendmannschaft. Die Aufgabe sollte Spaß machen. Natürlich kann man auch Erfahrungen sammeln und diese weitergeben. Der Erwerb sozialer Kompetenzen ist für das berufliche Weiterkommen gut. Man kann viele neue Kontakte knüpfen und auch Anerkennung und Wertschätzung erfahren. Viele engagieren sich freiwillig, um neben dem Beruf und vielen anderen Verpflichtungen, die freie Zeit einfach sinnvoll zu nutzen.

Wie kann die Politik dafür sorgen, dass die Zahl der freiwillig engagierten Bürger wächst?

Man kann das Engagement nicht verordnen. Es beruht auf Freiwilligkeit, kann aber natürlich durch bestimmte Rahmenbedingungen gefördert werden. In den vergangenen zehn Jahren ist viel geschehen: So wurden etwa der Schutz der Ehrenamtlichen in der gesetzlichen Unfallversicherung erweitert, das Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht reformiert und Modellprogramme zur Förderung von generationsübergreifenden Freiwilligendiensten, Mehrgenerationenhäusern und Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements finanziert.

Welche Rolle spielt in dem Zusammenhang die Anerkennungskultur?

Aufmerksamkeit und Wertschätzung spielen eine große Rolle. Daher ist die Stärkung der Anerkennungskultur ein zentrales Thema für die Politik, aber auch für Vereine und Verbände. In ihr kommt zum Ausdruck, welchen Stellenwert die Gesellschaft bürgerschaftlichem Engagement beimisst. Diverse Engagementpreise sowie die Einführung von „Ehrenamtskarten“ und „Kompetenznachweisen“ sind in diesem Zusammenhang neuere Anerkennungsformate.

Sowohl die Opposition, aber auch verschiedene Experten warnen, dass Bund, Länder und Kommunen angesichts leerer Kassen das freiwillige Engagement ausnutzen könnten, um eigene Aufgaben auszulagern. Sehen Sie diese Gefahr auch?

Nein. Wer sich ehrenamtlich engagiert, sagt: „Das ist meine Stadt, mein Verein, mein Anliegen, dafür tue ich etwas.“ Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum „Ausfallbürgen“ für leere Staatskassen werden. Die Diskussion wird ja bereits seit längerem geführt und nicht nur mit Blick auf Bund, Länder und Kommunen. Ich nenne das Stichwort „Arbeitsmarktneutralität“ beim Bundesfreiwilligendienst oder missbräuchliche Fallgestaltungen bei Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüssen in Kombination mit Minijobs. Die Bundesregierung hat mehr-

»Die Relevanz ist da«

MARKUS GRÜBEL Der CDU-Abgeordnete plädiert dafür, dem »bürgerschaftlichen Engagement« einen ständigen Ausschuss zu widmen



fach betont, dass sie hier konkreten Hinweisen nachgeht, wenn sie ihr bekannt werden.

Einige Regionen – insbesondere in Ostdeutschland – leiden unter einem anhaltenden Bevölkerungsrückgang. Kann bürgerschaftliches Engagement dem entgegenwirken, oder leidet es selber unter dem Phänomen?

Die demografisch bedingte Alterung der Bevölkerung und der Bevölkerungsrückgang – vor allem im ländlichen Raum – sind gesellschaftliche Herausforderungen, zu deren

Lösung auch bürgerschaftliches Engagement einen Beitrag leisten kann. Denn dort, wo es ein lebendiges Vereinsleben und ein funktionierendes soziales Miteinander gibt, sind Menschen auch eher zum Bleiben bereit. Es ist daher einerseits wichtig, Orte der Begegnung und des Engagements zu fördern und andererseits die vorhandene Engagementbereitschaft der „Generation 60plus“ mit gezielten Angeboten anzusprechen. Notwendig ist außerdem eine niedrigschwellige Förderung von kleineren Projekten mit kreativen und nützlichen Ideen, zu

deren Realisierung oft nur geringe Summen benötigt werden.

In Deutschland steigt die Zahl der Stiftungen immer weiter an. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Das hat sicher auch mit den Reformen der vergangenen Jahre im Bereich des Stiftungsrechts zu tun. Im Jahr 2000 wurden insbesondere die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Vermögensstockspenden an neu gegründete gemeinnützige Stiftungen erhöht. Im Jahr 2002 wurde das Stiftungsrecht modernisiert. Weitere Verbesserungen des Stiftungssteuerrechts hat auch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Jahr 2007 gebracht – durch die steuerliche Begünstigung von Zustiftungen in den Vermögensstock bereits bestehender Stiftungen. Schließlich enthält auch das in diesem Jahr verabschiedete Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes einige Regelungen, die für Stiftungen relevant sind. So wurde die Bildung der freien Rücklage zeitlich flexibilisiert, was gerade in Zeiten der Finanzkrise eine Hilfe für Stiftungen darstellt.

Anlageberater empfehlen Stiftungen als interessante Steuersparmodelle. Ist das politisch gewollt?

Stiftungen, die gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgen, werden – innerhalb bestimmter Grenzen – zwar steuerlich begünstigt. Als „Steuersparmodell“ eignen sich Stiftungen aber nicht, da sich der Stifter unwiderruflich von den eingebrachten Vermögenswerten trennt. Insofern gehört zum Stiften immer auch eine uneigennützige, idealistische Einstellung des Stifters dazu.

Ein Highlight aus engagementpolitischer Sicht in der zu Ende gehende Legislaturperiode war die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes...

...was ein voller Erfolg war. Alle Plätze sind besetzt. Die Nachfrage ist weiterhin groß. Mehr als 90.000 Freiwillige insgesamt in Deutschland sind ein historischer Rekord. Alle Teilnehmer – ob jung oder alt – leisten einen großen Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wie geht es in Sachen Engagementpolitik weiter? Sollte der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ zu einem regulären Ausschuss werden?

Das könnte ich mir durchaus vorstellen. Schließlich ist die politische Relevanz des Themas gewachsen und gewiss nicht geringer als die von „Sport“ oder vom „Tourismus“, für die es seit langem eigene ständige Ausschüsse gibt, ohne dass sie ein direktes Pendant in Form eines eigenen Ministeriums haben. Die Diskussion in den letzten Ausschusssitzungen hat gezeigt, dass diese Einschätzung auch von anderen Fraktionen geteilt wird.

Braucht es außerdem – analog zu einem Kulturstaatsminister – künftig auch einen Engagementstaatsminister?

Es braucht einen Ansprechpartner in der Regierung. Ob die Etablierung eines Staatsministers sinnvoll ist, muss man noch sorgfältig abwägen.

Das Interview führte Götz Hausding.

Markus Grübel ist Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Der CDU-Abgeordnete aus Esslingen am Neckar sitzt seit 2002 im Bundestag.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Sozialkämpferin: Heidrun Dittrich

Nein, enttäuscht sei sie nicht, sagt Heidrun Dittrich leise und es klingt ein bisschen so, als müsste sie sich selbst noch davon überzeugen. Die Linkspartei in Niedersachsen hat ihre Fachfrau für Familie, Senioren, Frauen, Jugend und bürgerschaftliches Engagement nicht wieder aufgestellt als Kandidatin für den Bundestag. Nach der Wahl im September ist Schluss, dann fängt die 54-Jährige in ihrem alten Job neu an: im Jugendamt bei der Stadtverwaltung in Hannover. Seit 2009 war sie Mitglied im Familienausschuss und im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement. Nun bleibt der Sozialistin, die seit 2008 der Linkspartei angehört und seit Juli 2013 auch Mitglied der Sozialistischen Alternative (SAV) ist, die Fortsetzung im Bundestag versagt. „Das war abzusehen“, sagt sie und schweigt.

Es ist Sommerpause und Dittrich sitzt in ihrem Wahlkreisbüro in Hannover. Auf die Frage, ob sie nun Urlaub mache, reagiert sie fast schon schroff: „Ich mache keinen Urlaub, ich mache Politik“ – und das genau genommen schon ein ganzes Leben lang. Frauenrechte, Minderheitenrechte, Ausländerrechte, Jugendschutz: dafür hat sie gestritten, seit sie politisch denken kann. Schon als 14-Jährige fing sie an, sich ehrenamtlich zu engagieren, zuerst bei Amnesty International, später bei der Gewerkschaft DAG. Ihr Elternhaus sei eher unpolitisch gewesen, sagt sie, erinnert sie dann aber doch an viele Gespräche über Faschismus und den Zweiten Weltkrieg. Ihr Vater arbeitete als Maurer, später als Bauarbeiter, die Mutter als Lohnbuchhalterin, weshalb sich die in-

tellektuelle Klassenkämpferin in der Tradition der „kleinen Leute“ sieht, die im Bundestag schwach repräsentiert seien. Die Familie stammte ursprünglich aus Sachsen und zog dann in den Westen, Tochter Heidrun wurde 1958 in Meerane im Erzgebirge geboren, wuchs aber in Reutlingen in Baden-Württemberg auf. 1982 zog sie zum Studium der Sozialwissenschaften nach Hannover. Sie schloss auch ein Zweitstudium an der dortigen



»Ich mache keinen Urlaub, ich mache Politik.«

Fachhochschule als Diplom-Sozialarbeiterin ab. Später arbeitete sie als Sozialexpertin an einer Schule und seit 1998 beim Jugendamt in der niedersächsischen Landeshauptstadt. Ein prägendes Erlebnis für die junge Frau Anfang 20 waren die türkischen Einwanderer. Sie lernte zahlreiche Immigranten kennen, reiste an den Bosphorus und belegte an der Volkshochschule in Hannover einen Türkisch-Kurs. Heute, resümiert die polyglotte Parlamentarierin, könne sie sich nicht nur auf Spanisch, Englisch und Französisch, sondern auch auf Türkisch verständigen. Ein Besuch im Sudan weckte ihr Interesse für Arabisch und

sie lernte die Schriftzeichen lesen. „Sprachen sind mein Hobby“, resümiert Dittrich, die auch sehr viel liest, vorzugsweise Bücher über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Als junge Mutter von zwei Töchtern musste sie einst feststellen, dass der Sozialstaat nicht immer das leistet, was er aus ihrer Sicht leisten müsste, etwa in der Kinderbetreuung. Kurzerhand gründete sie die Krabbelgruppe „Kirchenmäuse“ und den Hort „Kastanienkids“, beide Vereine bestehen immer noch, wie sie stolz anmerkt. Politische Sonntagsreden zum bürgerschaftlichen Engagement sind ihr heute suspekt, ahnt sie dahinter doch den Versuch des Staates, sich aus der Verantwortung zu winden. Der Bundesfreiwilligendienst ist aus Sicht Dittrichs ein Beispiel für diese Fehlentwicklung im Sozialbereich. „Freiwillige sollen die staatlichen Leistungen ersetzen. Kostenloser geht es ja gar nicht und dann tut man so, als würde man den Leuten damit etwas Gutes tun“, klagt sie und sieht darin einen Beitrag zum Lohndumping. Ihr Credo: Das Ehrenamt ist gut, solange es keine regulären Jobs gefährdet oder andersherum formuliert: „Alles, was eine notwendige Arbeit ist, muss von Fachkräften geleistet und bezahlt werden.“ Sie habe auch nichts gegen die Freiwillige Feuerwehr einzuwenden, die sollte aber von einer Berufsfeuerwehr begleitet werden. Dittrich hofft, dass nach ihr noch viele Abgeordnete „von unten“ in das Berliner Parlament einziehen, um Politik zu gestalten für einen echten Zusammenhalt der Gesellschaft. Es sei an der Zeit für „eine Korrektur“.

Claus Peter Kosfeld

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
 Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet: <http://www.das-parlament.de> E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de
 Chefredakteur Jörg Biallas (jbi)
 Verantwortliche Redakteure Dr. Bernard Bode (bob) Claudia Heine (che) Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd Michael Klein (mik) Peter Kosfeld (pk) Hans Krump (kru), Cvd Hans-Jürgen Leersch (hle) Annette Sach (as) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)
 Fotos Stephan Roters
 Redaktionsschluss 16. August 2013

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4-6 64546 Mörfelden-Walldorf
 Anzeigen-/Vertriebsleitung Frankfurter Societäts-Medien GmbH Klaus Hofmann (verantwortl.) Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main
 Leserservice/Abonnement Frankfurter Societäts-Medien GmbH Vertriebsabteilung Das Parlament Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-42 53 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: parlament@fs-medien.de
 Anzeigenverkauf Frankfurter Societäts-Medien GmbH Katrin Kortmann Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-43 75 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de
 Anzeigenverwaltung, Disposition Zeitungsanzeigengesellschaft Rhein/MainMedia mbH Andrea Schröder Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-41 33 Telefax (0 69) 75 01-41 34 E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.
 Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unternehmenseinrichtungen können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.
 „Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
 Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Dreimal helfende Hände (von links): Im Kinderhospizdienst, in einem Mehr-Nationen-Garten und in einer Station für Demenz-Erkrankte

»Das ist doch nichts Besonderes«

EHRENAMTLICHE IN AKTION Unterwegs mit dem Kinderhospizverein, im interkulturellen Garten und bei Demenz-Patienten

Ehrenamtlich arbeiten im Kinderhospizverein: Für viele Menschen ist das nur schwer vorstellbar. Nach zu viel Leid, zu viel Schwermut klingt das für die meisten. Dass es da, wo Schwerkranken, Sterbende und ihre Familien betreut werden, auch fröhlich zugehen kann, scheint im ersten Moment undenkbar. Und doch erlebt Heike Urban viele glückliche Momente genau dann, wenn sie als Ehrenamtliche für den ambulanten Dresdner Kinderhospizdienst unterwegs ist. Denn dann kümmert sie sich um Kaya und Samira, zwei kleine Mädchen (fünf und sieben Jahre alt), deren vierjähriger Bruder von der Organisation betreut wird. Er leidet am Menkes-Syndrom, einem schweren Gendefekt, der zur Rückbildung von Nervenzellen im ganzen Körper und in den meisten Fällen innerhalb der ersten drei Lebensjahre zum Tod führt. Riccardo braucht eine Rundumbetreuung, die seinen Eltern nur wenig Zeit für seine Schwestern lässt. Und Zeit ist es, die sich Heike Urban für die beiden Mädchen nimmt. An jedem zweiten Montag, im Wechsel mit einer anderen Ehrenamtlichen, holt die 43-Jährige Kaya und Samira aus Kita und Hort ab und verbringt den Nachmittag mit ihnen. „Im Sommer gehen wir baden oder zum Entenfüttern an die Elbe. Im Winter gehen wir in die Bibliothek und basteln viel. Es gibt ja tausend Dinge, die Kindern Spaß machen.“

Freude über Kleinigkeiten Heike Urban ist eine zurückhaltende Frau. Aber ihre Augen leuchten, wenn sie über die Zeit mit den Mädchen spricht. „Ich merke, wie die schon auf mich warten und gleich wissen wollen, was wir unternehmen. Allein diese Freude zu spüren, bedeutet mir viel.“ Sie strahlt, wenn sie erzählt, wie Kaya und Samira mit ihr gemeinsam zum ersten Mal in einem Wellenbad waren. Oder wie sie sich über den ersten eigenen Bibliotheksausweis gefreut haben. „Da gibt es eine unglaubliche Begeisterung über Kleinigkeiten.“ Im Dresdner Kinderhospizverein ist Heike Urban eine von 42 Ehrenamtlichen. Sie begleiten 15 Familien mit Kindern, bei denen eine „lebensverkürzende Erkrankung“ festgestellt wurde. Diese offizielle Diagnose braucht es, damit Eltern das Angebot des Hospizdienstes in Anspruch nehmen können – kostenfrei. Nur zwei feste Stellen hat der Hospizdienst, die Begleitung der Familien funktioniert nur, weil sich Menschen finden, die das freiwillig und ohne Bezahlung tun“, sagt Mirko Luckau, einer der beiden Koordinatoren. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter betreuen kranke Kinder, kümmern sich um gesunde Geschwisterkinder oder erledigen Einkäufe. Oder sie sind da, wenn die Kinder sterben oder deren Eltern nach ihrem Tod den Kontakt noch wünschen. Seit 2007 ist Heike Urban dabei. Damals dachten sie und ihr Mann über ein drittes

Kind nach, beschlossen aber, sich auf andere Weise einen weiteren kleinen Menschen ins Leben zu holen. Die Wirtschaftsinformatikerin besuchte einen 80-stündigen Kurs, der sie vorbereiten sollte auf den Umgang mit kranken und sterbenden Kindern und ihren Familien. Eltern zu helfen, denen die Pflege ihrer schwerkranken Kinder kaum Zeit für anderes lässt, schien ihr sinnvoll. „Das ist eine unglaublich kräftezehrende Belastung.“ Dennoch hat sie zur Familie von Kaya und Samira kein wirklich enges Verhältnis. „Ich möchte mich da nicht reinbringen – es geht ja nicht darum, dass ich soziale Kontakte suche. Es entlastet die Mutter, wenn einmal wöchentlich jemand vom Hospizdienst die Nachmittagsbetreuung der Mädchen übernimmt; nicht mehr und nicht weniger.“ Diese Fähigkeit, sich selbst zurückzunehmen und einen klaren, unverstellten Blick auf das zu haben, was die Familien brauchen, sei wohl das, was seine Ehrenamtlichen am dringendsten bräuchten, sagt Mirko Luckau, „sie müssen offen sein für die Bedürfnisse der Mütter und Väter.“ Für die Mutter von Kaya und Samira, Katja Schauer-Weise, ist es eine große Hilfe, dass Heike Urban das kann. „Unsere Töchter können mit ihr mal etwas unternehmen, ohne auf einen von uns, speziell Riccardo, immer Rücksicht nehmen zu müssen. Sie können ohne Einschränkungen spielen.“ Heike Urban unterstützt die Mädchen beim „einfach nur Kind sein“. Aber auch für sie ist ihr Ehrenamt eine Bereicherung. „Es erdet mich. Zu erleben, wie begeistert die Kinder die Welt entdecken und ihnen dabei vielleicht ein paar Möglichkeiten zu schaffen, die sie sonst nicht hätten, das ist ein unglaublicher Gewinn – und es relativiert viel von den alltäglichen Problemen, die man so hat. Manchmal frage ich mich wirklich, wer mehr von unseren Treffen hat: die Mädchen oder ich.“ Heike Urban weiß, dass der regelmäßige Nachmittag, den sie mit Kaya und Samira verbringt, von der Zeit abgeht, die sie für ihre eigenen, elf und 13 Jahre alten Kinder hat. Ihr Ehrenamt ist damit eines, das letztlich ihre ganze Familie betrifft. Sie rechnet es ihren Kindern hoch an, dass die es ohne zu Murren akzeptieren, dass ihre Mama regelmäßig tolle Dinge mit anderen Kindern unternehme, sagt sie. „Das ist nicht selbstverständlich.“ Außerdem, fügt sie mit einem Lächeln hinzu, engagieren sich ja auch andere Menschen ohne materiellen Gegenwert. „Ich sehe ja, was andere für meine Kinder leisten, etwa im Sportverein oder in der Kinderlesebühne. Da ist unsere Familienbilanz insgesamt recht ausgeglichen.“ *Susanne Kalitz*



Heike Urban

Gen die Hitze hat Zirley Montag ein Rezept: „Wollen wir Minzsirup machen?“, fragt sie ihre kleine Tochter Frida. Die Sechsjährige hat gerade ein ganzes Bündel duftender Minzszweige aus ihrem Kinderbeet geholt, die sie sorgfältig aufeinander stapelt. Am Nachmittag wird sie mit ihrer Mutter daraus mit Zucker, Wasser und Zitronen einen leckeren Sirup kochen. Ob Minze, Zucchini oder Physalis, Zweisprachigkeit gefördert werden soll. „Die Arbeit muss nicht im Sinne von Geld bereichern, sondern Sinn machen“, sagt sie. Die Leidenschaft, sich gemeinschaftlich zu engagieren, wird oft in der Familie weitergegeben: „Ich komme aus einer Ehrenamts-Familie“, erzählt Brigitte Kanacher-Ataya, Vorsitzende des Vereins Wuhlegarten, die gerade den Rasenmäher ausgestellt hat. „Meine Mutter hat sich in der Altenbetreuung engagiert und meine Töchter arbeiten im Vorstand eines Jugendprojekts mit.“ Die dreifache Mutter, die als Christin zum Islam konvertiert ist, hat hier unter anderem einen interreligiösen Kräutergarten angelegt – das Beet hat die Form eines Klostersgartens, in dem religiöse Symbole miteinander verbunden sind.

Parlamännchen
Politik für Kinder

EHRENAMT

Prominente Politiker tun es, manche Nachbarn und viele junge Leute tun es auch: Sie helfen anderen Menschen, ohne dafür Geld zu verlangen. Man sagt auch: Sie haben ein Ehrenamt übernommen. Es macht Spaß, anderen zu helfen, weil man sieht, dass man gebraucht und geachtet wird. Manche Leute machen zum Beispiel bei der Freiwilligen Feuerwehr mit. Andere kümmern sich um Tiere oder um die Umwelt. Oder sie werden Trainer in einem Sportverein. Es gibt viele Möglichkeiten, aktiv zu sein für eine gute Sache. Und wer lange genug dabei ist, hat vielleicht eines Tages Glück und wird sogar von unserem Bundespräsidenten für seine ehrenamtliche Arbeit ausgezeichnet.

wie, was bei Familie Montag auf den Tisch kommt, stammt aus dem „Wuhlegarten“ in Berlin Köpenick – dem ersten interkulturellen Garten in Berlin, der 2003 auf einer Brache am Ufer der Wuhle gegründet wurde. Inzwischen sind in Berlin mehr als 17 dieser Gärten entstanden oder in Planung. Auf 4.000 Quadratmetern bauen hier rund 40 Familien aus 15 Nationen gemeinsam Obst und Gemüse an. „Es gibt einen Gemeinschaftsgarten für alle und viele Familien haben zusätzlich eine kleine Parzelle mit rund 40 Quadratmetern, auf der sie pflanzen können, was sie möchten“, sagte Zirley Montag. Die 33-jährige ist 2004 aus Peru nach Deutschland gekommen. Das Gartenprojekt hat sie mit einer Freundin entdeckt: „Ich war sofort darin verliebt, es war genau das, was ich gesucht habe“, erzählt sie. Im Wuhlegarten, der seit kurzem ein Verein ist, kümmert sich die Betriebswirtin, die auf social business spezialisiert ist, um die Finanzen – wie alle hier ehrenamtlich. Der Papierkram kostet eine Menge Zeit, die die zierliche Frau mit den langen braunen Haaren eigentlich lieber in der Erde buddeln würde.



Zirley Montag

Zusammenhalt stärken Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Menschen und Kulturen zu schaffen, ist das Hauptanliegen der Ehrenamtlichen im Wuhlegarten. Auf den Zusammenhalt der Mitglieder, die aus Ägypten, Polen, aber auch aus Deutschland kommen, wird viel Wert gelegt. Brigitte Kanacher-Ataya und die anderen Gärtner wollen zeigen, dass Menschen aller Kulturen und Nationen im Mikrokosmos Garten „friedlich zusammenleben können“. Aber auch hier gibt es unterschiedliche Typen, Vorlieben und Bedürfnisse – und damit auch Konflikte, die gelöst werden müssen. Vor allem geht es den beiden Frauen darum, alle Migranten aktiv einzubeziehen. Wenn jemand nicht so schnell sprechen könne, müsse man sich eben mehr Mühe geben. Denn, so betont Kanacher-Ataya: „Dies ist ein Projekt für Migranten und kein billiger Schrebergarten.“ Die Besonderheit der interkulturellen Gärten ist dabei, dass Migranten, von denen viele mit sehr wenig Geld auskommen müssen, hier die Gelegenheit bekommen, sich für die Gemeinschaft zu engagieren. „Die Gärten bringen einen neuen Aspekt in die Integrationsdebatte“, sagt Christa Müller, geschäftsführende Gesellschafterin der „anStiftung“, die die Arbeit der interkulturellen Gärten unterstützt, vernetzt und erforscht. Denn es geht „nicht um einseitige Leistungen oder das Anpassen an eine Leitkultur“, sondern „Gärtnern eignet sich wie Sport oder Musik machen besonders dafür, dass Menschen ihre ganz eigenen Kompetenzen einbringen können“, sagt die Soziologin. So könnten etwa Analphabeten in einer hochindustrialisierten Gesellschaft ihr Wissen weitergeben und „in der Fremde Wurzeln schlagen.“ Die Erfahrung des „Gebens und Nehmens“ macht auch für Zirley Montag die ehrenamtliche Arbeit im Garten so reizvoll. Mit ihrer Tochter Frida hat sie jetzt das Kinderbeet vom Unkraut befreit und gibt der Physalis-Pflanze noch etwas Erde – wohl wissend, dass es in ihrem Garten auch weiter viel zu tun gibt, denn wie sagte der Gärtner Karl Foerster: „Wer denkt, dass ein Garten fertig ist, ist kein Gärtner.“ *Annette Sach*

Angst vor Pflegezustand In der Öffentlichkeit sorgt vor allem die Angst vor einem baldigen Pflegezustand in Deutschland für Aufregung: So schreibt das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in seinem aktuellen Demenz-Report von derzeit 1,3 Millionen Menschen mit Demenz und prognostiziert für das Jahr 2030 zwei Millionen und für 2050 sogar 2,6 Millionen Demenzerkrankte in Deutschland. „Das sind zu viele, um sie in Heimen von Fachpersonal versorgen zu lassen – selbst wenn es von beidem genug gäbe“, stellen die Wissenschaftler fest. Demenz, der Verlust wichtiger Gehirnfunktionen wie Gedächtnis, Orientierung, Sprache und Lernfähigkeit, zeigt sich oft erst ab einem gewissen Alter – so wie, in Ansätzen, bei dem 94-jährigen Kurt Seiboldt (Name geändert), den Margot Friedrich derzeit betreut. Immer dienstags macht sie sich nach der Arbeit auf den Weg zu dem alten Herren, um zwei Stunden mit ihm zu reden oder zu singen. Aber vor allem geht es ums Reden: „Wir sprechen ganz viel von der Vergangenheit. Das ist wie eine Schatzkiste. Diese alten Menschen sind wie Bücher und ich erfahre unglaublich viel über das Köln von früher. Ich fühle mich da auch beschenkt.“ Wenn Herr Seiboldt nicht davon überzeugt wäre, immer noch in der Fima eines großen Autobauers zu arbeiten – man würde ihm seine Demenz nicht auf den ersten Blick anmerken. „Er ist eben 94 Jahre und sitzt im Rollstuhl, er ist vor allem ein sehr alter Mann“, sagt Friedrich. Um ihm in den späten Nachmittagsstunden über seine dann oft einsetzende innere Unruhe hinwegzuhelfen, habe sich seine Tochter entschieden,

Bei Margot Friedrich war der Auslöser die Schwiegermutter: Als diese vor einigen Jahren an Demenz erkrankte, stand plötzlich ein bis dahin relativ unbekanntes Thema relativ unbekanntes Thema im Raum. „Man weiß so wenig über Demenz und bekommt bei der Diagnose erst mal einen Schock“, erinnert sich die 50-Jährige. Doch der dauerte nicht lange – denn zufällig zur selben Zeit wurde Friedrich durch einen Zeitungsartikel auf DUO aufmerksam. Ein Projekt des Arbeiter-Samariter-Bundes Köln und der Kölner Freiwilligen-Agentur mit dem Ziel, „Entlastungen für Familien mit Demenzerkrankten“ anzubieten. DUO warb um Menschen, die sich ehrenamtlich für dieses Ziel engagieren wollen und bot, so wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, dafür zunächst eine 36-stündige Schulung zum Thema Demenz an. „Das war total hilfreich für mich, weil ich dort sehr viel über die Krankheit und den Umgang mit ihr gelernt habe“, sagt Friedrich. Seit 2008 kümmert sie sich nun in der Rheinmetropole um Demenzerkrankte – neben einer 30-Stunden-Arbeitswoche. „Meine beiden Söhne waren Teenager. Da hatte ich einfach Kapazitäten frei“, sagt die sehr bescheiden auftretende Frau.

das Angebot von DUO anzunehmen, sagt Friedrich. Auch, um die ebenfalls über 90-jährige, stark schwerhörige Mutter zu entlasten. Denn der dreimal täglich in den Haushalt des Ehepaares kommende Pflegedienst, ist „nur“ für reine Pflegedienstleistungen zuständig.

Menschliche Nähe Was Demenzerkrankte aber ebenso wie medizinische und körperliche Pflege benötigen, sei „Begleitung, Kommunikation, menschliche Nähe“, schreibt das Berlin-Institut in seinem Demenz-Report. Über 100 Freiwillige tun für DUO genau dies. Sie betreuen rund 140 Familien im Jahr, sorgen dafür, dass pflegende Angehörige für einige Stunden in der Woche entlastet werden. Denn sich um einen Demenzerkrankten zu kümmern, kann, je nach Krankheitsstadium, bedeuten, ihn keine Minute allein lassen zu können. Eine Pause zu machen, ist bei diesem 24-Stunden-Job ohne Hilfe nicht möglich. „Meist melden sich die Angehörigen erst sehr spät bei DUO, nämlich dann, wenn sie mit ihren Kräften schon völlig am Ende sind und nicht mehr können“, stellt Kristin Fischer, Koordinatorin des Projektes, fest. Einen Grund vermutet sie in dem in der älteren Generation verbreiteten Selbstverständnis, diese Aufgabe allein meistern zu müssen. Sich Hilfe von außen zu holen, werde oft als eigenes Versagen empfunden, sagt sie. Erstaunlich sei auch, wie schlecht die meisten über Hilfsangebote Bescheid wissen, zum Beispiel über den Anspruch auf zusätzliche Betreuungsleistungen von bis zu 200 Euro monatlich. Über diesen „guten, sehr flexiblen Topf“ finanziere auch DUO den Ehrenamtlichen eine Aufwandsentschädigung von 7,50 Euro pro Stunde.

Aber, gibt Fischer zu bedenken, „sich um Demenzpatienten zu kümmern, das kann auch nicht jeder. Da muss man schon eine gewisse Empathie mitbringen“. So wie Margot Friedrich. „Mir ist es sehr wichtig zu überlegen, wie spricht man respektvoll mit diesen Menschen, ohne sie bloßzustellen“, erläutert sie ihren Ansatz. Und Kristin Fischer ergänzt: „Man muss die Menschen dort abholen, wo sie stehen, dann bekommt man unglaublich viel zurück.“ Die 27-jährige Sozialpädagogin kam selbst als Ehrenamtliche zu DUO und achtet nun darauf, dass Freiwillige und Familien zueinander passen. Bei Margot Friedrich passte es bisher immer. Ihr Interesse für das Schicksal ihrer Mitmenschen, wird sie vermutlich noch in viele Familien führen. Nur eines versteht sie nicht: „Warum interessieren Sie sich gerade für mich? Das ist doch gar nichts Besonderes, was ich da mache.“ *Claudia Heine*



Margot Friedrich

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EMPFEHLUNGEN

Seit der 15. Legislaturperiode befasst sich der Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement, der dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zugeordnet ist, mit Gesetzesvorhaben und Initiativen, die das bürgerschaftliche Engagement betreffen. Grundlage der Arbeit sind die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, die im Dezember 1999 eingerichtet worden war und die hier kurz dargestellt werden sollen:

Organisationen und Institutionen fortentwickeln

Die Kommission verweist darauf, dass bürgerschaftliches Engagement nicht auf einen „Freiwilligensektor“ reduziert werden sollte. Die Arbeit müsse vielmehr Kernbestandteil einer Bürgergesellschaft sein und betreffe daher viele Organisationen und Institutionen. Diese sollten so weiterentwickelt werden, dass mit ihnen bürgerschaftliches Engagement gefördert werden kann. Bürgerschaftliches Engagement sollte daher ein systematischer Bestandteil der Organisationsentwicklung von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften werden. Dazu sollten sich die Organisationen sowohl nach innen als auch nach außen für diese Arbeit der Beteiligung öffnen.

Verwaltungen bürgorientiert gestalten

Die Kommission empfiehlt, Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren wollen, in staatlichen Verwaltungen mehr Aufklärung und Beratung anzubieten. Dazu sollte es etwa eine entsprechende Weiterentwicklung von Verwaltungsverfahrensgesetzen des Bundes oder der Länder geben, in denen die Aufklärung und Beratung von Bürgern verstärkt werden soll.

Bessere Teilhabe für Bürger schaffen

Für Bürger, die sich engagieren möchten, regt die Kommission an, bessere Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu schaffen. Auf der kommunalen Ebene empfiehlt die Kommission etwa sogenannte direkt-demokratische Verfahren wie Volksinitiativen, Volksbegehren oder Volksentscheide einzuführen. Parteien und Gewerkschaften schlägt sie vor, durch neue Mitgliedschaftsformen die Beteiligung ihrer Mitglieder zu stärken und neue Mitglieder zu werben.

Qualifizierungsangebote verstärken

Die Anerkennung der Arbeit von Freiwilligen soll nicht mehr auf einzelne Instrumente beschränkt werden, sondern sollte unterschiedlichen Formen und Feldern von bürgerschaftlichem Engagement gerecht werden, heißt es in den Empfehlungen. Die Qualifizierung ist ein weiterer wichtiger Baustein der Anerkennungskultur. Daher empfiehlt die Kommission den Ausbau zusätzlicher Angebote und Maßnahmen zur Qualifizierung. In Familien, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen sollten zudem Gelegenheiten geschaffen werden, bürgerschaftliches Engagement einzubauen. Dabei werden auch die Freiwilligendienste als wichtige Orte genannt, bürgerschaftliches Engagement einzubauen.

Netzwerke schaffen und Infrastrukturen aufbauen

Bürgerschaftliches Engagement erfordert neben einer breiten Öffentlichkeit auch eine Vernetzung und Interessenvertretung auf verschiedenen Ebenen – über die einzelnen Bereiche des Engagements hinaus. Der Aufbau von Netzwerken kann, so die Kommission, dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement aufzuwerten und neue Förderstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Außerdem bedarf es einer ressortübergreifenden Vernetzung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Organisationen.

Unternehmen als Akteure der Bürgergesellschaft stärken

Auch für die Unternehmen stellen sich angesichts von Veränderungen in der Erwerbsarbeit neue Herausforderungen bei der Mitgestaltung des bürgerschaftlichen Engagements. Dabei sollte eine Unternehmenskultur entwickelt werden, bei der neben der Orientierung, Gewinne zu erzielen, auch das Gemeinwohl und die Übernahme sozialer Verantwortung berücksichtigt wird. Das bürgerschaftliche Engagement von Mitarbeitern sollte unterstützt werden. Dabei empfiehlt die Kommission den Ausbau des „Corporate Citizenship“, bei dem etwa Unternehmen und gemeinnützige Organisationen zusammenarbeiten.



Mehr als jeder vierte Deutsche ist Mitglied in einem der 91.000 Sportvereine in Deutschland.

Neue Herausforderungen

VEREINE Sie sind beliebt – der demografische Wandel stellt die Clubs aber vor Probleme

Blitzableiter und Kartoffeln haben in Hamburg eines gemeinsam: sie verdanken ihre Einführung in der Hansestadt der Arbeit eines Vereins. Die Hamburger Patriotische Gesellschaft, in der sich engagierte Bürger 1765 zum Wohle ihrer Stadt zusammenfanden, gilt als älteste zivilgesellschaftliche Organisation in Deutschland. „Das Hauptanliegen der Gesellschaft ist es bis heute, sich für das Wohl der Stadt Hamburg einzusetzen“, betont Malte Krugmann, Vorstandsmitglied der Patriotischen Gesellschaft, deren Aufgaben von der Beschäftigung mit Demenz bis hin zur Fahrradpolitik der Stadt reichen. „Nach meiner beruflichen Tätigkeit habe ich überlegt, was ich für die Stadt tun kann“, sagt Krugmann, der früher für die Hamburger Senatskanzlei gearbeitet hat. Die Patriotische Gesellschaft ist für ihn „ein wichtiger Resonanzboden für die Politik, der es ermöglicht, im Vorfeld Einfluss zu nehmen“. Und wenn das gelingt, „macht das einen glücklich“, sagte er zu seiner Motivation.

Große Vielfalt Wie Malte Krugmann ist fast jeder zweite Deutsche Mitglied in einem oder mehreren Vereinen. Eine Statistik der deutschen Vereinsregister aus dem Jahr 2011 gibt die Zahl der eingetragenen Vereine mit über 580.000 an, womit ihr Bestand seit 2001 nochmals um mehr als 35.000 gestiegen ist. Die Bandbreite der Vereine ist so groß und facettenreich wie ihre Mitglieder. Sie reicht von Sportvereinen, über Automobilclubs bis hin zu interkulturellen Gärten. Bei den Neugründungen ist ein Trend er-

kennbar: Die Zahl der Vereine in den Bereichen Sport und Freizeit ist rückläufig, wohingegen sich mehr Menschen in Initiativen für Umwelt und Natur, Kultur oder Soziales engagieren.

Historisch gehen Vereine auf das 18. Jahrhundert zurück. Damals trugen sie oftmals den Namen „Gesellschaften“ oder „Assoziationen“. Das revolutionäre für die damalige Zeit war, dass sich in ihnen Menschen über Ständegrenzen hinweg zusammenfanden. Vor allem das aufgeklärte Bürgertum konnte dort seine politischen Ideen zum Ausdruck bringen – wie etwa auch in der Patriotischen Gesellschaft in Hamburg. Mit der Industrialisierung und zunehmenden Verstärkung erlebten die Vereine einen großen Aufschwung. Viele Turn-, Gesangs- oder Schützenvereine können daher auf eine lange Tradition zurückblicken. In dieser Zeit begannen Vereine, aufgrund sozialer Probleme auch öffentliche Aufgaben zu übernehmen: die Geburtsstunde der großen Wohlfahrtsverbände wie Caritas, Diakonie oder des Deutschen Roten Kreuzes. Vereine wurden im Lauf der Geschichte aber auch, wie etwa in der NS-Zeit oder in der DDR, missbraucht, um die Bürger zu instrumentalisieren und zu kontrollieren – oder aber gänzlich verboten.

Einen Verein zu gründen ist daher ein Grundrecht, alle weiteren Bestimmungen regelt das Bürgerliche Gesetzbuch. Etwa, dass ein Verein mindestens sieben Mitglieder haben, eine Satzung formulieren und einen Vorstand einsetzen muss. Für die Vereine ist dies mit viel Arbeit verbunden, die vor allem ehrenamtlich geleistet wird. Gerade

das aber könnte in Zeiten des demografischen Wandels zum Problem werden, wie eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlins (WZB) belegt, nach der es immer schwieriger werden wird, Engagierte für die Vereine zu finden. „Man muss dabei zwischen kleinen Vereinen und Vereinen, die

Dienstleistungen anbieten und eine andere gesellschaftliche Stellung haben, unterscheiden“, sagt der Leiter der Studie, Eckhard Priller. Problematisch sei auch, dass immer mehr Vereine „den Mechanismen des Marktes“ unterworfen seien: Für sie sei es besonders schwierig, ihre „ideellen Ziele mit denen des Marktes in Einklang zu bringen“, erklärt er. Die Untersuchungen des Forscherteams zeigen auch, dass in vielen Vereinen die jüngere Generation unterrepräsentiert ist, vor allem in Führungspositionen. Neben dem Werben um Familien setzt der DOSB für die Besetzung von Ehrenämtern verstärkt auch auf ältere Menschen: „Die Älteren haben sich geändert. Sie sind sehr gut gebildet und haben Lust, etwas Neues zu lernen“, sagt Blessing-Kapelke. Der DOSB hat daher ein Projekt „Attraktives Ehrenamt im Sport“ initiiert, bei dem „Funktionsträger/innen in der Zweiten Lebenshälfte für Sportvereine“ gesucht werden. Dabei sollen in sogenannten Tandems Sportvereine gemeinsam mit Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros Konzepte entwickeln, um Ältere für Ehrenämter im Sport zu gewinnen, etwa „durch Schnupperpositionen im Vorstand“, erklärt die Sozialpädagogin, die auch selbst als Übungsleiterin in einem Rollstuhlclub gearbeitet hat. Sie weiß, dass Menschen heute nicht mehr nur durch Medaillen oder Ehrenabzeichen zu motivieren sind: „Wir brauchen eine Anerkennungskultur, damit die Menschen sehen können, welchen Mehrwert sie für sich bekommen.“ Denn für ein Ehrenamt im Verein, im Sport oder anderswo, sagt Blessing-Kapelke „ist die Sinnfrage immer entscheidender“.

Sportvereinen organisieren. In den 91.000 Sportvereinen waren 2013 insgesamt 8,75 Millionen Menschen ehrenamtlich tätig. Die Zahl derjenigen, die hier im Vergleich zum Vorjahr ein Amt auf Vorstandsebene, etwa als Schatzmeister oder Jugendwart ausüben, ist rückläufig. „Auf dieser Ebene machen wir uns am meisten Sorgen“, sagt Ute Blessing-Kapelke, die sich beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) intensiv mit dem demografischen Wandel beschäftigt. Neben dem Werben um Familien setzt der DOSB für die Besetzung von Ehrenämtern verstärkt auch auf ältere Menschen: „Die Älteren haben sich geändert. Sie sind sehr gut gebildet und haben Lust, etwas Neues zu lernen“, sagt Blessing-Kapelke. Der DOSB hat daher ein Projekt „Attraktives Ehrenamt im Sport“ initiiert, bei dem „Funktionsträger/innen in der Zweiten Lebenshälfte für Sportvereine“ gesucht werden. Dabei sollen in sogenannten Tandems Sportvereine gemeinsam mit Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros Konzepte entwickeln, um Ältere für Ehrenämter im Sport zu gewinnen, etwa „durch Schnupperpositionen im Vorstand“, erklärt die Sozialpädagogin, die auch selbst als Übungsleiterin in einem Rollstuhlclub gearbeitet hat. Sie weiß, dass Menschen heute nicht mehr nur durch Medaillen oder Ehrenabzeichen zu motivieren sind: „Wir brauchen eine Anerkennungskultur, damit die Menschen sehen können, welchen Mehrwert sie für sich bekommen.“ Denn für ein Ehrenamt im Verein, im Sport oder anderswo, sagt Blessing-Kapelke „ist die Sinnfrage immer entscheidender“.

Ehrenamtlich engagiert

28 Prozent der Bundesbürger (über 16 Jahren) sind ehrenamtlich tätig. Davon in ...



Quelle: HD Allensbach Stand: September 2012

© Stephan Rössler mit dpa

Netzwerk von 23 Millionen Bürgern

BBE Die Interessenvertretung der Ehrenamtlichen wartet auf neuem Niedriglohsektor

Beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) laufen viele Fäden zusammen. 260 Mitgliedsorganisationen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat sind im BBE vereint. „Wir sind das bundesweite Netzwerk der Träger und Förderer von mehr als 23 Millionen engagierten Bürgern“, sagt der Geschäftsführer, Ansgar Klein. „Unsere Besonderheit ist, dass wir die Sektoren der Gesellschaft verbinden“, fügt er hinzu. Aus der Taufe gehoben wurde das BBE vor elf Jahren. Und zwar auf Empfehlung des Bundestags. Genauer gesagt der Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, die sich in der 14. Wahlperiode von 1998 bis 2002 mit dem Thema beschäftigte. Heute sieht sich das BBE als „Wissens- und Kompetenzplattform für alle Fragen des bürgerschaftlichen Engagements“. In dieser Rolle hat man unlängst mit Blick auf die Bundestagswahl zentrale Erwartungen an die Engagementpolitik benannt.

Freiwilligkeit erhalten Dazu gehören unter anderem Nachbesserungen beim Bundesfreiwilligendienst (BFD). „Man muss den BFD als einen zivilgesellschaftlichen Lerndienst gestalten und begleiten“, fordert Klein. Derzeit werde er häufig vor allem als eine ergänzende Ressource für notleidende Einrichtungen verstanden. Viele Kommu-

nen etwa sähen den BFD angesichts ihrer eigenen finanziellen Probleme als einen „Ersatz des Ersatzdienstes“, bemängelt Klein. Wenn man einen Freiwilligendienst anbieten, müsse man ihn auch als „zivilgesellschaftlichen Lerndienst“ gestalten, fordert Klein. Aus Sicht des Familienministeriums ist dies längst der Fall. Alle Freiwilligendienste würden pädagogisch begleitet, um den Jugendlichen zu helfen, die oft sehr be-



BBE-Geschäftsführer Ansgar Klein

wegenden Erfahrungen zu verarbeiten. Daher seien die Freiwilligendienste gezielt als Lern- und Orientierungsphasen ausgestaltet, betont ein Sprecher des Ministeriums. Als ein weiteres Problem sieht Klein die Ausweitung der monetären Anerkennung für „freiwillige“ Tätigkeiten an. „Wenn man bei der Engagementförderung – jenseits der notwendigen Unkostenersatzung für Engagement – mit Geld arbeitet, schafft man einen Niedriglohnbereich“, warnt der BBE-Geschäftsführer.

Auch die Zukunft des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, der seit der 15. WP tagt, beschäftigt das BBE. Hier gibt es große Übereinstimmung mit den engagementpolitischen Experten aller Fraktionen in der Forderung, aus dem Unterausschuss einen ständigen Ausschuss zu machen. „Schließlich wird die Rolle der Zivilgesellschaft immer größer“, begründet Klein dieses Ansinnen und fügt hinzu: Man müsse die Themen, die dort hinein gehörten, auch benennen. Dazu gehöre neben der Engagementfrage auch die Partizipations- und Demokratiefrage. Genauso wie die partizipationsorientierte Netzpolitik. Denn dann, argumentiert Klein, „hätten wir einen relevanten Ausschuss mit bedeutenden Themen in einem notwendigen Zusammenhang“.

Götz Hausding

Grundrecht für Jedermann

SERVICE Wie ein deutscher Verein gegründet wird

„Allein ist besser als mit Schlechten im Verein, mit Guten im Verein ist besser als allein“, schrieb der Dichter Friedrich Rückert. Wer sich heutzutage allerdings zu einem Verein zusammenschließen möchte, muss eine ganze Reihe von Hürden nehmen, ehe er ein eingetragener Verein wird. Die Voraussetzungen für die Gründung eines Vereins sind im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) festgeschrieben. So nennen darf sich, wer in das Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts eingetragen ist. Diese eingetragenen Vereine verfolgen allerdings keinen wirtschaftlichen Zweck und heißen im Amtsdeutsch daher auch Idealvereine. Sie gelten als juristische Personen und sind damit voll rechtsfähig, können also vor Gericht klagen, aber auch verklagt werden.

Gemeinsame Satzung Um sich in einem Verein zusammenzuschließen, müssen mindestens sieben Personen zusammenkommen. Entscheidend ist dabei, dass mit dem Verein ein gemeinsames auf Dauer angelegtes Ziel verfolgt wird, das unabhängig von den im Verein vertretenen Personen ist. Ein wesentlicher Unterschied zu anderen Zusammenschlüssen ist dabei etwa, dass ein Verein Fördermittel beantragen kann. Die Mitglieder eines Vereins vereinbaren gemeinsam eine Satzung, in der unter anderem der Zweck, der Name und der Sitz des Vereins

festgelegt werden. Außerdem wird dort geregelt, wann ein Mitglied in den Verein ein- und aus dem Verein auch wieder austreten darf, ob und wenn ja wie hoch die Mitgliedsbeiträge sein sollen und wie sich der Vorstand zusammensetzt. Die Einrichtung eines Vorstandes und einer Mitgliederversammlung sind gesetzlich vorgeschrieben. Der Vorstand vertritt den Verein und wird in der Regel von einer Mitgliederversammlung bestimmt. Einige Satzungen können aber auch noch zusätzliche Gremien wie einen Beirat, Aufsichtsrat oder ein Kuratorium vorsehen. Mitglied in einem Verein wird man entweder dadurch, dass man selber einen Verein gründet oder ihm beiträgt, wobei ein Vertrag zwischen dem Verein und dem neuen Mitglied geschlossen wird. Die Rechte aus der Mitgliedschaft sind in der Regel nicht übertragbar und auch nicht vererbbar. Für Verbindlichkeiten des Vereins haften nicht die einzelnen Vereinsmitglieder mit ihrem Privatvermögen, sondern der Verein mit seinem Vereinsvermögen. Jedes Jahr werden aber auch eine große Zahl von Vereinen wieder aufgelöst. Dies geschieht entweder durch die den Beschluss der Mitgliederversammlung oder durch ein Insolvenzverfahren. Sein Vermögen fällt dann an die in der Satzung bestimmten Personen – oder an den Fiskus des Landes.

as

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Zum Wohl der Bürger

KOMMUNALPOLITIKER Sie kennen ihre Gemeinden und die Sorgen der Leute. Sie arbeiten engagiert und oft unentgeltlich. Sie sind nicht prominent, aber halten die Gesellschaft an der Basis zusammen.

Andrang in der Gemeinderatssitzung. Oft müssen ehrenamtliche Ratsvertreter über Streitfragen entscheiden wie hier im bayerischen Brunthal über ein Flüchtlingsquartier.

Dass ein Bürgermeister immer wieder nach seinem Einkommen gefragt wird, ist eher ungewöhnlich. Für Ralf Theuer ist es inzwischen Routine: Der 58-Jährige ist der wohl einzige Bürgermeister in Deutschland, der von Hartz IV lebt. In der Gemeinde, der er vorsteht, ist Theuer damit bei weitem nicht der Einzige. Brieskow-Finkenheerd ist ein Dorf mit 2.600 Einwohnern in Brandenburg, nur ein paar Kilometer von der polnischen Grenze entfernt. Fast jeder Zehnte bezieht hier Arbeitslosengeld II, die Schule wurde schon lange dicht gemacht. Brieskow-Finkenheerd ist eines dieser Dörfer im Osten, die nach der Wende irgendwie den Anschluss verpasst haben. Früher gab es hier Arbeit im Tagebau, im Heizkraftwerk oder im VEB Oderfrucht. Heute hat der Landkreis eine Arbeitslosenquote von knapp elf Prozent.

30-Stunden-Job Und einen Bürgermeister, der die so genannte Grundsicherung für Arbeitsuchende bekommt, „seit es das gibt. Und das wird sich auch nicht mehr ändern, in meinem Alter kommt da nichts mehr“. Auch wenn der ehemalige Maschinenbauer schon lange keine Hoffnung mehr auf einen Job hat: Aufgegeben hat Ralf Theuer sich nicht. Seit 1998 ist der dreifache Vater Bürgermeister. Obwohl er dieses Amt nur ehrenamtlich ausübt, hat er meist viel um die Ohren. „Gerade sind wir über der Komplettisierung des Gemeindezentrums, da ist immer was zu tun. Außerdem müssen die Minijobber angeleitet werden und dann sind da noch die normalen Amtsgeschäfte: Baumaßnahmen planen, sich darum kümmern, wenn irgendwo Dreckecken weg gemacht werden müssen.“ Schwierig werde es, wenn es darum gehe herauszubekommen, ob man für den Ort Fördergelder beantragen könne: „Rauszufinden, wo es etwas gibt und wie man das in Anspruch nehmen kann, ist wirklich kompliziert. Da muss man sich richtig reinfuchsen.“



Ralf Theuer ist Bürgermeister seit 1998.

Gut 30 Stunden nehme der Bürgermeister-Job pro Woche in Anspruch, erzählt Theuer. Könnte er das auch machen mit einem regulären Arbeitsplatz? „Na, ganz sicher nicht in dem Umfang.“ Das Ehrenamt als Bürgermeister ist also nur machbar, wenn man arbeitslos ist? „Wenn Sie so wollen, kommt das schon hin“, sagt Theuer. Das Amt macht ihm Spaß; er ist stolz darauf, dass seine Nachbarn es ihm zutrauen, sich gut um das Dorf zu kümmern. Nur seine Frau schimpft oft, weil daheim vieles liegen bleibe, wenn er in seiner Amtsstube ist oder am Stammtisch hört, was den Leuten unter den Nägeln brennt. Theuer ist kein Mann der großen Worte. Ihm geht es darum, anzupacken in einem Ort, den viele ehemaliger Bewohner längst aufgegeben haben. Nur zwei Mal war Brieskow-Finkenheerd in den vergangenen Jahren in den Schlagzeilen: Einmal 1998, als für „Wetten, dass...?“ in einer Außenwette zwei Kraftwerkschornsteine so gesprengt wurden, dass sie sich berührten. Und 2005, als man im Ort neun Babyleichen entdeckte, die die Mutter der Kinder in Eiern und Blumentöpfen vergraben hatte. Schlimme Schlagzeilen waren das damals – und ein großer Druck für den Bürgermeister, bei dem das Telefon nicht mehr stillstand. Der Erklärungen liefern sollte für etwas, das er selbst nicht verstehen konnte. Heute wird er darüber nicht mehr lange reden; sagt nur, er glaube nicht, dass die Taten der Frau etwas mit der DDR-Erziehung zu tun gehabt hätten, wie es damals von manchen Politikern formuliert worden war.

Parteilos kandidiert Große politische Debatten will Ralf Theuer nicht führen. Er ist zwar Mitglied der Linken, hat aber dennoch als Parteiloser für das Bürgermeisteramt kandidiert. „Beim ersten Mal bin ich seitens der PDS angetreten und habe es nicht geschafft. Danach haben mir Bürger gesagt, der Name PDS hätte vielleicht zu viele abgeschreckt – und siehe da, bei der nächsten Wahl hat es geklappt.“ Immer schon habe er im Ort etwas bewegen wollen. „Das ist meine Heimat. Und eine regelmäßige Arbeit ist schwer oder gar nicht zu bekommen. Als Bürgermeister habe ich eine Aufgabe und komme mit vielen Bürgern zusammen. Man hat sein Ansehen.“ Weggehen kam für Theuer und seine Frau nie in Frage. Sie hatten nach der Wende in Brieskow-Finkenheerd eine Eigentumswohnung gekauft und wollten die Kinder nicht aus ihrem gewohnten Umfeld reißen. Auch nicht, als Theuers Frau ebenfalls arbeitslos und schließlich Hartz-IV-Bezieherin wurde. Von der Aufwandsentschädigung, die Theuer für sein Ehrenamt bekommt, bleibt nicht viel. „Das wird ja alles verrechnet, weil ich Hartz-IV-Empfänger bin. Zum Schluss habe ich im Monat davon 175 Euro.“ Theuer lacht: „Und so ein bisschen zusätzliches Taschengeld ist für einen Opa von fünf Enkeln ja auch nicht schlecht.“ *Susanne Kalitz*

Die Kommunalpolitik macht gerade Sommerpause. Andreas Koch, Fraktionssprecher der SPD im Esslinger Gemeinderat, arbeitet weitestgehend arbeitslos. Im September ist Bundestagswahl, im Mai 2014 sind Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Allein in dieser Woche hat der Stadtrat vier Abendtermine. Koch lächelt: „Esslingen hat eine etwas unglückliche Größe.“ Mit 90.000 Einwohnern sei die Stadt zu groß, um Kommunalpolitik auf wenige Sitzungen im Monat zu beschränken und zu klein, um als Politiker in Vollzeit hauptberuflich zu arbeiten. Seit einigen Jahren lebt Koch am Marktplatz, gegenüber dem Rathaus. Er lacht. Nein, er sei nicht dort



Andreas Koch ist Gemeinderat seit 1991.

hingezogen, um näher am Rathaus zu sein. „Die Wohnung passte für mich als alleinerziehender Vater einfach gut. Aber klar, der Standort hat den Vorteil der kurzen Wege.“ Andreas Koch, 60 Jahre alt, sitzt seit 1991 für die SPD im Esslinger Gemeinderat, die meiste Zeit davon als Sprecher der Fraktion. Ein ehrenamtlicher Halbtagsjob für 400 Euro Aufwandsentschädigung im Monat, neben seiner Vollzeitstelle als Rundfunkpfarrer der evangelischen Landeskirche Württemberg. Koch ist Routinier, doch die vergangenen Monate stecken ihm in den Knochen. Hefig wie selten war ein Sturm bürgerlicher Entrüstung über die Stadt gefegt. Die Debatte über den Flächennutzungsplan und die Frage, wo in den nächsten Jahren neue Häuser entstehen sollen, drohte Esslingen zu spalten. „Wir hätten riskiert, Stuttgart 21 in klein zu bekommen“, meint Koch, der einst selbst „über eine Protestaktion zur Kommunalpolitik gekommen“ ist. Als junger Vater hatte er gegen eine Entscheidung des Gemeinderats protestiert, im örtlichen Freibad keine neue Umwälzpumpe im Planschbecken einzubauen. „Das hätte bedeutet, dass Familien mit kleinen Kindern nicht mehr ins Bad hätten gehen können.“ Koch orga-

nisierte Widerstand und ließ seine Kinder in einem Planschbecken in der Fußgängerzone baden. Der Gemeinderat genehmigte die Pumpe schließlich doch und Koch stieg, mit Ende 30, in die Kommunalpolitik ein. Er, der als Jugendlicher „den großen Wurf“ im Kopf hatte, mindestens Außenminister werden wollte, entschied nun über den Ausbau von Straßen und wann die Schulen neue Fenster bekamen. Der erste Erfolg des Stadtrats Koch: ein zweites Waschbecken in einer Kita. Er lächelt. „Auch so was ist wichtig.“

Gefährliche Entwicklung Doch seit dem Protest gegen das Bahnbauprojekt „Stuttgart 21“ habe sich die Kommunalpolitik verändert. Immer öfter protestierten Bürger erst, wenn die Debatte bereits gelaufen sei. „So verschleppen wir Entscheidungen“, meint Koch, der aber im aktuellen Fall des Flächennutzungsplans die protestierenden Bürger nicht einfach als Egoisten abstemeln will. „Es ist uns anscheinend nicht gelungen, zu erklären, warum wir einen neuen Flächennutzungsplan aufstellen wollen.“ Doch immer öfter beschleicht Koch das Gefühl, dass es im Bürgerprotest eher um das Eigenwohl als das Gemeinwohl gehe. Den Vorschlag, ein Landschaftsschutzgebiet zu Bauland umzuwandeln, hält er zwar auch nicht mehr für richtig. Aber dass eine Stadt heute kein Baugebiet mehr ausweisen könne, ohne dass es Anwohnerproteste hagelt, empfindet er als gefährlich.

Flamme der Begeisterung Koch versichert, er habe nie gegen seine Überzeugung gestimmt, allerdings gehöre der Kompromiss zum politischen Geschäft dazu. „Wenn ich meine politischen Überzeugungen in Reinform verfolge, loben mich Medien und Bürger als einen aufrechten Politiker.“ Nach einer kurzen Pause fügt er an: „Und die SPD hätte nach der nächsten Gemeinderatswahl drei Sitze weniger.“ In jüngerer Zeit hat er sich manchmal gefragt, ob er weitermachen soll. „Was, wenn das Ergebnis von all dem ein Herzinfarkt ist?“ Doch er spüre da immer noch die Flamme der Begeisterung. „Ich will hier in meiner Stadt gestalten“, sagt Koch und seine Augen leuchten, die Gestik wird jetzt energisch. „Ohne Leidenschaft geht es nicht“, sagt er und räumt ein, es spreche da nicht nur der Gutmensch aus ihm. „Eine gewisse Lust an der Macht und daran, sich durchzusetzen, gehören dazu.“ Und nach einer Pause ergänzt er lächelnd: „Eitelkeit auch.“ *Annegret Jacobs*

Die Autorin arbeitet als Journalistin in Stuttgart.



Mandat und Mission

BUNDESTAG Viele Parlamentarier sind auch ehrenamtlich aktiv

Wolfgang Thierse (SPD) ist nicht zu über- treffen. Der Bundestagspräsident, der im Herbst nach 23 Jahren das Parlament verlässt, hat neben seinem Mandat noch 23 Ehrenämter inne; viele Mitgliedschaften in politischen Stiftungen und Kulturforen sind darunter. Der 69-Jährige macht sich aber auch für die Erinnerung an das jüdische Leben im Berliner Heimatbezirk Pankow stark und ist im Wirtschaftsrat des Fußball-Bundesligisten Hertha BSC aktiv. Für die meisten Bundestagsabgeordneten ist freiwilliges Engagement neben dem Mandat Ehrensache. Vier bis fünf ehrenamtliche Funktionen haben viele vorzuweisen, mehr als zehn Ehrenämter listet gut ein Dutzend Parlamentarier auf. Einer der eifrigsten ist Volker Beck, der neben dem stressigen Job als Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion noch Zeit für 15 Ehrenämter findet. Viele Mitgliedschaften sind angelehnt an die inhaltliche Tätigkeit als Abgeordneter. Zahlreiche Sozialdemokraten sind in Sozialverbänden aktiv, viele Grüne im Umweltbereich, Linke-Politiker in Friedensinitiativen, Unions-Parlamentarier in kirchlichen Gremien oder FDP-Abgeordnete in wirtschaftsnahen Organisationen.

Einsatz im Sozialen Eine große Zahl von Mandatsträgern sitzt in Gremien etwa des ZDF oder der Deutschen Welle. In der Stärkung des Ehrenamtes sind sich die Fraktionen weitestgehend einig. Am 1. Februar beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit Verbesserungen für ehrenamtlich Tätige. Im Einkommenssteuerrecht wurden die Übungsleiter- und die Ehrenamtszuschüsse erhöht, Haftungsregeln gelockert. Engagement für Schwache ist quer über die Parteigrenzen vielen Abgeordneten wichtig. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier ist ehrenhalber Vorsitzender des Kuratoriums der „Aktion Deutschland Hilft“, einem Bündnis von Organisationen, das vor allem bei Katastrophenfällen im Ausland helfen soll. Der CDU-Abgeordnete Thomas Dörlinger sitzt dem katholischen Sozialverband Kolpingwerk vor. Ilja Seifert (Linke) kümmert sich als Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland um die Teilhabe von Menschen mit Handicap. Ute Vogt (SPD) engagiert sich als Vizepräsidentin in der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft und taucht so auch schon mal auf einem CDU-Parteitag auf.

Engagement vor Ort Auch in der Heimat sind die meisten Abgeordneten engagiert, in Sportvereinen, in der Kultur, beim Technischen Hilfswerk oder bei der Feuerwehr. Die Mitwirkung vor Ort stärkt die Verwurzelung der Abgeordneten im Wahlkreis. Der CDU-Abgeordnete Frank Steffel etwa ist Präsident des Sportvereins Füchse Berlin-Reinickendorf, sein Fraktionskollege Ingo Wellenreuther führt den Karlsruher SC. Dirk Fischer (CDU) steht dem Hamburger Fußball-Verband vor und sitzt im Vorstand des Deutschen Fußball-Bundes, den Grünen-Chefin Claudia Roth nebenbei in Umweltfragen berät. Die SPD-Sportpolitikerin Dagmar Frei-

tag ist Vizepräsidentin des Deutschen Leichtathletik-Verbandes, ihr Fraktionskollege Martin Gerster Präsident des Deutschen Sportkajakbundes. Dem SPD-Innenexperten Michael Hartmann hat es Baseball und Softball angetan, er steht dem Präsidium dieses Sportverbandes vor. Cornelia Pieper (FDP) engagiert sich beim Heimatverein Hallescher FC, Christoph Bergner ist Präsident beim SV Halle, Tankred Schipanski (beide CDU) wirkt in gleicher Funktion beim VfB 91 Suhl, dessen Frauen in der Volleyball-Bundesliga spielen. Paul Schäfer (Linke) ist Ehrenvorsitzender der ASG Uni Bonn, einem Verein, den er zehn Jahre lang geführt hatte. Ex-Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) findet als Vorsitzende des Kuratoriums des Deutschen Behindertensportverbandes Berufung neben dem Mandat.

Auch die Kulturförderung liegt vielen Abgeordneten am Herzen. Die deutschen Orchesterverbände werden vom FDP-Parlamentarier und Mundharmonikaspieler Ernst Burgbacher als Präsident geführt. Siegfried Kauder (CDU) steht der Bundesvereinigung Deutscher Musikverbände vor. Bundestagspräsident Norbert Lamert (CDU) engagiert sich in mehreren Ämtern für die Kultur an der Ruhr, die Linke-Politikerin Luc Jochimsen für Kulturprojekte in Berlin und Gera. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sorgt sich nicht nur um den Euro, sondern auch um das Festspielhaus in Baden-Baden. Die Berliner Linke-Abgeordneten Gesine Lötzsch und Stefan Liebich machen sich für Zoo und Tierpark in der Hauptstadt stark. In der Lausitz setzt sich Reiner Deutschmann (FDP) als Vorsitzender des Krabat e.V. für den Erhalt der sorbischen Kultur ein.

Bier und Karneval Zum Kulturgut Bayerns gehört das Bier, dem Deutschen Institut für Reines Bier steht mit Herbert Frankenhäuser ein CSU-Parlamentarier vor. Die Klein- und Obstbrenner haben den CDU-Mann Alois Gerig als Vorsitzenden. Um den Karneval verdient machen sich etwa Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) in Oberbayern oder Josef Winkler (Grüne), der sich in seinem Heimatort Bad Ems auch als Intendant des Kabarettclubs Casablanca einen Namen gemacht hat. Satire mag auch Barbara Höll (Linke), sie ist

Club-Mitglied im Leipziger Kabarett acedemixer. So viele Ehrenämter wie Wolfgang Thierse kann Erika Steinbach nicht vorweisen. Doch die ehrenamtliche Präsidenschaft beim Bund der Vertriebenen nimmt viel freie Zeit der CDU-Bundestagsabgeordneten in Anspruch. Auch Klaus Brähmig ist in diesen Wochen besonders mit seinem Ehrenamt verbunden. Als Vorsitzender des Tourismusverbandes Sächsische Schweiz hat der CDU-Abgeordnete aus Sachsen viel zu tun, um wieder Gäste in die zauberhafte Gegend an der Elbe zu locken, die vom Juni-Hochwasser schwer getroffen wurde, sich aber nun wieder in weiten Teilen von ihrer sonnigen Seite zeigt. *Stefan Uhlmann*



DLRG-Vizepräsidentin Ute Vogt (SPD)



Mundharmonikaspieler Ernst Burgbacher (FDP)

Anzeige



Der Deutsche Bundestag – 100 Fragen und Antworten

Von Michael F. Feldkamp

2. Auflage 2013, 231 S., brosch., 19,90 € ISBN 978-3-8329-5608-0



Kostenlose Leseprobe

Wird im Bundestag anders gelacht? Darf im Bundestag Unsinn geredet werden? Mit diesen und über 100 weiteren zentralen, teilweise amüsanten Fragen und Antworten blickt Michael F. Feldkamp in der 2., überarbeiteten und aktualisierten Auflage

auf das Herzstück unserer Demokratie, den Deutschen Bundestag.

»ein Buch zum Schmuzzeln wie zum Staunen, zum Durchblättern wie zum Nachschlagen, und als Geschenk eignet es sich auch« Helmut Stoltenberg, Das Parlament 15-16/09, zur Voraufgabe

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37. Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de/12534



Raus aus den Kinderschuhen

BUNDESFREIWILLIGENDIENST 34.000 Teilnehmer sind eine gute Bilanz. Der Teufel steckt noch im Detail



Zum einjährigen Bestehen des Bundesfreiwilligendienstes empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) „Bufdis“ im Kanzleramt.

Vor dem „Spielhaus Schillerstraße“ in Berlin-Charlottenburg bietet sich dem Besucher an diesem Nachmittag ein idyllischer Anblick: Ein kleiner blonder Junge fährt seine Schwester auf einem roten Dreirad mit Anhänger zwischen den Sandkästen spazieren. Ein paar Mütter spielen mit ihren Kindern, die gerade einmal laufen können. Bunte Plastikeimer liegen im Sand. Sara-Carolina Novak schaut sich strahlend um. Die 19-Jährige hat zwölf Monate als Teilnehmerin des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) die Angebote des „Spielhauses“ mitgestaltet. Getragen wird der „pädagogisch betreute Spielplatz mit Kinderhaus“ von der baptistischen Friedenskirche Charlottenburg, die seit 2011 Aktivitäten für Kinder bis zwölf Jahre organisiert. „Ich wollte nach dem Abitur noch etwas zur persönlichen Weiterentwicklung machen“, sagt Novak, und da sie selbst Baptistin ist, war der Weg ins Spielhaus für sie kein Umweg. Es sei eine Zeit gewesen, die sie „unendlich weimgeliebt“ habe. Zunächst half sie beim Aufbau des Jugendclubs, dann betreute sie die Kinder im Spielhaus. „Ich habe mit ihnen gebacken und gekocht, Sportturniere veranstaltet, ihnen bei den Hausaufgaben geholfen“, erzählt sie.

Ende der Wehrpflicht Novak ist eine von zurzeit mehr als 34.000 „Bufdis“. Der Bun-

desfreiwilligendienst entstand in Folge der Aussetzung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes zum 1. Juli 2011 – einer der größten politischen Einschnitte in der Geschichte der Bundesrepublik. Den Zivildienst hatten seit seiner Einführung 1961 rund 2,7 Millionen junge Männer in Altenheimen, Jugendclubs, Kinderheimen, bei Rettungsdiensten und anderen Einsatzstellen geleistet, die diese Kräfte dringend brauchten. Das Bundesfreiwilligendienstgesetz wurde am 28. April 2011 vom Bundestag beschlossen und trat wenige Tage später in Kraft. Alle Einrichtungen, die vorher schon Zivildienstleistende beschäftigt hatten, wurden automatisch als Einsatzstellen des Bundesfreiwilligendienstes anerkannt.

Kritische Stimmen Wohlfahrtsverbände und Oppositionsparteien reagierten skeptisch auf die Vorschläge der Bundesregierung. Denn es gibt einige deutliche Unterschiede zum Zivildienst. Zum einen ist die Zahl der Plätze auf bundesweit 35.000 begrenzt. Zum anderen ist die Teilnahme offen für alle Menschen, die die Schule abgeschlossen haben. Damit sollen ausdrücklich auch ältere Bürger angesprochen werden.

Diese müssen nicht unbedingt Vollzeit-Dienst leisten, sondern nur mehr als 20 Stunden pro Woche. Der Dienst dauert in der Regel zwischen sechs und 18 Monaten. Inhaltlich ähnelt der Bundesfreiwilligendienst dem parallel bestehenden Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ). Die „Bufdis“ arbeiten in Krankenhäusern, Kinderheimen, Museen und anderen sozialen, ökologischen oder kulturellen Einrichtungen.

»Nicht immer ist klar, was eine zusätzliche Tätigkeit ist. Es gibt da einen Graubereich.«

Susanne Rindt, Arbeiterwohlfahrt

Zwei Jahre danach sind die kritischen Stimmen immer noch nicht ganz verstummt. „Der Freiwilligendienst an sich macht Sinn und ist auch gut so“, sagt Sönke Rix, SPD-Obermann im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages. Allerdings kritisiert er, dass das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) sowohl Träger sei als auch die Zentralstelle, die die Gelder verbe. Träger sollten ausschließlich die Einrichtungen sein, bei denen die Teilnehmer arbeiten, argumentiert Rix. „Das qualitative Niveau des BFD ist nicht das, was wir uns wünschen“, sagt Ulrich Schneider, Sprecher für bürgerschaftliches Engagement der Grünen. Die Fortbildung der Teilnehmer, die im Gesetz festgehalten

sei, sei noch nicht überall auf einem guten Niveau. Insbesondere Menschen, die älter als 27 Jahre seien, bekämen oft noch keine sinnvolle pädagogische Begleitung. Das Programm sei noch zu sehr auf den Zivildienst zugeschnitten, so sein Einwand. Florian Bernsneider, jugendpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, gibt zu, dass die Seminare für Ältere verbessert werden müssen. „Das war ja auch eine völlig neue Einrichtung.“ Grundsätzlich sei er aber mit der Öffnung des Freiwilligendienstes für Ältere zufrieden. Die Doppelrolle des Bundesamtes als Träger und Geldgeber sehe er weniger kritisch als seine Oppositionskollegen. Das Bundesamt sei so organisiert, dass andere Träger dadurch nicht benachteiligt werden, sagt der Liberale. Harald Koch, für Die Linke Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, kann speziell der Altersöffnung nichts abgewinnen. „Das hat eine ganz klare Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt geschaffen.“ Kommunen sicherten mit den Teilnehmern Aufgaben, die vorher Festangestellte erledigt hätten. „Der Bundesfreiwilligendienst ist auf Erfolgskurs und übertrifft alle Erwartungen“, betont dagegen der Vorsitzende des Unterausschusses, Markus Grübel (CDU). „Den Freiwilligen gebührt unser Dank, unser Respekt und unsere Anerkennung.“ Mit einer Reihe von begleitenden Maßnahmen, darunter die Steuerfreiheit des Taschengeldes

im BFD und die Kindergeldregelung, habe die Regierung den BFD attraktiver gemacht. (Siehe auch Interview auf Seite 2).

Alternative zur Arbeitslosigkeit Im Mai dieses Jahres hat das Centrum für soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg zusammen mit der Hertie School of Governance eine Studie zu den Über-27-Jährigen veröffentlicht und diese auch im Unterausschuss für Bürgerschaftli-

KOMPAKT

> Ende der Wehrpflicht Zum 1. Juli 2011 wurde die Wehrpflicht und damit auch der Zivildienst ausgesetzt. Seit seiner Einführung 1961 hatten rund 2,7 Millionen junge Männer Zivildienst geleistet.

> Bundesfreiwilligendienst Er wurde nach dem Ende des Zivildienstes 2011 etabliert. Derzeit gibt es mehr als 34.000 „Bufdis“, die zwischen sechs und 18 Monaten ihren Freiwilligendienst tun.

> Bedingungen Neu am Bundesfreiwilligendienst ist, dass er allen Altersgruppen offensteht. Er ist grundsätzlich ein Vollzeit-Dienst. Ab 27 Jahren kann er aber auch in Teilzeit absolviert werden.

ches Engagement des Bundestages vorgestellt. Aufgefallen ist den Wissenschaftlern, dass die Altersgruppe der Über-27-Jährigen vor allem in ostdeutschen Bundesländern stark vertreten ist. Das zeigt sich, wenn man die Zahlen von Sachsen und Baden-Württemberg vergleicht. Die Zahl der Freiwilligen mit jeweils mehr als 4.000 ist zwar fast identisch. In Baden-Württemberg sind jedoch mehr als 80 Prozent der „Bufdis“ unter 27 Jahre, in Sachsen sind mehr als 80 Prozent über 27 Jahre alt. Einer der Gründe dafür sei die regionale Lage am Arbeitsmarkt, schreiben die Wissenschaftler. „Für viele Arbeitssuchende ist der Dienst eine Alternative zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die in vielen Regionen zeitgleich mit Einführung des BFD gekürzt oder abgeschafft wurden“, heißt es in der Kurzfassung der Studie. So hätten mehr als 60 Prozent der Ü27-Freiwilligen im März 2013 ihren Dienst gleich für die vollen 18 Monate angetreten oder auf diese Maximalzeit verlängert.

Öffnung als Chance Die Arbeiterwohlfahrt hat diese Öffnung für Ältere begrüßt. „Wir haben darin schon eine Chance gesehen“, sagt Susanne Rindt vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Berlin. Das Problem: Der BFD soll arbeitsmarktpolitisch neutral sein. Das heißt, die Freiwilligen sollen hauptberufliche Mitarbeiter in den Einrichtungen nicht ersetzen. „Nicht in jeder Einrichtung ist aber klar, was ist zusätzlich. Es gibt da einen Graubereich“, erläutert Rindt. Zum Beispiel ergreife eine Altenpflegerin den Beruf nicht nur, um Menschen körperlich zu versorgen. „Sie möchte auch die Zeit haben, am Bett eines Bewohners zu sitzen und mit ihm Gespräche zu führen.“ Würden diese Aufgaben nun ausschließlich als etwas „Zusätzliches“ von Freiwilligen übernommen, wäre das für viele Pflegekräfte sicherlich schwierig, vermutet sie.

Wenn es aber gelinge, den BFD zu einem Lern- und Orientierungsdienst auszubauen, sei das speziell für die älteren Teilnehmer ein Gewinn. „Aber wir haben noch nicht flächendeckend Konzepte dafür“, stellt die AWO-Mitarbeiterin fest. Dabei stecken die Probleme im Detail: So haben einige der westlichen AWO-Bezirksverbände nur wenige ältere Teilnehmer, die weit entfernt voneinander eingesetzt werden. Ihnen zentrale Seminare anzubieten, ist gerade in den großen Flächenländern nicht einfach. „Eventuell haben die Teilnehmer auch noch familiäre Verpflichtungen, weswegen ein Fünftage-Seminar mit mehrtägiger Anreise und Auswärtsübernachtung für sie nicht in Frage kommen.“ Dazu komme, sagt Susanne Rindt, dass ältere Menschen sowohl mit Fortbildungen als auch mit Gruppen häufig anders umgingen.

Sara-Carolina Novak hat aus ihrem Freiwilligendienst im „Spielhaus“ eine Menge für sich selbst und über sich selbst gelernt. „Nach dem Abitur wusste ich noch gar nicht, wo ich beruflich hinwollte“, sagt sie. Inzwischen hat sie sich entschieden, Sozialarbeit in Bochum zu studieren. Das wird sie mit einem gestärkten Selbstbewusstsein beginnen. Im Spielhaus habe sie erfolgreich mit den Schülern gelernt, beim Straßenfest den Bobby-Car-Parcours beaufsichtigen und mehrfach Streit geschlichtet. „Ich war so eine Art Vertrauensperson für die Kinder.“ Eine große Überraschung für Novak. „Denn ich dachte, ich habe keine Ausstrahlung auf Kinder.“

Sandra Ketterer

Mehr zum Thema unter: <http://www.bundesfreiwilligendienst.de/>

FÜNF FRAGEN ZUM: BUNDESFREIWILLIGENDIENST



DÖRTE LÜDEKING, Referentin für die DRK-Freiwilligendienste im DRK-Generalsekretariat Berlin

»Eine Begrenzung auf 35.000 Plätze macht grundsätzlich keinen Sinn.«

Das Deutsche Rote Kreuz war anfangs sehr skeptisch, ob der Bundesfreiwilligendienst den Zivildienst ersetzen kann. Wie sehen Sie das heute?

Ja, wir waren da sehr skeptisch, weil alles sehr kurzfristig war. Es hat uns natürlich auch viel Kraft gekostet, den neuen Dienst zu organisieren. Wir hatten aber schon viel Erfahrung im Umgang mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Davon haben wir profitiert. Inzwischen können wir eine positive Bilanz ziehen. Wir haben aktuell rund 11.000 Plätze im Freiwilligen Sozialen Jahr und etwa 2.700 Plätze im BFD vergeben. Im aktuellen Freiwilligenjahr 2014/13 wollen wir sogar auf fast 3.000 BFD-Plätze ausbauen.

Mit dem BFD gibt es erstmals einen Freiwilligendienst auch für Über-27-Jährige. Wie sind Ihre Erfahrungen?

Diese Altersöffnung ist für uns erstmal eine Bereicherung. Für die Älteren ist es auch eine Chance, sich hier zu engagieren. Der Haken ist,

dass wir mit dieser Zielgruppe, in diesem Rahmen noch wenig Erfahrung haben. Der BFD soll ja ein Lerndienst sein, also mit pädagogischer Begleitung. Die muss aber anders konzipiert sein als für die Jüngeren, mit denen wir bisher gearbeitet haben. Wir haben da ganz klar Herausforderungen, die wir auch angehen werden.

Die Opposition im Bundestag bemängelt den Verwaltungsaufwand für einen BFD-Platz.

Der Vertrag mit dem Freiwilligen wird ja immer mit dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) geschlossen. Er muss nicht nur vom Freiwilligen und seiner Einsatzstelle unterzeichnet, sondern auch vom Bundesamt genehmigt werden. Vor allem kurzfristige Vereinbarungen werden dadurch erschwert. Wenn man einen Freiwilligen in einer neuen Einsatzstelle einsetzen will, muss diese Stelle vorab vom BAFzA anerkannt werden. Hier hakt es wegen der langen Bearbeitungszeiten im BAFzA.

Die BFD-Plätze sind auf 35.000 begrenzt. Macht das überhaupt Sinn?

Es macht grundsätzlich keinen Sinn, weil viele Interessierte leer ausgehen. Wir brauchen immer eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung. Da ist eine Kontingentierung nicht sinnvoll. Allerdings darf ein Ausbau des Bundesfreiwilligendienstes nicht zulasten des FSJ gehen.

Mit dem FSJ und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) gibt es schon zwei etablierte staatliche Angebote. Jetzt noch der BFD. Wäre es nicht sinnvoller, daraus zwei Angebote zu machen – eines für Jüngere, eines für Ältere?

Es ist bereits jetzt schon grundsätzlich möglich, den BFD neben dem FSJ/FÖJ nur für Ältere anzubieten. Das steht jeder beteiligten Organisation frei und sollte auch in der aktuellen Aufbauphase des BFD erstmal so bleiben. Für mögliche gesetzliche Änderungen muss im Sinne der Freiwilligen, Träger und Einsatzstellen gelten: keine Schnellschüsse. ske

Ein Jahr gemeinnützige Arbeit

BUNDESLÄNDER Das Freiwillige Soziale Jahr bietet Jüngeren eine erste Orientierung nach der Schule

Neben dem Bundesfreiwilligendienst bieten in Deutschland auch die Bundesländer die Möglichkeit, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Nämlich mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Hier können Jugendliche im Alter von 16 bis 27 Jahren ein Jahr lang in einer gemeinnützigen und karitativen Einrichtung arbeiten. Ziel dabei ist nicht nur, dass sich die Teilnehmer für das Gemeinwohl engagieren, sondern auch berufliche Erfahrungen und Orientierung sammeln. Anbieter sind oftmals Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, Behindertenheime, Krankenhäuser oder Alten- und Pflegeheime. Seit 2002 kann das FSJ auch im Sportbereich, der Denkmalpflege oder in Kultureinrichtungen abgeleistet werden. Während der Zeit erhalten die Teilnehmer nur ein Taschengeld und gegebenenfalls freie Unterkunft und Verpflegung oder Sachleistungen. Außerdem bekommen die Eltern weiterhin Kindergeld und die Jugendlichen sind beitragsfrei in der gesetzlichen Kranken-, Renten-, Unfall-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung versichert. Das FSJ beginnt in der Regel zum 1. August oder 1. September und beträgt mindestens sechs und höchstens 18 Monate. Bewerber müssen sich die Jugendlichen grundsätzlich beim Träger der Einrichtung, in der sie das

FSJ machen wollen. Während des Freiwilligen Sozialen Jahres treffen sich die Teilnehmer mit andere FSJlern auf ihrer Region zu Seminaren, pro Jahr mindestens 25 Tage. Wer möchte, kann das FSJ auch im Ausland verbringen. Die Träger des Freiwilligen Jahres müssen jedoch ihren Hauptsitz in Deutschland haben. Zielgebiete sind oftmals Länder in Südamerika oder Osteuropa. Bevor sie ins Ausland gehen, absolvieren die Teilnehmer meistens noch eine Schulung inklusive Sprachkurse. Bis zur Aussetzung der Wehrpflicht konnte das FSJ im Ausland auch als Wehrersatzdienst angerechnet werden. Neben dem FSJ gibt es ebenso das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ). Hierbei liegt der Schwerpunkt des Engagements im Umweltschutz, sodass es hauptsächlich von Trägern aus diesem Bereich angeboten wird, beispielsweise dem Naturschutzbund (NaBu) oder dem Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND). Auch das FÖJ kann im Ausland absolviert werden, allerdings gibt es hier nur wenige Plätze. Laut Aussagen des Bundesarbeitskreises Freiwilliges Soziales Jahr, einem Zusammenschluss bundeszentraler zivilgesellschaftlicher Trägerverbände und Zentralstellen des FSJ, nehmen aktuell über 40.000 junge Menschen an einem Freiwilligen Sozialen Jahr teil. FSJ und FÖJ werden bei der Studienplatzvergabe als Wartesemester angerechnet.

Das FSJ geht auf eine Initiative der evangelischen Kirche zurück und wandte sich anfangs nur an junge Frauen. Anlässlich des

hundertsten Jubiläums des Diakoniewerks rief damalige Leiter der Diakonissenanstalt Neuedtelsau, Hermann Dietzelbinger, 1954 junge Frauen dazu auf, ein freiwilliges Diakonisches Jahr zu absolvieren. Die Freiwilligen sollten bevorzugt in der Kranken- und Altenpflege helfen. 1962 initiierte dann Gertrud Rückert den Philadelphia-Dienst. Hier bekamen Abiturientinnen vor dem Studienbeginn die Möglichkeit, ein Jahr praktische Berufserfahrungen zu sammeln. Aus diesen zwei Vorläufern formte Bundesfamilienminister Bruno Heck (CDU) eine Gesetzesinitiative zum Freiwilligen Sozialen Jahr, die 1964 vom Bundestag verabschiedet wurde. Seit 1968 gibt es auch in Österreich ein Freiwilliges Soziales Jahr. Es wird vom „Verein zur Förderung freiwilliger sozialer Dienste“ angeboten und dauert in der Regel nur zwischen zehn und elf Monate.

Neben dem FSJ/FÖJ und dem Bundesfreiwilligendienst gibt es in Deutschland noch andere Programme, bei denen man sich sozial engagieren kann. So bietet das Entwicklungshilfeministerium den Freiwilligendienst „weltwärts“ an, bei dem sich junge Menschen in Entwicklungsländern engagieren. Das Auswärtige Amt offeriert das Programm „kulturweit“, bei dem die Teilnehmer in deutschen Schulen oder Kultureinrichtungen im Ausland arbeiten. Das Programm ist rechtlich dem FSJ gleichgestellt. Dazu gibt es noch den internationalen Freiwilligendienst des Bundesfamilienministeriums und den Freiwilligendienst des Deutsch-Französischen Jugendwerks. jbb

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Ein Stück Demokratie im Gericht

SCHÖFFEN Ehrenamtliche Richter sind in Deutschland neben den Berufsrichtern an der Urteilsfindung beteiligt. Sie stehen für das Grundgesetz-Prinzip der Staatsgewalt, die »vom Volk« ausgeht. Mancherorts herrscht jedoch Bewerbermangel

Rund 60.000 Schöffen sind derzeit an den deutschen Gerichten tätig. Sie üben eine Kontrollfunktion aus und sind bei der Urteilsfindung den hauptamtlichen Richtern gleichgestellt.

Schöffen sind Richter ohne Robe. Doch obwohl sie „nur“ ehrenamtlich tätig sind, haben sie in Strafprozessen das gleiche Stimmrecht bei der Urteilsfindung wie die Berufsrichter. Ein Jurastudium brauchen die Laienrichter nicht. Dafür kommen sie aus den unterschiedlichsten Berufen. Geschätzt werden ihre Unabhängigkeit und ihr gesunder Menschenverstand.

„Wir brauchen gestandene Leute mit Rückgrat, die ihre Meinung auch mal gegen den scheinbaren Sachverstand eines Berufsrichters durchsetzen können“, sagt Hasso Lieber, Vorsitzender des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter. Der Bundesverband vertritt die Interessen der Schöffen in Deutschland. „Schöffen haben eine gewisse Kontrollfunktion“, erklärt Lieber. Sie bräuchten schon allein durch ihre Anwesenheit die Berufsrichter dazu, ihre juristischen Wertungen verständlich auszudrücken. „Denn was die Schöffen nicht verstehen, versteht der Angeklagte erst recht nicht“, betont er. Das sieht die Exekutive ähnlich: Durch die Beteiligung von Bürgern an der Strafjustiz werde der „Lebensnahe Sachverstand von Laien bei der Rechtsfindung“ gesichert, betont Baden-Württemberg Justizminister Rainer Stüchelberger (SPD). So werde konkret, dass Urteile „im Namen des Volkes“ gesprochen werden, erläutert er im „Leitfaden für Schöffen“.

Rund 60.000 Schöffen sind derzeit in der deutschen Strafrechtsbarkeit tätig, weitere 40.000 ehrenamtliche Richter bei Verwaltungs-, Arbeits-, Sozial- oder Finanzgerichten. Schöffe kann jeder Deutsche werden, der bei Antritt dieses Ehrenamts mindestens 25 und höchstens 69 Jahre ist. Egal ob jemand Architekt, Gärtner, Müllfahrer, Arbeitsloser, Rentner, Lehrer oder Ingenieur ist.

Für fünf Jahre gewählt Die Schöffen für die Amts- und Landgerichte werden bundesweit in einem Schwung für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Genau das ist derzeit im Gange. Seit Frühjahr 2013 wurden in allen Bundesländern bereits Bewerber für die Amtsperiode von 2014 bis 2018 rekrutiert. Teilweise war von einem „Bewerbermangel“ die Rede. Und den gab es tatsächlich in bestimmten Bezirken von Großstädten wie Augsburg, Düsseldorf, Hamburg oder Berlin, wie Hasso Lieber weiß. Hintergrund: Die örtlichen Gemeinden müssen laut Gesetz für die Wahl der Schöffen Vorschlagslisten erstellen, die doppelt so viele Kandidaten enthalten müssen, wie die Zahl der erforderlichen Schöffen beträgt. Daraus wählt dann ein Ausschuss beim Amtsgericht die benötigte Zahl der Schöffen. Doch die Realität sieht mancherorts anders aus: „Berlin hat 6.000 Schöffen, also müssten Sie mindestens 12.000 Bewerber finden“, umreißt Lieber das Problem. Doch diese sehr

hohe Zahl werde aus freiwilligen Bewerbungen in der Hauptstadt nicht erreicht. Die Konsequenz: Haben Kommunen nicht genug Bewerber, wenden sie einen „Trick“ an, der dem Schöffenvorstand ein Dorn im Auge ist: Die Gemeinden greifen dann auf das Einwohnermeldeeregister zurück und suchen daraus per Zufall Kandidaten aus. Dabei kann es jeden treffen. Das widerfuhr zum Beispiel Michael Jahn aus München. „Ich hatte mich nicht beworben und kam vor fünf Jahren über diesen ‚Zufallsgenerator‘ hinein“, erzählt er. „Ich



Schon im Sachsenspiegel von 1305 wurden Schöffen erwähnt.

hatte vorher nicht gedacht, dass man mehr oder weniger zwangsverpflichtet werden kann.“ Ablehnen können nur Ärzte, Hebammen oder Krankenpfleger. Doch Jahn, ein selbständiger Ingenieur, hat Geschmack an dem Ehrenamt gefunden und sich nun für die neue Periode beworben. Denn es sei schon wichtig, dass nicht nur „Paragrafenreiter“ auf einen Angeklagten losgelassen würden.

Mit dem Einsatz von ehrenamtlichen Richtern wird das Demokratieprinzip umgesetzt, das im Grundgesetz in Artikel 20 verankert ist. Dort heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Und die rechtsprechende Gewalt ist laut Artikel 92 des Grundgesetzes allen Richtern „anvertraut“. Auch wenn manche Schöffen still auf der Richterbank sitzen: Ihre Stunde schlägt meist im Beratungszimmer. Sie sind in Rechten und Pflichten den „Richterprofis“ gleichgestellt, die als Befähigung zu diesem Beruf immerhin zwei juristische Staatsexamina vorweisen müssen. Schöffen entscheiden gleichberechtigt über Schuld oder Unschuld, Strafe oder Freispruch für einen Angeklagten.

Und beim Amtsgericht, wo ein Berufsrichter im Strafprozess zwei Schöffen an seiner Seite hat, können die Laien theoretisch sogar den Profi überstimmen. Meist einigen sich zwar alle drei über das Strafmaß, aber es gibt Ausnahmen: „In einer Verhandlung hätte ich den Angeklagten gerne freigespro-

chen“, berichtet Schöffe Michael Jahn, „aber da hat mein Mitschöffe nicht mitgezogen.“ Der habe den ganzen Strafprozess eher passiv über sich ergehen lassen und sich dann der Meinung des Berufsrichters angeschlossen.

Die Vorsitzende des bayerischen Landesverbands der Schöffen, Brigitte Stein, ermutigt hingegen die Ehrenamtlichen: „Wir sind sehr interessiert an Schöffen, die nicht nur abnicken.“ Und Bundesvorsitzender Lieber betont: „Schöffen sind die unabhängigsten Menschen in den Gerichten.“ Wo es „Seilschaften“ oder kollegiale Abhängigkeiten der Berufsjuristen gebe, berühre dies Schöffen nicht.

Heute muss jeder Schöffe in seiner ersten Sitzung den „Schöffeneid“ leisten. Dabei schwört er „nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.“ Schöffe kann nicht werden, wer wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt ist. Bestimmte Berufsgruppen dürfen nicht als Schöffen herangezogen werden: Berufsrichter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Polizisten oder auch Pfarrer.

Erfindung des Mittelalters Das Schöffenamts ist keine Erfindung der modernen Demokratie. Heutige Schöffinnen und Schöffen stehen in einer jahrhundertalten Tradition, die bis ins Mittelalter zurückreicht.

Damals waren es meist Bauern, die dem Schultheiß bei der Rechtsfindung halfen. Das Wort „Schöffe“ stammt vom Althochdeutschen „sceffino“ (gestalten, anordnen). Schöffe zu sein, erfordert zeitliche Opfer: Zu bis zu zwölf Fällen pro Geschäftsjahr kann ein Schöffe herangezogen werden. Wer unentschuldig fehlt, dem droht ein Ordnungsgeld bis 1.000 Euro. Hinzuverdienen kann man als Schöffe nicht: Pro Stunde gibt es bislang lediglich fünf Euro Aufwandsentschädigung plus Erstattung des Verdienstaufschlags.

Schöffen müssen zwar für die Zeit ihrer Amtstätigkeit von der Arbeit freigestellt werden. Doch nicht wenige Arbeitgeber machen „ihren“ Schöffen das Leben schwer. Als problematisch wird dabei die neueste Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts gesehen. Demnach sei es bei gleitender Arbeitszeit in einem Betrieb „zulässig, nur die Kernzeit als entschuldigt auf dem Arbeitszeitkonto gutzuschreiben und dem Schöffen zuzumuten, die in die Gleitzeit fallende Abwesenheit nachzuarbeiten“, kritisiert Lieber. Auch sein thüringischer Verbandskollege Andreas Höhne sieht diese Entwicklung mit großer Sorge: „Irgendwann haben wir als Schöffen nur noch Arbeitslose und Rentner.“

Norbert Demuth

Der Autor arbeitet als rechtspolitischer Korrespondent in Karlsruhe.

Privater Zweck – gemeiner Nutzen

HISTORISCHE ENTWICKLUNG Als Alternative zur Ständegesellschaft haben sich im 18. Jahrhundert in Deutschland Vereine entwickelt

Vereine sind gut für das Gemeinwesen. Als „Schulen der Demokratie“ vermitteln sie, so heißt es, Erfahrung in der Kompromissfindung: als „kleine Republiken“ garantieren sie demokratischen Pluralismus, als Non-Profit-Organisationen wirken sie einer reinen Konsumgesellschaft entgegen. Solche Ansprüche und Erwartungen an Vereine sind in der Geschichte des deutschen Vereinswesens begründet. Der historische Rückblick zeigt allerdings, dass die erhofften Effekte nicht notwendig in der Natur der Sache liegen.

Kontrolle und Förderung Das Vereinswesen wurde in Deutschland im hohen Maß von staatlicher Kontrolle und Förderung geformt. Das zeigt der Vergleich: In Großbritannien wurde die frühe Assoziationsbildung primär von wirtschaftlichen Veränderungen angeregt, die für Statusunsicherheit sorgten. Den Zeitgenossen stellte sich die Frage, mit welchen Personen sie in engeren sozialen Kontakt treten wollten. Eine Antwort darauf boten „clubs“, die sich für potenziell interessante Personen öffnen und gegen unerwünschte Personen schließen ließen und in denen man probeweise soziale Beziehungen knüpfen konnte. Ein weiterer Zweig des britischen Vereinswesens bestand aus den Selbsthilfevereinen kleiner Leute, die sich mit Unterstützungskassen gegen die Unwägbarkeiten des Marktes absicherten.

In Deutschland spielte der Markt für die Assoziationsbildung eine weitaus geringere Rolle. Hierzulande wurden die Vereine im späten 18. Jahrhundert vornehmlich von den oft verbeamteten Angehörigen einer gebildeten Mittelschicht getragen. Diese Personen suchten in Vereinen weder Geschäftspartner noch Solidargemeinschaft, sondern eine Alternative zur Ständegesellschaft. Gegen deren Ordnung beriefen sich Lesegesellschaften, Freimaurerlogen, „patriotisch-gemeinnützige“ und wissenschaftlich-musische Vereine auf Bildung und Vernunft, die im Verein realisiert werden sollten. Prinzipiell standen diese zeittypischen Bildungsvereine jedermann offen, faktisch jedoch blieb das Bürgertum unter sich. Gegenüber dem Staat hatten diese bürgerlichen Vereine ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits galt ihnen eine aufgeklärte Monarchie als Bündnispartner gegen ständische Beharrungskräfte. Andererseits unterminierten sie mit ihrem Selbstverständnis die auf Erblichkeit basierende monarchische Legitimität. Entsprechend vorsichtig beäugte die adlige Obrigkeit das Vereinswesen und versuchte, es auf bestimmte Betätigungsfelder festzulegen. So erkannte etwa das Allgemeine Preussische Landrecht von 1794 das Recht auf Assoziationsbildung im Prinzip an. Doch behielt sich der Staat vor, Vereine aufzulösen, wenn sie ihm als „gemeinnützigen Absichten oder Anstalten hinderlich“ erschienen.



Mitglieder eines Turnvereins auf einer Postkarte von 1905

Diese Gängelung stellte die Weichen für die weitere Vereinsentwicklung. Der Bildung von Parteien und wirtschaftlichen Interessenverbänden war zunächst ein Riegel vorgeschoben und Vereine weitgehend auf den „gemeinnützigen“ Bereich von Kultur, Körpererhaltung und Karitatives beschränkt. In den 1860ern wurden die Zügel allmählich gelockert, und das Vereinswesen begann, sich funktional ausdifferenzieren. Parteien und Wirtschaftsverbände entstanden. Am weitesten verbreitet waren Vereine,

in denen Handwerker und Arbeiter als „aktive“ Mitglieder sangen oder turnten, lokale Geschäftsleute vom Wirt bis zum Fabrikbesitzer als „passive“ Mitglieder finanzielle Unterstützung leisteten und die örtlichen Spitzen aus Wirtschaft und Politik als „Ehrenmitglieder“ ihren Segen gaben. Diese Vereine umfassten zwar Männer aus allen Schichten, bewahrten jedoch zugleich Abhängigkeiten und Statusunterschiede. Im 20. Jahrhundert verlegte sich der Staat vollends von der Bekämpfung unliebsamer

auf die lenkende Unterstützung genehmer Vereine. Im Ersten Weltkrieg erfuhren die Vereine zur Leibesertüchtigung öffentliche Förderung; die Weimarer Republik setzte diese Politik fort und weitete sie auf andere Bereiche wie Chorgesang und Kleingärtnerei aus. Aus dem Machtmittel lokaler Eliten wurde ein Instrument staatlicher Kultur- und Sozialpolitik, was in den 1920er Jahren ein rasches, für Deutschland kennzeichnendes Anwachsen von Dachverbänden zur Folge hatte. Der Grund dafür war, dass der Staat Subventionen versprach und diese über die Verbände verteilte, sofern sie sich zur „Gemeinnützigkeit“ verpflichteten. Inwieweit Vereine „gemeinnützig“ wirk(t)en, wäre einzeln zu prüfen. Die Tatsache, dass Vereine meist der Exklusion und Kontrolle gedient haben und ihre Selbstbindung an den „gemeinen Nutzen“ dem Staat Förderungswürdigkeit demonstrieren sollte, ist Grund genug, die Selbstauskünfte des Vereinswesens nicht für bare Münze zu nehmen.

Klaus Nathaus

Der Autor unterrichtet Sozialgeschichte an der Universität Edinburgh.

Preise für das Ehrenamt

AUSZEICHNUNGEN Tausende Freiwillige arbeiten in Deutschland ehrenamtlich. Oftmals bekommen sie nur eine Aufwandsentschädigung, diese allerdings steuerfrei. Um das Engagement zu würdigen, werden landesweit zahlreiche Auszeichnungen für ehrenamtliches Engagement vergeben. Die wohl bekannteste ist das Bundesverdienstkreuz. Es wird für besondere Leistungen auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, geistigem und auch ehrenamtlichem Gebiet verliehen. Tag der Vergabe ist der Internationale Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember. Schließlich ist auch ein Gedenktag eine Würdigung. Neben dem Bund vergeben auch die Bundesländer Ehrenabzeichen für besonderes Engagement. So verleiht Bayern seit 1994 das „Ehrenzeichen für Verdienste im Ehrenamt“ und Hessen vergibt den „Ehrenbrief des Landes Hessen“. Mehrere Bundesländer und Städte geben zudem die sogenannten Ehrenamtskarten heraus. Mit der Karte bekommen die Träger eine Reihe von Vergünstigungen, wie zum Beispiel Rabatte beim Eintritt in Museen. Für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit gibt es die Jugendleiter/in-Card, die „Juleica“. Sie dient nicht nur als Auszeichnung, sondern auch als Qualifikationsnachweis, da man als Voraussetzung eine Ausbildung zum Jugendleiter absolviert haben muss. Außerdem gibt es viele kommunale Auszeichnungen, wie beispielsweise den Ehrenamtspreis „KölnEngagiert“.

jjb



Manchmal ist das Engagement sogar lecker: Bei der Bürgerstiftung Barnim Uckermark etwa. Die hat nämlich vor zwei Jahren Kekse gebacken – und damit im Jahr 2011 den mit 20.000 Euro dotierten „Förderpreis Aktive Bürgerschaft“ gewonnen. In dem Gebäck in der Form chinesischer Glückskesse waren Zettel enthalten, die mit Kinderrechten bedruckt waren: das Recht auf Bildung etwa, das Recht auf ein gewaltfreies Leben und die Fürsorge ihrer Eltern. Die Bürgerstiftung mit Sitz in Eberswalde setzt sich stark für Kinderrechte ein und will vor allem den Jüngsten die Bedeutung von Demokratie und Rechten nahebringen. Die Idee für die süßen Informationen kam allerdings von den Kindern selbst: Nachdem die sich in einem sozialen Brennpunkt für die Belange ihrer Altersgenossen eingesetzt hatten und schockiert über deren Lebensbedingungen waren, beschlossen sie, Kekse zu backen und auf dem Weihnachtsmarkt zu verkaufen. Der Erlös wurde schließlich in einem weiteren Projekt mit dem Titel „2000 Mäuse winken“ an verschiedene Kinder- und Jugendinitiativen weitergegeben. Inzwischen gab es noch ein weiteres Programm. Bei „Kohle für Cool“ konnten sich Jugendliche im Alter zwischen 12 und 19 Jahren mit ihren Ideen zu den Themen „Bewegungsfreiheit – Kunst, Bewegung, Spaß für Alle“ und „Aktiv gegen Mobbing, Gewalt und Rechtsextremismus“ bewerben. Für Bernadette Hellmann, Projektleiterin Bürgerstiftungen beim Verein „Aktive Bürgerschaft“, ist die Bürgerstiftung Barnim Uckermark damit ein besonders gutes Beispiel dafür, „wie nachhaltig die Arbeit von Bürgerstiftungen sein kann: Über solche Projekte, aus denen immer wieder neue Ideen hervorgehen, kann man wirklich Veränderungen herbeiführen.“ Das sei wichtig, gerade in einer Region wie der Uckermark, die mit dem Problem der Abwanderung junger Menschen zu kämpfen habe. „Und natürlich erleben die Kinder und Jugendlichen, die sich in der Bürgerstiftung engagieren, dass sie selbst etwas bewegen können – und gleichzeitig beweisen sie, dass Kinder unglaublich kreativ und ausdauernd sein können, wenn man sie nur lässt. Die sind in der Lage, Mittel zu beschaffen und Konzepte zu entwickeln und an Dingen dran zu bleiben. Das ist wirklich beeindruckend.“

Eigenverantwortlich Immer mehr Bürgerstiftungen gründen sich in Deutschland. Sie sind Zeichen eines grundlegenden Wandels des gesellschaftlichen Selbstverständnisses: Immer mehr Menschen setzen auf Eigenverantwortung und Initiative; wollen nicht mehr auf einen starken Staat warten, der sich um alle Lebensbereiche kümmert. Dabei sind sie ein recht neues Phänomen: 1996 wurde auf Initiative des Unternehmers Reinhard Mohn mit der „Stadt Stiftung Gütersloh“ die erste deutsche Bürgerstiftung nach amerikanischem Vorbild gegründet. Unter dem Motto „Wir für unsere Stadt“ brachte Mohn Menschen zusammen, deren Ziel es war, die Lebensqualität in Gütersloh zu verbessern. Mohn selbst stiftete eine Million Euro als Startkapital, eine zweite folgte schnell von der Bertelsmann AG. Schon das erste Projekt der Stiftung wurde zum Erfolg: Aus dem „Gütersloher Discobus“, der 1997 startete, wurde inzwischen die Nachtbuslinie nach Bielefeld. 2010 wechselte der Name; seither heißt die Stiftung „Bürgerstiftung Gütersloh“. Erst vor wenigen Monaten starteten neue Projekte: Gemeinsam mit dem Klinikum Gütersloh begleitet die Stiftung Patienten mit Demenz. Und „Dialog in Deutsch“ ist ein Angebot an Erwachsene mit Migrationshintergrund, die nicht an Integrationskursen teilgenommen haben, aber ihr

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75011253
parlament@dfs-medien.de
www.das-parlament.de



Bürger engagieren sich heute in Deutschland an vielen Orten und zu vielen Themen.

Deutsch verbessern und neue Kontakte knüpfen wollen. Dass seine Stiftung so erfolgreich sein würde, hatte Reinhard Mohn vermutlich gehofft – sicher aber konnte er nicht sein, als er begeistert von der Arbeit amerikanischer Community Foundations gehört und festgestellt hatte, genau das sei es, was Deutschland brauchen könne. Denn während es im angelsächsischen Raum ein großes Selbstverständnis gibt, sich finanziell und ideell zu engagieren, ist die Überzeugung in Deutschland, der Staat werde sich schon um alles kümmern, traditionell viel größer. Mohn glaubte dennoch an das Konzept und trieb die Gründung der Gütersloher Stiftung mit Verve voran. Inzwischen sind auch viele andere Deutsche von dem Konzept überzeugt. 326 Bürgerstiftungen zählt die „Aktive Bürgerschaft“ in ihrem Länderspiegel aus dem Jahr 2012, mit einem Gesamtkapital von mehr als 208 Millionen Euro. Die Bürgerstiftungen schütten „mehr denn je für gemeinnützige Zwecke“ aus, heißt es in dem Report: Insgesamt haben sie im Jahr 2011 12,3 Millionen Euro in das lokale Gemeinwohl investiert, 12.000 Ehrenamtliche haben sich mit Zeit und Ideen in den Projekten oder Geschäftsstellen der Stiftungen eingebracht. Und auch die Einnahmen fließen: Mehr als 9,6 Millionen Euro haben Bürger, Unternehmen und Institutionen 2011 an die Bürgerstiftungen gespendet. Dies, so die „Aktive Bürgerschaft“, sei „die höchste Summe an Spendeneinnahmen innerhalb eines Jahres, die Bürgerstiftungen je verzeichnet haben.“

Gemeinnützig Dabei legt die „Aktive Bürgerschaft“ an ihre Zahlungen einen strengen Maßstab an. Tatsächlich ist die Zahl der Stiftungen, die unter diesem Label auftraten, weit höher: Weitere 363 Stiftungen nennen sich zwar Bürgerstiftungen, erfüllen aber nicht die „Zehn Merkmale einer Bürgerstiftung“. Die sind gewissermaßen das Gütesiegel, das der Arbeitskreis Bürgerstiftungen im Mai 2000 auf der Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen verabschiedet hat. Danach ist eine Bürgerstiftung gemeinnützig und will das Gemeinwohl stärken, sie wird in der Regel von mehreren Stiftern errichtet und ist wirtschaftlich und politisch unabhängig. Ihr Aktionsgebiet ist geografisch auf eine Stadt, einen Landkreis oder eine Region ausgerichtet, sie baut kontinuierlich Stiftungskapital auf und hat einen breiten Stiftungszweck. Bürgerstiftungen fördern Projekte, die von bürgerschaftlichem Engagement getragen sind oder Hilfe zur Selbsthilfe leisten, sie machen ihre Ar-

beit öffentlich, sind Bestandteil lokaler Netzwerke und ihre interne Arbeit ist von Partizipation und Transparenz geprägt. Nach dieser Definition gilt etwa die Deutsche Umwelstiftung, die sich selbst als größte und älteste deutsche Bürgerstiftung bezeichnet, nicht als klassische Bürgerstiftung – weil ihr Stiftungszweck nicht breit genug, sondern auf Umwelterziehung und Umweltschutz begrenzt ist und die Stiftung national wirkt.

Verbindend Dennoch hat die Umwelstiftung etwas, von dem viele „echte“ Bürgerstiftungen vor allem im Osten des Landes nur träumen können: Mehr als 1.800 Stifter und ein Vermögen von rund 150.000 Euro.

STICHWORT

BÜRGERSTIFTUNGEN – Das Gemeinwohl im Blick

- > Definition** Der Bundesverband Deutscher Stiftungen einigte sich im Jahr 2000 auf „Zehn Merkmale einer Bürgerstiftung“. Unter anderem gehört dazu, dass sie gemeinnützig sind und das Gemeinwohl im Auge haben, ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit, ihr geografisch begrenzter Aktionsradius und das Fördern von Projekten, die von bürgerschaftlichem Engagement getragen sind oder Hilfe zur Selbsthilfe leisten.
- > Themen** Fast die Hälfte ihrer Mittel investieren die Stiftungen in Bildung und Erziehung (47 Prozent), gefolgt von Kunst und Kultur (17 Prozent) und Sozialem (15 Prozent).
- > Vermögen** Die 326 Bürgerstiftungen verfügen über ein Gesamtkapital von 208 Millionen Euro. Mehr als 20 Millionen Euro vertrauen Stifter den Bürgerstiftungen allein im Jahr 2011 an. Mehr denn je schütten die Stiftungen für gemeinnützige Zwecke aus: Insgesamt rund zwölf Millionen Euro im Jahr 2011 (für 2012 liegen die Zahlen noch nicht vor).
- > Spenden** Mehr als 9,6 Millionen Euro haben Bürger, Unternehmen und andere Institutionen 2011 an die Bürgerstiftungen gespendet, bisher die höchste Summe innerhalb eines Jahres seit Gründung der ersten Bürgerstiftung 1996.

Eine solche Bilanz würde Sabine Sieble auch gern vorlegen können. Im Jahr 2007 gehörte die Politikwissenschaftlerin zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerstiftung Chemnitz, seit zwei Jahren ist sie Vorstandsvorsitzende. Es sei vor sechs Jahren schon mühsam gewesen, das Gründungskapital von 35.000 Euro zusammen zu bekommen, erinner sie sich, und bis heute sei es mühsam, Spenden für die Projekte der Stiftung einzuwerben. 29 Stifter hat ihre Organisation. „Das ist eine Beobachtung, die wir im Grunde in ganz Ostdeutschland machen: Das Konzept des Stiftens ist hier einfach noch nicht so verankert wie in anderen Regionen. Deshalb sind hier auch viele Bürgerstiftungen auf Fördergelder angewiesen.“ Tatsächlich weist der Engagement-Atlas der Prognos AG große regionale Unterschiede aus: Während der Anteil der „engagierten Bevölkerung“ im Allgäu oder der Oberpfalz über 45 Prozent liegt, sind in Ostdeutschland mit 26,5 Prozent viel weniger Menschen engagiert als in Westdeutschland (Schnitt: 36,3 Prozent). Dass die Lage für Bürgerstiftungen

im Osten schwieriger ist, hat auch Bernadette Hellmann festgestellt. Sie glaubt, das habe auch mit der jüngeren Geschichte zu tun: „In der DDR gab es ja im Grunde kein zivilgesellschaftliches Engagement. Das war alles verstaatlicht – und vielfach auch verordnet. Vielleicht sind davon viele noch abgeschreckt.“ Grundsätzlich aber, so ihr ermutigendes Fazit, seien die ostdeutschen Bürgerstiftungen finanziell zwar nicht so gut ausgestattet wie die in den alten Bundesländern, „da gibt es aber eine ungläubliche Aktivität in der Projektarbeit und sehr viel ehrenamtliche Mitarbeit.“ Das würde man in Sachsen vermutlich unterstreichen. In Chemnitz etwa rief Sabine Sieble mit ihren Mitstreitern eine „Danke-

Card“ ins Leben. Die gewährt Ehrenamtlern besondere Angebote bei städtischen Einrichtungen, Vereinen, Geschäften und Unternehmen. Gleichzeitig organisiert die Chemnitzer Stiftung Senioren-Besuchsdienste und „Sehende Begleitung“ für blinde und sehbehinderte Menschen; außerdem vergibt sie jährlich einen Bürgerpreis an Chemnitzer Vereine und plant einen „Adventskalender für einen guten Zweck“. Daran, dass sie mit der Chemnitzer Bürgerstiftung einmal ein so großes Kapital verwalten kann wie die größte europäische Bürgerstiftung, mag Sabine Sieble nicht glauben: Immerhin hat die britische „Community Foundation serving Cyne & Wear and Northumberland“ ein Gesamtvermögen von mehr als 46 Millionen Euro und konnte bei ihrer Gründung 1991 innerhalb eines Jahres drei Millionen Pfund einwerben. „Das schaffen wir nicht“, lacht Sieble, „aber darum geht es ja auch nicht. Wenn wir Menschen verbinden, die sonst nicht zusammengefunden hätten, und in Chemnitz etwas bewegen können, ist schon viel erreicht.“

Susanne Kailitz

Gegen das Greenwashing

DEUTSCHE UMWELTSTIFTUNG »Hoffnung durch Handeln«

Braucht es das wirklich noch? In Zeiten, in denen das Wort „Nachhaltigkeit“ schon fast inflationär benutzt und jedes Kindergartenkind weiß, wie wichtig der Umweltschutz ist: Ist da überhaupt noch eine Umweltstiftung nötig? „Ja natürlich, unbedingt!“, davon ist Jörg Sommer, seit vier Jahren Vorstandsvorsitzender der Deutschen Umweltstiftung, überzeugt. „Aber tatsächlich haben sich die Gründe, aus denen so eine Stiftung sinnvoll ist, geändert: Während es in den 1980er-Jahren darum ging, Umweltthemen in die gesellschaftliche Diskussion zu bekommen, braucht es heute eine Institution, die darauf achtet, ob es Unternehmen und Staat wirklich ernst ist mit ihren Bekenntnissen zur Ökologie. Da wird nicht selten Greenwashing betrieben.“

Ökologische Schlichtungsstelle Und nicht nur das: In Zeiten, in denen fast jedes große Bauprojekt zu scheitern droht, weil so genannte Wutbürger Einwände aller Art anführen, hält Sommer eine „ökologische Schlichtungsstelle“ für nötig. Häufig nämlich lasse sich auf den ersten Blick nicht unterscheiden zwischen berechtigten Einwänden und egoistischen Eigeninteressen. „Selbst Solaranlagen, Windräder oder Biogasanlagen, die wir für die Energiewende dringend brauchen, lassen sich nur noch mit größtem Aufwand und teils kostspieligen Verzögerungen realisieren.“ Sommer sieht darin im Kern ein großes „kulturelles Missverständnis“: „Auf der einen Seite gibt es die Wahrnehmung, die Unternehmen seien per se böse und umweltfeindlich – auf der anderen Seite gelten Umweltschützer einfach als komplette Irre. Aber wenn Böse

mit Irren verhandeln, gibt es naturgemäß kein vernünftiges Ergebnis.“ Hier könnte eine Schlichtungsstelle vermitteln, als neutrale und unabhängige Institution.

Kampagnen für die Energiewende Ein Job also für die Umweltstiftung? 1982 unter dem Motto „Hoffnung durch Handeln“ unter anderem von Erhard Eppler, Günter Grass und Bernhard Grzimek gegründet, ist sie mit inzwischen mehr als 1.800 Stiftern aus der deutschen Stiftungslandschaft nicht mehr wegzudenken. „Wir genießen innerhalb der Umweltbewegung eine große Akzeptanz“, gibt Sommer zu, „aber vermutlich wäre es sinnvoller, wenn eine solche Schlichtungsstelle an eine Stelle angegliedert würde, mit der auch die Unternehmerverbände gut leben können. Der Erfolg einer solchen Instanz steht und fällt mit dem Maß an Akzeptanz, das ihr entgegen gebracht wird.“ Und die Stiftung hat auch so genug zu tun: Neben ihren Bemühungen, über Schülerprojekte das Umweltbewusstsein junger Menschen zu fördern, begleitet sie auch die anstehende Energiewende intensiv. Dabei, so Sommer, werde momentan das Thema der Energieeffizienz sträflich vernachlässigt. „Wenn das Projekt gelingen soll, brauchen wir viel effizientere Energieeinsparungen als bisher. Bislang werden diese durch neue Technologien und Ansprüche im Grunde sofort wieder aufgezehrt.“ Die Stiftung versteht sich hier als Korrektiv und versuche über Kampagnen auf die Dringlichkeit des Themas aufmerksam zu machen. Weil das Thema Umwelt auch nach 30 Jahren Umweltstiftung noch nicht abgehandelt ist. suk

Ohne staatliche Aufsicht

KIRCHENSTIFTUNGEN Tradition seit dem Mittelalter

Sowohl der Caritas-Verband als auch die Diakonie Deutschland sind feste, nicht weg-zudenkende Bestandteile der freien Wohlfahrtspflege. Die Einrichtungen der katholischen und der evangelischen Kirche finanzieren sich über staatliche Zuschüsse, Gelder aus der Sozialversicherung, der Kirchensteuer und natürlich auch über Spenden. Teilweise aber auch über kirchliche Stiftungen, die in Deutschland schon eine lange Tradition haben. Bereits im Mittelalter gab es sie – lange bevor weltliche Stiftungen bekannt waren.

Sonderrolle Heute nehmen sie unter den Stiftungen eine Sonderrolle ein, da kirchliche Stiftungen grundsätzlich der staatlichen Stiftungsaufsicht entzogen sind und dafür der Aufsicht der jeweiligen Kirchenbehörde nach Kirchenrecht unterstehen. Ihre Tätigkeitsfelder sind vielfältig. Stiftungen mit sozialen Zwecken stellen traditionell den größten Anteil unter den kirchlichen Stiftungen dar. Aber auch die Ausbildung für kirchliche und soziale Berufe, die Verkündigung des Glaubens, Hilfe für Kunst, Archi-

tektur und Musik im kirchlichen Raum und Kultusstiftungen können die Zwecke kirchlicher Stiftungen sein. So wurde etwa für den Erhalt der Heilig Kreuz Kirche in Essen durch das zuständige Bistum eine Stiftung gegründet, die nur den Zweck verfolgt, die Kirche zu erhalten, um dort auch weiterhin Gottesdienste stattfinden zu lassen. Auch das Geburtshaus von Papst Benedikt XVI. ist im Jahr 2005 in eine Stiftung übergegangen, um das Haus in Markt am Inn, das zu einem Museum wurde, zu unterhalten. Rechtsfähige kirchliche Stiftungen müssen – wie jede andere Stiftung – im Stiftungsverzeichnis aufgenommen werden. Was mit den Geldern geschieht, die in diese Stiftung fließen, entscheidet aber allein die zuständige Gemeinde oder Kirche. Nur wenn der Stifter Angaben dazu gemacht hat, wie die Stiftung arbeiten oder zu welchem Zweck das Geld verwendet werden soll, muss sich die Kirche auch an diese Vorgaben halten. Ob eine Stiftung als kirchliche Stiftung anerkannt wird, hängt vom Stifterwillen und der Zustimmung der Kirche ab. hau

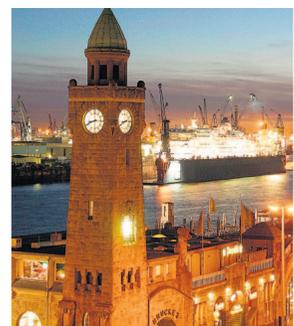
Soziales ist sehr beliebt

STIFTUNGEN Ein Überblick über die verschiedenen Arten

Der Stiftungsboom in Deutschland hält an: Ende 2012 gab es hierzulande 19.551 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts, 645 davon wurden nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (BDS) im vergangenen Jahr neu gegründet. Deutschland bleibt damit innerhalb Europas Spitzenreiter in Sachen Stiftungsneugründungen. Was die verschiedenen Arten der Stiftungen angeht, so wird hierzulande mit Blick auf die Rechtsfähigkeit zwischen den rechtsfähigen Stiftungen (bürgerlichen oder öffentlichen Rechts) und den Treuhandstiftungen unterschieden. Rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts müssen sich den Regelungen von Paragraph 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches („Entstehen einer rechtsfähigen Stiftung“) unterwerfen. Sie können jedoch auch in der Rechtsform der Stiftungs-GmbH, der Stiftungs-AG oder des Stiftungs-Vereins errichtet werden. Die Politischen Stiftungen beispielsweise sind als Vereine strukturiert.

Die Robert Bosch Stiftung – die vermögends-te deutsche Stiftung – hat die Rechtsform einer GmbH gewählt. Eine rechtsfähige Stiftung öffentlichen Rechts kann nur durch staatliche Institutionen gegründet werden und verfolgt Zwecke, die von einem besonderen öffentlichen Interesse sind. Beispiele hierfür sind die Stiftung Preussischer Kulturbesitz ebenso wie die Stiftung Warentest. Hiervon zu unterscheiden ist wiederum die öffentliche Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wird nach den Regeln des Privatrechts errichtet und verfolgt Zwecke, die zumindest teilweise dem Gemeinwohl dienen.

Gemeinnützigkeit Von einer gemeinnützigen Stiftung spricht man wiederum, wenn ihr Zweck darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Mit dem Status der Gemeinnützigkeit ist regelmäßig die Steuerbefreiung der Stiftung verbunden. Gemeinnützige Stiftungen sind zudem berechtigt, Spenden entgegenzunehmen. 96 Prozent aller Stiftungen in Deutschland gelten als gemeinnützig. Unter anderem der Robert Bosch Stiftung aber auch der Dietmar Hopp Stiftung wurde dieser Status gewährt. Die meisten Stiftungen innerhalb Deutschlands gibt es – bezogen auf je 100.000 Einwohner – in den beiden hanseatischen Stadtstaaten Hamburg (74) und Bremen (48), gefolgt von Hessen und Bayern (je 29). Die fünf neuen Bundesländer belegen in dieser Statistik die letzten Plätze. Beim Stiftungszweck stehen nach Angaben des BDS soziale Belange im Ranking ganz oben (29,7 Prozent). Bildung und Erziehung (15,3) sowie Kunst und Kultur (15,2) werden demnach noch stärker als Wissenschaft und Forschung (12,4) gefördert. Den Umweltschutz erklären 3,8 Prozent der Stiftungen zu ihrem Zweck. hau



Hamburg – hier ein Blick auf den Hafen – hat die meisten Stiftungen.

Schmiermittel für die Gesellschaft

AKTIVE BÜRGERCHAFT Geschäftsführer Stefan Nährlich über die Arbeit des Vereins und seine Sicht auf die Rolle des Ehrenamts

Herr Dr. Nährlich, Sie sind Geschäftsführer des Vereins Aktive Bürgerschaft. Was ist die Aufgabe Ihres Vereins?

Wir fördern bürgerschaftliches Engagement und unterstützen Menschen, die sich vor Ort engagieren wollen, etwa in Bürgerstiftungen.

Warum brauchen solche Initiativen eine Dachorganisation in Berlin?

Wir sind keine Dachorganisation im klassischen Sinn. Bei uns muss man kein Mitglied werden, und wir sehen unsere Aufgabe auch nicht darin, alle Teilnehmer auf eine bestimmte Richtung einzuschwören. Wir wollen den vielen Initiativen vor Ort helfen und gute Ideen unter das Volk bringen. Wir haben eine Palette von Dienstleistungen aufgebaut, immer mit dem Ziel: Die Bürgerstiftung vor Ort soll prosperieren. Gelingt das dann, setzen wir mit unserem Förderpreis Anreize. Die Hürden, tatsächlich preiswürdig zu werden, sind allerdings hoch. Aber die Botschaft ist: Engagement lohnt sich.

Es geht um immerhin 40.000 Euro, die künftig im Zwei-Jahres-Rhythmus ausgegeben werden. Was muss eine Initiative vor Ort leisten, um preiswürdig zu sein?

Der Förderpreis Aktive Bürgerschaft wird von den Genossenschaftsbanken finanziert. Die Auswahl der Preisträger erfolgt, indem wir Stiftungen vergleichen, ihre Bilanzen anschauen und Erfolge bewerten. Das ist noch relativ einfach. Schwieriger wird es dann, wenn es darum geht, Aufgabenfelder gegeneinander abzuwägen. Also: Ist ein Projekt, das sich für Kinderrechte einsetzt, besser als eines, das sich um Seniorenbegegnung kümmert? Für diese Aufgabe gibt es eine hochkarätige und professionell besetzte Jury, die aus 13 Experten besteht. Vor dieser Jury müssen die Bürgerstiftungen dann ihre Projekte präsentieren. Das ist gar nicht so einfach, weil auch kritisch nachgefragt wird. Wird ein Projekt für preiswürdig befunden, ist es immer eines, das auch als Beispiel für Nachahmer geeignet ist.

Wie ist der Zulauf, den bürgerschaftliches Engagement erfährt, zu erklären?

Da treffen vor allem zwei Entwicklungen zusammen. Zum einen steigt mit den formalen Voraussetzungen auch die Bereitschaft, für andere etwas zu tun. Der Bildungsgrad ist gestiegen, die Einkommen haben sich erhöht, die Menschen leben länger. Der wachsende Wohlstand führt dazu, dass immer mehr bereit sind, sich zu engagieren. Zum zweiten werden die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Staates

erkannt. Der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf, der früher bei uns im Kuratorium tätig war, hat das so formuliert: „Gesellschaften müssen immer komplexer werden, diese Komplexität müssen sie aber auch managen können.“ Das funktioniert dann nicht, wenn von der Politik am grünen Tisch Großlösungen produziert werden, die vor Ort aufgrund der spezifischen Verhältnisse so nicht anwendbar sind. Bürgerengagement ist nicht der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, aber das Schmiermittel, das die Gesellschaft leistungsfähig macht. Was früher der Vereinsmeier und funktionale Dilettant war, ist heute der aktive Bürger mit Fachkompetenz.

Könnte das Engagement auch aus der Sehnsucht nach Familienbande, die längst nicht mehr gut funktioniert, resultieren?

Ja, bestimmt. Der Vorteil bei bürgerschaftlichen Aktivitäten ist ja, dass jeder selbst den Grad seines Engagements bestimmen kann. Das ist ein entscheidender Unterschied zur Familie, die eine gewisse Bedingungslosigkeit fordert. In der bürgerschaftlichen Initiative, in der Stiftung kann jeder so viel Bindung aufbauen, wie er will.

Es könnte ja auch sein, dass das einfach nur ein Modetrend ist, dass es chic ist, anderen zu helfen. Wenn diese Mode dann eines Tages nachlassen würde ...

... hätten wir ein Problem, klar. Trotzdem führt das nicht weiter. Entscheidend ist, was jetzt passiert, und: Was kommt am Ende dabei heraus? Es gibt ja auch das Argument, Bürgerengagement sei ja gut und schön, aber eigentlich müsse es doch Aufgabe des Sozialstaates sein, diese Aufgaben zu erledigen. Bürgerinitiativen wären demnach kein Ausdruck von steigender Partizipation in der Gesellschaft, sondern ein Beleg für Staatsversagen. Und wenn die Frage, ob mein Kind eine vernünftige Schulausbildung bekommt, davon abhängt, ob die Schule einen guten Förderverein als Ausgleich der Defizite im schulischen Angebot hat, sorgt das für Unbehagen.

Keine nachvollziehbare Position?

Doch, natürlich. Ich bin für Subsidiarität: Wo sich Menschen engagieren und kümmern, braucht der Staat nicht zu handeln. Wo es das nicht gibt, muss der Staat bedingungslos eintreten. Gelegentlich habe ich das Gefühl, dass genau andersherum argumentiert wird. Nach dem Motto: Wir haben gerade andere Präferenzen und sowieso kein Geld, also gründet mal schön einen Förderverein. Geschieht das



Der Ökonom Stefan Nährlich lehrt an der Universität Münster im Studiengang „Master of Nonprofit-Management and Governance“.

nicht. Pech gehabt, dann werden die Aufgaben nicht erledigt. So geht es natürlich nicht.

Wir brauchen also einen funktionierenden Sozialstaat, der in einzelnen Bereichen ergänzt wird durch Bürgerarbeit?

Ja, allerdings finde ich den Begriff „ergänzen“ schwierig. Das hört sich immer nach Sahnehäubchen an: Alles ist schon da, aber wir werden jetzt trotzdem mal aktiv. So ist es in der Praxis ja nicht. Es geht nicht um Beschäftigungstherapien für gelangweilte Bürger, sondern um wirkliche Hilfe. Vielleicht lässt es sich so formulieren: Bürgerengagement sollte staatlichem Handeln vorausgehen.

Bürgerengagement soll den Bedarf weichen, damit der Staat sich einmischt?

Bürger können mit ihrem Engagement Themen setzen. Zum Beispiel haben Frauen-, Frie-

dens- oder die Ökologiebewegungen das Bewusstsein geweckt, dass diese Themen uns alle angehen. Heute sind diese Dinge Bestandteil aller Parteiprogramme. Andererseits könnte man natürlich sagen: Wenn es an einer Schule einen gut funktionierenden Förderverein gibt, warum soll dann ein staatlicher Zuschuss für Fördermaßnahmen fließen? Vermutlich gibt es da kein Patentrecht.

Machen wir es doch noch einmal konkret. An Schulen gibt es ehrenamtliche „Lesepaten“, die mit Kindern lesen üben. Sicher eine sinnvolle Idee. Aber bleibt es nicht trotzdem Aufgabe des Staates und damit der Lehrer, Kulturtechniken zu vermitteln?

Entscheidend ist doch, dass die Kinder, wenn sie die Schule verlassen, lesen können, und zwar richtig. Wie das erreicht wird, ist nicht die vorrangige Frage. Trotzdem muss man sich die

einzelnen Bereiche sehr genau anschauen und dann festlegen, wer die Leistungen am sinnvollsten erbringen kann: der Staat, das Ehrenamt, gewerbliche Dienstleistung oder vielleicht eine Mischform. Da wird dann immer der Einzelfall entscheidend sein.

Welche Schnittmenge gibt es zwischen Bürgerarbeit und privater Wirtschaft?

Eine positive und eine negative, wenn man so will. Eine Initiative, die einer alten Dame eine Lampe anbringt, wird sagen, das sei Nachbarschaftshilfe. Der örtliche Handwerker könnte aber argumentieren: Das ist Schwarzarbeit. Dieses Argument kann ich verstehen und darum bin ich auch etwas ratlos. Die positive Schnittmenge ist sicher das, was heute als „Corporate Citizenship“ bezeichnet wird: Unternehmen, die sich finanziell oder durch ihre Mitarbeiter gesellschaftlich engagieren.

Die Schwerpunkte gemeinnütziger Arbeit haben sich verschoben. Sportvereine klagen über mangelndes ehrenamtliches Personal, in anderen Bereichen hat ein Boom eingesetzt. Wie ist das zu steuern?

Tatsächlich verliert der Sport wichtige Teile seiner Infrastruktur: Vorstandsmitglieder, Übungsleiter, Platzwarte ziehen sich zurück. Da müssen Lösungen gefunden werden, über die Übungsleiterpauschale hinaus. Zentral steuern lässt sich bürgerschaftliches Engagement trotzdem nicht. Schauen wir einmal auf die Freiwillige Feuerwehr und das Technische Hilfswerk. Da grassierte seit längerem die Annahme, diese Organisationen würden ausbluten. Bei der Flutkatastrophe in diesem Jahr war zu besichtigen, dass das keineswegs so ist, dass die Organisationen gut aufgestellt sind.

Sind die Rahmenbedingungen für gezieltes Bürgerengagement ausreichend?

Die sind zumindest nicht schlecht. In den letzten Jahren haben Gesetze das Ehrenamt gestärkt. Das war hilfreich. Wichtig ist weitgehend die Handlungsfreiheit. Eine gemeinnützige Organisation braucht keine Detailvorschriften, sondern Vertrauen, dass sie ihre Aufgabe unter Wahrung der Gesetze gut erfüllt.

Sie sind wunschlos glücklich?

Nein, natürlich nicht. Besonders in zwei Bereichen gibt es Handlungsbedarf. Erstens müssen wir die Vereine und Stiftungen finanziell stärken. Dazu gehört auch, dass sie das Geld ohne enge Zweckbindung zur freien Verfügung haben. Im Gegenzug könnte man eine Transparenzpflicht einführen, etwa über die Veröffentlichung eines Jahresabschlusses. Zur besseren Finanzausstattung wäre zum Beispiel ein Modell hilfreich, das erfolgreich beim Aufbau der Zivilgesellschaften in Osteuropa eingesetzt wurde. Dort können Steuerzahler ein oder zwei Prozent ihrer Steuerlast direkt gemeinnützigen Organisationen zukommen lassen. Das hat den schönen Nebeneffekt, dass die gemeinnützigen Organisationen sich in der Öffentlichkeit präsentieren, um am möglichst viele Mittel zu bekommen. Zweitens wird verkannt, wie wichtig die Vorstände und die Aufsichtsgremien in den Freiwilligen-Organisationen sind. Es ist falsch, dabei vorrangig pensionierte Senioren im Blick zu haben. Wir brauchen Menschen, die im Berufsleben stehen und Netzwerke mitbringen. Die sind wegen der enorm hohen Belastung aber immer schwieriger zu gewinnen. Das entwickelt sich zu einem wachsenden Problem.

Das Interview führte Jörg Biallas. ||

»Zu Gottes Ehre und den Armen zum Nutzen«

GESCHICHTE Von der Vielfalt vormoderer Stiftungen im Mittelalter und der Bedeutung der Religion

Am Beginn des Jahres 1339 ließ Konrad Groß († 1356), Ratsherr der Stadt Nürnberg und einer der reichsten Männer der Handelsmetropole, Vertrauter und Finanzier Kaiser Ludwigs des Bayern, eine Urkunde ausstellen. Zu seinem Seelenheil habe er ein Spital erbauen lassen und dieses zu einem ewigen Almosen bestimmt. Detailliert werden die finanzielle Ausstattung, die Bedingungen für die Aufnahme Armer und Kranke sowie weitere Regularien festgelegt. Bildete dieses Heilig-Geist-Spital bereits ein teures Unterfangen, so war es doch nur Teil eines größeren Stiftungskomplexes: 1341 war Groß an der Gründung eines Zisterzienserinnenklosters beteiligt, das zunächst mit dem Spital verbunden wurde. 1345 richtete er im unweit gelegenen Pillenreuth einen Frauenkonvent ein, darüber hinaus sorgte er an mehreren Orten für das liturgische Gedächtnis nach seinem Tod, für die regelmäßige Feier einer Messe, für die Abhaltung einer Freileichnamsprozession.

Knapp 300 Jahre später, im Oktober 1636, fertigte der Lübecker Kaufmann und Ratsherr Johann Fuchting sein Testament aus. Unter den Legaten finden sich in großer Zahl auch solche mildtätiger Art, etwa für Hospitäler und Armenhäuser, für arme Studenten, für die Witwen von Predigern, für bedürftige Dienstmägde. Der Rest – die Berechnungen der Testamentsvollstrecker ergaben, dass es sich um rund zwei Drittel des Vermögens handelte – fiel zur Hälfte an die Erben des kinderlosen Testators. Die andere Hälfte aber sollte zu einer nicht näher definierten „denkwürdigen Stiftung“ verwendet werden, „zu Gottes Ehre und den Armen zum Nutzen und Besten, daneben auch zu meinem und meiner gottseligen lieben Ehefrau immerwährenden Gedächtnis, und obwohl diese Form des Totengedenkens im protestantischen Lübeck des 17. Jahrhunderts, wo man nicht mehr an das Fegefeuer glaubte, eigentlich obsolet geworden war, ging es auch Johann Fuchting um das nach wie vor religiös konnotierte „Gedächtnis“. Zwar bildete die Reformation in den betroffenen Regionen insofern einen Einschnitt, als Klöster und andere geistliche Gemeinschaften aufgelöst wurden und an die Liturgie der alten Kirche gebundene Stiftungen ihren Sinn verloren. Doch erwies sich insbesondere karitative Stiftungen als epochenübergrei-

wurden unter anderem Klöster und Kapellen, Altäre, Messen und Priesterpfünden, Hospitäler, Siechen- und Armenhäuser, aber auch Universitäten. Gegenstand, Aufwand und Form von Stiftungen fielen höchst unterschiedlich aus, gemeinsam war ihnen allen aber, dass sie soziale Konstruktionen waren. Erst im 19. Jahrhundert sollten Stiftungen als juristische Personen interpretiert werden, bis dahin blieben sie unmittelbar und konkret an Personen- und Gruppenbeziehungen gebunden. Nicht anders als heute stellte ein stifter Vermögenswerte – seien es Kapitalien, die regelmäßige Erträge erbrachten, seien es dauerhafte Objekte wie zum Beispiel ein Altarbild oder eine Handschrift – für einen bestimmten Zweck zur Verfügung. Um dessen Erfüllung auf ewige Zeiten zu gewährleisten, wurde damit eine Gruppe beauftragt, besonders häufig eine geistliche Gemeinschaft oder die Gemeinschaft der vom Stifter eingesetzten und sich durch Kooptation immer wieder selbst ergänzenden Vorsteher, wie sie im Fall Fuchtings als aktive Gestalter des Stiftungsprojekts in Erscheinung traten. Diese soziale Einbindung führte dazu, dass Stiftungen über Jahrhunderte hinweg immer wieder an neue Bedürfnisse angepasst wurden, einem den Willen des Stifters anders interpretierenden oder gar negierenden Funktionswandel unterliegen konnten – und sich gerade in dieser flexiblen Praxis als außerordentlich stabil erwiesen.

Repräsentation des Stifters Grundsätzlich waren Stiftungen im Mittelalter und in der frühen Neuzeit mit religiösen Aspekten verbunden: Konrad Groß verpflichtete diejenigen, die von seiner Stiftung profitierten, zum Gebet für sein Seelenheil, und obwohl diese Form des Totengedenkens im protestantischen Lübeck des 17. Jahrhunderts, wo man nicht mehr an das Fegefeuer glaubte, eigentlich obsolet geworden war, ging es auch Johann Fuchting um das nach wie vor religiös konnotierte „Gedächtnis“. Zwar bildete die Reformation in den betroffenen Regionen insofern einen Einschnitt, als Klöster und andere geistliche Gemeinschaften aufgelöst wurden und an die Liturgie der alten Kirche gebundene Stiftungen ihren Sinn verloren. Doch erwies sich insbesondere karitative Stiftungen als epochenübergrei-



Heilig-Geist-Spital in Nürnberg – gestiftet von Konrad Groß im 14. Jahrhundert

fendes Phänomen, verstärkten sich im 16. Jahrhundert doch unabhängig von der Konfession gerade in den Städten ältere Tendenzen. Denn schon im späten Mittelalter wurde dort die Kirche als Träger des Stiftungswesens zurückgedrängt, lag die Kontrolle zunehmend beim Rat als Vertretungsorgan der Stadtgemeinde – es war der Rat, dem Konrad Groß die Verwaltung seines Spitals anvertraute. Und neben der Förderung des Gottesdienstes zeigte sich bereits seit dem 14. Jahrhundert die Tendenz, Stiftungen vermehrt zu profanen Zwecken zu errichten: beispielsweise für Stipendien zur Unterstützung armer Studenten oder Aussteuerhilfen armer Frauen. 1339 sprach Konrad Groß ausdrücklich von der wachsenden Bevölkerung Nürnbergs, die das neue Spital notwendig mache. Dabei boten Stiftungen stets auch Möglichkeiten zur Repräsentati-

on des Stifters und seiner Familie, der Vorsteher und Verwalter. Über dem Portal des Fuchtinghofes prangen noch heute die Stifterwappen. Solchermaßen vermochten Stiftungen unterschiedliche pragmatische Aufgaben zu erfüllen. Tiefere Zäsuren bildeten erst die Aufklärung, dann die Säkularisierung im frühen 19. Jahrhundert mit ihren weitreichenden Eingriffen in kirchliche Vermögensstrukturen und noch einmal die Inflation der 1920er Jahre, die viele Stiftungen finanziell zusammenschmelzen ließ. Aber selbst das haben die Werke des Konrad Groß und des Johann Fuchting je auf ihre Weise überlebt.

Sven Rabeler ||

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Das Online-Ehrenamt

INTERNET Soziale Netzwerke werden immer wichtiger

Für ein Ehrenamt hat Susann Kriesche keine Zeit. Denn die 31-Jährige hat eine Werbeagentur und ist damit ziemlich ausgelastet. Eigentlich. Denn als die Flut auf die sächsische Landeshauptstadt zurollte, richtete die Dresdnerin die Facebook-Seite „Fluthilfe Dresden“ ein. Innerhalb kürzester Zeit fanden hier – meist junge – Helfer und Hilfesuchende zusammen. Überall da, wo das Wasser drängte, setzten Menschen kurze Nachrichten ab – und binnen Minuten machten sich woanders andere Menschen mit Sandsäcken, Schaufeln oder Verpflegung auf den Weg, um sie im Kampf gegen das Hochwasser zu unterstützen. Fast 50.000 Menschen ließen auf der Facebook-Seite mit einem „like“ ihre virtuelle Unterstützung da.

Für Susann Kriesche ist es auch noch Wochen nach dem Hochwasser eine „unglaubliche Erfahrung, wie viele Menschen ohne groß nachzudenken angepackt haben. Das war eine Solidarität, die ich so nicht für möglich gehalten habe.“ Die aber auch schnell wieder abebbte, sobald das Wasser abgeflissen war. So harmonisch es zunächst auf „Fluthilfe Dresden“ zugegangen war, so giftig wurden die Kommentare, als Kriesche und ihre Partner eine gemeinsame Spendenaktion mit einer Boulevardzeitung initiierten. Die junge Frau ist davon unbeeinträchtigt. Die Hoffnungen vieler User, aus der „Fluthilfe“ könne vielleicht ein ständiges Projekt für Dresden werden, hat sie ohnehin nicht geteilt. „Uns war klar, dass die Solidarität auch wieder abflachen würde, sobald die Lage sich entspannt.“

Generation 2.0 Ist das die Zukunft des Ehrenamts? Der schnelle Zusammenschluss Gleichgesinnter über das Internet, immer dann, wenn akut Hilfe gebraucht wird? Wie in Dresden fanden auch in anderen Städten Sachsen und Bayerns Helfer über soziale Netzwerke zusammen: Aus den virtuellen Kontakten wurden echte. Vielen, die gern helfen wollen, ohne sich dauerhaft zu verpflichten, kommt das entgegen. Große Organisationen haben starre Hierarchien und sind meist wenig flexibel – wer sich nur projektbezogen und nicht gleich fürs Leben engagieren will, für den ist das eine gute Alternative. In der Studie „Jugendliche Aktivitäten im Wandel“ des Deutschen Jugendinsti-

tuts und der Technischen Universität Dortmund heißt es, „dass sich mit der Entwicklung des Web 2.0 Gelegenheitsstrukturen entwickeln, die sowohl die bürgerschaftliche Partizipation im Sinne einer politischen Mitsprache, als auch die Partizipation im Sinne einer freiwilligen, engagierten Mitarbeit im Gemeinwesen“ befördern können. In beiden Fällen gehe es „weniger um neue Formen der Beteiligung, sondern eher darum, dass durch neue Technologie mehr Menschen schneller die Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern, Aktionen zu starten oder ihre freiwillige Mitarbeit anzubieten“. Plattformen wie etwa „betterplace“ bringen Menschen, die helfen wollen, und Menschen, die Hilfe suchen, zusammen – schnell, ohne Barrieren und direkt.

Die Hemmschwelle sinkt Doch damit haben die klassischen Vereine längst nicht ausgedient. Grundsätzlich, da sind sich Wissenschaftler einig, gebe es keinen Beleg dafür, dass die Internetnutzung das traditionelle Engagement verdrängen würde. Online Zeit oder Geld spenden zu können, senke vielmehr die Schwelle für den eigenen Einsatz, so die Forscher. Die Online-Kommunikation überwinde soziale und nationale Grenzen. Das insbesondere junge Menschen sich bevorzugt am Computer über Möglichkeiten des Engagements informieren, haben inzwischen auch die Stiftungen, Freiwilligenbörsen und Vereine erkannt: Kaum eine verzichtet noch auf eine Homepage, ein Facebook-Profil oder einen Twitter-Account. So können sie ihre Aktivitäten bewerben – und Interessierte vernetzen, die sich dann auch in der realen Welt zu Projekten zusammenfinden.

Auch die „Fluthilfe“ wird, obwohl daraus kein festes Projekt werden soll, als Facebook-Seite weiterbetrieben. „Jetzt wissen wir ja, wie es geht“, sagt Susann Kriesche, „und sollte es mal wieder ein Hochwasser geben, können wir sofort loslegen.“ suk ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

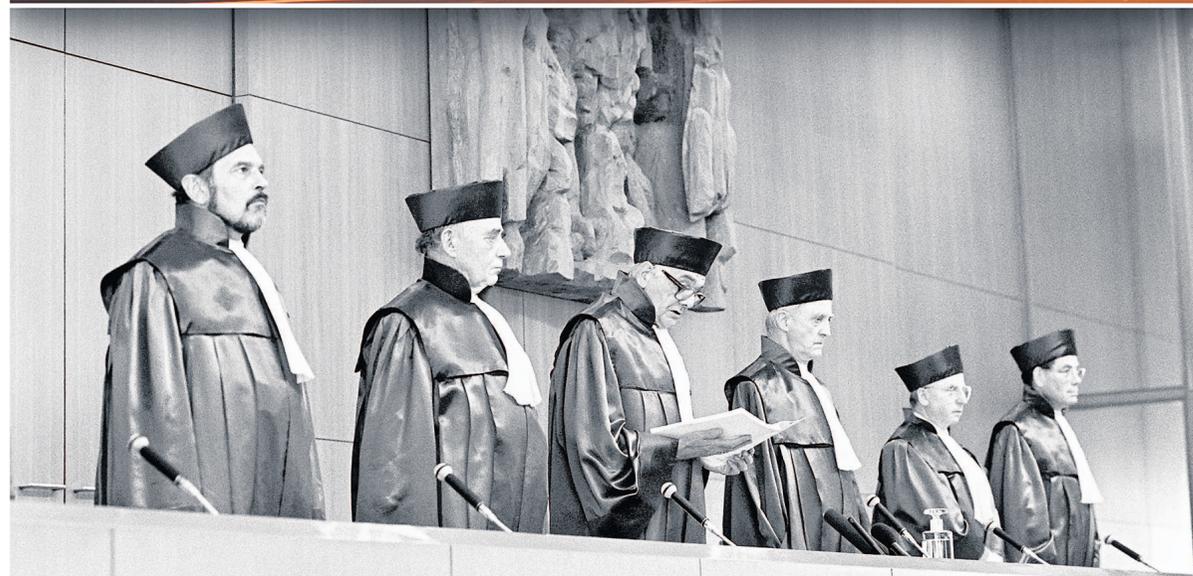


Entscheidend ist die permanente und eigentliche Aufgabe der politischen Stiftungen: die Erziehung zur Demokratie, das heißt nicht nur belehren, sondern vormachen. Sie stellt sich im Inland wie im Ausland. Dieses Zitat von Roman Herzog, dem damaligen Bundespräsidenten, ist einer gemeinsamen Erklärung der damals fünf haushaltsrechtlich anerkannten Politischen Stiftungen aus dem Jahr 1998 vorangestellt, der sich 2003 die Linken-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung anschloss. Die parteinahen Stiftungen wollten damit gegenüber der Öffentlichkeit begründen, warum sie zurecht aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Denn sie sind eigentümliche Gebilde, deren Daseinsberechtigung nicht jeder auf Anhieb einsieht. Das geläufige – und in den Stiftungen gar nicht gern gehörte – Wort „Parteistiftungen“ rührt an den Kern des Problems. Jede der sechs Politischen Stiftungen ist entweder direkt aus einer Partei heraus gegründet worden oder im engen Umfeld einer Partei entstanden und dann von ihr als „ihre“ Stiftung anerkannt worden. Eine solche Anerkennung ist sogar Voraussetzung für die Förderung aus Bundesmitteln. Eine andere ist die mehr als einmalige Wahl der „nahestehenden“ Partei in den Deutschen Bundestag. 1966 verbot das Bundesverfassungsgericht die Finanzierung parteipolitischer Bildungsarbeit aus öffentlichen Mitteln und erzwang damit eine Verselbständigung der Politischen Stiftungen. Eine erneute Klage der Bundestagsfraktion der Grünen gegen die öffentliche Finanzierung der politischen Bildungsarbeit der Stiftungen wies Karlsruhe 1986 ab. Bei „gebotener Distanz zu den jeweiligen Parteien“ sei diese ausdrücklich zulässig. „Die Stiftungen sollen die Beschäftigung der Bürger mit politischen Sachverhalten anregen und den Rahmen bieten für eine – allen interessierten Bürgern zugängliche – offene Diskussion politischer Fragen“, heißt es in dem Richterspruch (BVerfG 2 BVE 5/83). „Dadurch wird das Interesse an einer aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens geweckt und das dazu nötige Rüstzeug vermittelt.“

Eigenverantwortlich Die Parteinähe der Stiftungen steht diesem Auftrag nicht entgegen, schließlich gehören Parteien zum Wesen der Demokratie. Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Hans Zehetmair, formuliert dieses Verhältnis so: „Bei aller Nähe zur CSU, von der wir als Politische Stiftung unsere Legitimation empfangen, sind wir keine Marketingagentur für bestimmte Parteipolitik. Wir wollen selbständig, eigenverantwortlich und in geistiger Offenheit die Menschen von der Staatsform der Demokratie überzeugen, nicht nur in theoretischen Debatten, sondern im gemeinsamen Erleben. Wir wollen als Hanns-Seidel-Stiftung eine Schule demokratischen Denkens und Handelns, ein Übungsfeld für Zivilcourage und Gemeinsinn sein.“ Bei den Politischen Stiftungen wissen interessierte Bürger, wo diese stehen. Ohne sie blieben nur die staatlichen Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung, und auch die sind nicht immer frei von parteipolitischen Einflüssen. Ihr Selbstverständnis über alle politischen Gegensätze hinweg bekräftigten die sechs Politischen Stiftungen 2011 mit einer neuen gemeinsamen Erklärung. Das parlamentarische System setze informierte und politisch gebildete Bürger voraus, heißt es da. „Insofern erfüllen die Träger der Politischen Bildung einen öffentlichen Auftrag, der für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von elementarer Bedeutung ist.“ Eine Besonderheit Politischer Stiftungen liege darin, dass sie „nicht wertneutral sind, sondern den politischen Pluralismus in Deutschland repräsentieren“. Das gilt auch für ihre Auslandsarbeit. Bei der Demokratisierung Europas – erst in Spa-

»Nicht belehren, sondern vormachen«

POLITIK Parteinähe Stiftungen wollen im In- und Ausland zur Demokratie erziehen



Globale Bundeszuschüsse an parteinähe Stiftungen sind zulässig, entschied das Bundesverfassungsgericht 1986 (im Bild unten der 2. Senat bei der Urteilsverkündung in Karlsruhe). Davon profitiert auch die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin-Tiergarten.

nien, Portugal und Griechenland, dann östlich des früheren Eisernen Vorhangs – haben die deutschen Politischen Stiftungen hervorragende, auch international anerkannte Arbeit geleistet. Sie haben den sich formierenden demokratischen Kräften unterschiedlicher Orientierung die Räume und die Informationen geboten, um sich zu vernetzen und ihre Ideen weiterzuentwickeln. Dasselbe tun sie auch heute rund um die Welt – und ecken damit zunehmend bei den herrschenden Kräften an.

Als die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung 1996 ihr Büro in Peking schließen musste, weil sie gute Kontakte zum Dalai Lama pflegte und auch um die demokratische Regierung Taiwans keinen Bogen machte, war das noch ein Einzelfall.

Repressalien Zuletzt aber häuften sich solche Vorfälle. Ende 2011 wurden in Kairo die Büroräume der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und anderer ausländischer Nicht-Regierungs-Organisationen von der

Staatsanwaltschaft und bewaffneten Polizeieinheiten durchsucht. Sämtliche Computer und zahlreiche Dokumente der Stiftung wurden beschlagnahmt. Diesen Juni nun wurden der BÜroleiter und seine Mitarbeiterin in Abwesenheit zu fünf beziehungsweise zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Ende 2012 schloss die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung ihr Büro in Äthiopien, weil die Regierung die Arbeit von Nicht-Regierungs-Organisationen massiv eingeschränkt hatte.

Im März dann durchsuchte die russische Staatsanwaltschaft Büros ausländischer Nicht-Regierungs-Organisationen, darunter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Petersburg. Bei der Adenauer-Stiftung wurden die Computer mitgenommen. Und vor wenigen Wochen wurde die Vertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sri Lanka völlig überraschend verhaftet und konnte erst auf Intervention des deutschen Außenministers ausreisen. Auch in anderen

Ländern häufen sich die Schwierigkeiten. Matthias Barner, Sprecher der Konrad-Adenauer-Stiftung, führt das darauf zurück, dass „die zivilgesellschaftlichen Akteure in vielen Staaten lebhafter und selbstbewusster geworden sind“. Stiftungen suchten in ihrer Arbeit die Kooperation mit diesen, und „manche Regierungen sehen das als ein Problem“. Aus anderen Stiftungen ist auch zu hören, dass sich gerade in Entwicklungsländern der wachsende chinesische Einfluss negativ bemerkbar mache. Allerdings lassen sich die Stiftungen dadurch nicht von ihren Zielen abbringen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im vergangenen Jahr ein neues Büro in Beirut eröffnet, das sich auch um die Rechtsstaatsentwicklung in der gesamten Region kümmert, die Heinrich-Böll-Stiftung vor wenigen Monaten statt des ursprünglich geplanten Büros in Kairo eines in Tunis, das auch Ägypten abdecken soll. Neben der politischen Bildungsarbeit im In- und Ausland sind die Politischen Stiftungen auch Denkfabriken. Dabei geht es selbstverständlich um Politikberatung für die Funktions- und Mandatsträger der jeweils nahestehenden Partei. Sie soll helfen, möglichst fundierte Entscheidungen zu treffen. In erster Linie aber ist ihre Forschungsarbeit für die Allgemeinheit bestimmt. Regelmäßig geben die Politischen Stiftungen der öffentlichen Diskussion Impulse, und wenn es irgendwo auf der Welt brennt, sind ihre außenpolitischen Experten gefragte Gesprächspartner der Medien.

Stipendien Ein wichtiges Arbeitsfeld aller Stiftungen ist schließlich die Studienförderung. Voraussetzung für die Aufnahme sind nicht nur gute Noten, sondern auch gesellschaftliches Engagement. Das muss keineswegs in einer Partei sein, aber wenn, sollte es schon die sein, der die politische Stiftung nahesteht. Die Studienwerke der Politischen Stiftungen sind definitiv keine Kaderschmieden, aber junge Menschen mit einer bestimmten Grundhaltung zu fördern, ist schon ihr erklärtes Ziel. Ausgewählt werden die Stipendiaten nicht von den Stiftungen selbst, sondern von unabhängigen Ausschüssen. Dabei gibt es gewisse Vorgaben vom Bundesbildungsministerium. So sollen sich die Stiftungen derzeit verstärkt darum bemühen, Stipendiaten aus Nicht-Akademiker-Familien zu gewinnen. Ansonsten setzen die Stiftungen auch eigene Schwerpunkte. So bieten die Konrad-Adenauer- und die Hanns-Seidel-Stiftung sowie in geringerem Umfang auch die Friedrich-Ebert-Stiftung und mit einem besonderen Akzent die Heinrich-Böll-Stiftung Förderprogramme für den journalistischen Nachwuchs. Finanziert werden die Politischen Stiftungen zu weit über 90 Prozent aus dem Bundeshaushalt. Den Grundstock von etwa 25 Prozent bilden die sogenannten Globalmittel, die aus dem Etat des Bundesinnenministeriums stammen, der Rest ist projektgebunden. Das Innenministerium unterstützt die Angebote zur politischen Bildung im Inland. Das Geld für die Auslandsarbeit kommt, da sie sich hauptsächlich in Entwicklungsländern abspielt, überwiegend vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch vom auswärtigen Amt und in bestimmten Fällen, etwa wenn es um die Energiewende geht, vom Bundesumweltministerium. Die Begabtenförderung finanziert das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Sowohl Globalmittel als auch Projektmittel werden nach einem Schlüssel verteilt, auf den sich die Stiftungen auf Grundlage der letzten vier Bundestagswahlergebnisse verständigen. Derzeit erhält die Friedrich-Ebert-Stiftung 31,9 Prozent, die Konrad-Adenauer-Stiftung 28 Prozent, Friedrich-Naumann- und Heinrich-Böll-Stiftung jeweils 10,425 Prozent, die Hanns-Seidel-Stiftung 9,75 Prozent und die Rosa-Luxemburg-Stiftung 9,5 Prozent. Nächstes Jahr müssen sie sich erneut zusammensetzen und aufgrund des Wahlausgangs im Herbst einen neuen Schlüssel für die Zeit ab 2015 vereinbaren. Peter Stützel

Netz von Auslandsbüros

KAS Programme für »freie und unabhängige Medien«



1955 wurde in Bonn die „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit e.V.“ gegründet und das nahegelegene Schloss Eichholz als Bildungsstätte gekauft. 1958 wurde der Verein in „Politische Akademie Eichholz“ umbenannt. 1964 erfolgte die Umbenennung in „Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studien-

förderung“, woraus schließlich 1976 der heutige Name „Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.“ (KAS) wurde. Die zweitälteste ist mit rund 560 Mitarbeitern auch die zweitgrößte Politische Stiftung. Vorsitzender ist seit 2010 der CDU-Europaabgeordnete und frühere Präsident des Europaparlamentes Hans-Gert Pötering. Die beiden Zentralen der KAS sind in Sankt Augustin bei Bonn und in Berlin. Dazu kommt in jedem Bundesland außer Bayern mindestens ein Bildungswerk sowie ein weltumspannendes Netz von Auslandsbüros. Der Gründungsstandort Eichholz wird Ende dieses Jahres aus finanziellen Erwägungen aufgegeben. Dagegen will die KAS die 1977 erworbene Villa La Collina am Comer See, in der Adenauer viele Urlaube verbrachte, behalten. Eine Besonderheit in der Auslandsarbeit der KAS sind die vier Medienprogramme „für freie und unabhängige Medien“ in Lateinamerika, Asien, Subsahara-Afrika und Südosteuropa. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Rechtsstaatsarbeit. Akzente setzt die KAS zudem mit dem jeweils jährlich verliehenen KAS-Literaturpreis, Lokaljournalistenpreis und Preis Soziale Marktwirtschaft. pst



Internationale Verständigung

FES Guter Draht zu Gewerkschaften und Managern



Was unter den deutschen Parteien die SPD, ist unter den politischen Stiftungen die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung (FES): die mit Abstand älteste parteinähe Stiftung. Sie wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1871 - 1925) gegründet, um das demokratische Bewusstsein in allen Schichten des deutschen Volkes sowie die internationale Verständigung zu fördern und um begabten jungen Menschen aus einfachen Verhältnissen ein Studium zu ermöglichen. 1933 von den Nationalsozialisten verboten, wurde die FES 1947 wiedergegründet. Mit

mehr als 600 Mitarbeitern ist die FES zugleich die größte der politischen Stiftungen. Sie wird seit dem plötzlichen Tod von Peter Struck Ende 2012 von dessen bisherigem Stellvertreter Kurt Beck, dem früheren Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, kommissarisch geleitet. Beck's Bestätigung bei der nächsten Mitgliederversammlung gilt als ausgemacht. Zentrale Standorte der Stiftung sind Bonn und Berlin, dazu kommen die Auslandsvertretungen und ein bundesweites Netz von Akademien und Bildungsbüros. Ein Juwel darunter ist das Karl-Marx-Haus in Trier. Stolz kann die FES auch darauf sein, die größte Spezialbibliothek zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit nahezu einer Million Bänden ihr Eigen zu nennen. Traditionell pflegt die FES einen guten Draht zu den Gewerkschaften. So ist auch der ehemalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte stellvertretender Vorsitzender der Stiftung. Aber natürlich ist die Friedrich-Ebert-Stiftung offen auch für andere Gruppen und Themen. So gehört zu ihren zahlreichen, regelmäßig tagenden Gesprächsgruppen auch ein Managerkreis. pst

Frisches liberales Image

FNF Soziale Marktwirtschaft im Mittelpunkt



Der Sozialliberale Friedrich Naumann (1860 - 1919) ist heute nur noch wenigen ein Begriff. Daher erscheint es konsequent, dass die Friedrich-Naumann-Stiftung ihren Namen 2007 um „für die Freiheit“ erweiterte und diesen Zusatz nun grafisch hervorhebt. Die FNF, wie sie sich seitdem abkürzt, veranstaltete noch im gleichen Jahr in Berlin die erste „Rede für die Freiheit“ mit dem Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio sowie den ersten „Freiheitskongress“. Bereits 2006 wurde in der Frankfurter Paulskirche der erste „Freiheitspreis“ an den langjährigen Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) verliehen. Verantwortlich für diese deutliche Akzentsetzung war Wolfgang Gerhardt, früherer Bundesvorsitzender der FDP und seit 2006 Vorsitzender der Stiftung. Gegründet wurde die Stiftung 1958 vom damaligen Bundespräsidenten und liberalen

Urgestein Theodor Heuss in dessen Amtssitz, der Villa Hammerschmidt in Bonn. Seit 2001 hat die „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“ ihren Sitz in Potsdam, die alte Zentrale nahe Bonn hat sie ganz aufgegeben. Sie betreibt die Theodor-Heuss-Akademie in rheinischen Gummersbach, in der auch das „Archiv des Liberalismus“ untergebracht ist. In der Fläche ist die FNF teils mit Regionalbüros vertreten, teils kooperiert sie mit unabhängigen liberalen Landesstiftungen. Die „Stiftung für die Freiheit“, wie sie sich heute selbst meist nennt, bemüht sich intensiv um ein frisches Image für den deutschen Liberalismus. Zu Jahresbeginn startete sie eine „Fortschrittsinitiative“ mit dem Motto „Zukunft gestalten“. In deren Mittelpunkt, heißt es auf der eigenen Website der Initiative, stehe „die Wertschätzung der sozialen Marktwirtschaft und die technologische Innovationsfähigkeit in Deutschland“. Und seit einem Jahr erscheint die ehrwürdige Zeitschrift „liberal“, zu deren früheren Herausgebern der international renommierte Soziologe Ralf Dahrendorf gehörte, in flotter Aufmachung und mit einem allgemeinverständlichen Inhalt. pst

Magnet der Weltpolitik

PARTEISTIFTUNGEN In der amerikanischen Hauptstadt Washington wird internationale Politik gestaltet. Auch deutsche politische Stiftungen werben dort um Verständnis für die europäische Sicht der Dinge im transatlantischen Verhältnis.

Blick aus dem Fenster des Büros Washington der Böll-Stiftung (rechts): Zum Weißen Haus ist es nicht weit.

Wenn die Nähe zum Zentrum der Macht Gradmesser des eigenen Einflusses ist, dann hat die Heinrich-Böll-Stiftung in Washington ein besonderes Gewicht. Die den Grünen nahestehende Bildungseinrichtung sitzt nur 400 Yards vom Weißen Haus entfernt, wo die K-Street, erste Adresse amerikanischer Lobbyisten, auf den McPherson Square trifft. Diese Ecke der US-Hauptstadt hieß einst „Little Wall Street“, und auch das entspricht nicht ganz der typischen Verortung der Heinrich-Böll-Stiftung. Drinnen, in den Räumlichkeiten der Stiftung, ist Büroleiter Klaus Linzenmeier guter Laune. Er hat gerade einen US-Verlag überzeugen können, das Buch „Intelligent wachsen“ vom Stiftungs-Vorsitzenden Ralf Fücks in englischer Übersetzung zu publizieren.

»Globale Atlantiker« Das ist ein beachtlicher Erfolg angesichts der Schwierigkeit, Titel deutscher Politiker oder Ex-Politiker auf den amerikanischen Büchermarkt zu bringen. „Wir legen Wert darauf, Politik zu kommunizieren“, sagt der Saarländer Linzenmeier, und die Website der „Bölller“, wie seine Einrichtung von anderen Stiftungen ohne abwertenden Unterton genannt werden, trommelt dementsprechend für Themen rund um die Farbe Grün. „What is the German Energiewende?“, wird dort beispielsweise gefragt, und der „grüne Thinktank“ rückt Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte in den Fokus der Arbeit. Aber interessiert in der Hauptstadt der Welt-supermacht, was deutsche Stiftungen zu diesen und anderen Themen sagen?

Durchaus, sagt Lars Hänsel, der seit Mai 2011 die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Washington leitet. Aber man müsse oft zweimal hinhören, bis man wisse, was gemeint ist. „Als ich auf dem Weg in die USA war, gab man mir mit, die gemeinsamen Werte in der Arbeit zu betonen“, erinnert sich Hänsel, der zuvor das KAS-Büro in Jerusalem leitete. „Außerdem sollte ich Europa erklären. An einem meiner ersten Wochenenden besuchte ich eine Konferenz konservativer Politiker. Alle Präsidentschaftskandidaten der Republikaner traten da bereits auf, von Tim Pawlenty bis Mitt Romney. Alle hatten zu meiner Überraschung und Verwunderung eine europäisch-rhetorische Rhetorik: Europa, das ist Sozialismus – wir dagegen haben amerikanische Ideale.“ Am Abend, beim Dinnertalk, habe er, der Sachse aus Bautzen, erklärt, dass er „22 Jahre Sozialismus erlebt hatte und jetzt die Freiheit im vereinten Europa genießt“. Die positiven Reaktionen darauf machten Hänsel „schnell klar, dass es eigentlich nicht gegen Europa geht in diesen Attacken, sondern um interne Wahlkampfretorik“. Hänsel müsste von seinem Büro rund eine Meile bis zum Weißen Haus laufen. Dafür sitzt er dicht am Dupont Circle und damit in enger Nähe zu außenpolitischen Expertenkreisen und Clubs. „Washington ist der bei weitem wichtigste Standort für internationales Lobbying, ob es um Politik, Industrie, Wirtschaft oder auch Wissenschaft und Technologie geht.“ Die Schwerpunkte der Arbeit spiegeln diese Agenda wider. Ganz oben rangiere derzeit,

so Hänsel, das Transatlantische Freihandelsabkommen. Es folgen die Themen Sicherheitspolitik und Nato. Um bei diesen oft sensiblen Komplexen im Dialog mit den amerikanischen Partnern über das Niveau von Floskeln herauszukommen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung schon vor Jahren das Netzwerk der „Globalen Atlantiker“ ins Leben gerufen. Mit einem besonderen Schwerpunkt in Washington treffen sich unter diesem Begriff halbjährlich junge Politiker, profilierte Mitarbeiter aus amerikanischen wie europäischen Denkfabriken und sonstige Entscheidungsträger. Auf der US-Seite sind Mitglieder von Republikanern und Demokraten gleichermaßen dabei, und obwohl sich beide Parteien im Kongress mit ermüdender Routine blockieren, kommt es bei den „Globalen Atlantikern“ zu vernünftigen Gesprächen.

Vertraulichkeit „Das liegt auch daran, dass in diesem Kreis die Chatham Rules gelten“, sagt Pia Bungarten, die seit vier Jahren das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington leitet. Das sind die Regeln aus dem Chatham House, jenem weltweit als Vorbild gehandelten „Königlichen Institut für internationale Angelegenheiten“ in London, das seinen Diskussionssteilnehmern zur Auflage macht, nie wörtlich zu zitieren. Bungarten darf wohl als Weltreisende in Sachen politische Bildung bezeichnet werden. Die Politikwissenschaftlerin und Kulturanthropologin studierte in Deutschland und den USA, forschte im Navajo-Reservat und in Sri Lanka und arbeitete in New York, Bonn, Bangkok und Berlin, bevor sie in die Hauptstadt der USA wechselte. Dort ist das Büro der Ebert-Stiftung nur einige Schritte weiter entfernt vom Präsi-

den als das der „Bölller“. Bungarten erklärt aber überzeugend, warum es arg verkürzend wäre, ihrer Stiftung, die den Sozialdemokraten nahe steht, eine besondere Nähe zu den im Weißen Haus regierenden, eher progressiven Demokraten zu unterstellen und den „Adenauers“ eine ausschließliche Konzentration auf die konservativeren Republikaner. Wenn ein SPD-Abgeordneter nach D.C. komme, wolle er möglichst intensive Einblicke in die US-Politik bekommen, und dazu müsse er mit Demokraten und mit Republikanern sprechen. Entsprechende Gespräche aber könnten die Stiftungen nur vermitteln, wenn sie tragfähige Kontakte zu möglichst vielen Lager pflegen. Im Moment allerdings, kurz vor den Bundestagswahlen, sind die Besuche deutscher Politiker in Washington eher selten. Das lässt Zeit, sich mit anderen Dingen zu befassen. Bungarten etwa hat sich unlängst in einer Analyse den „Politischen Reaktionen auf die NSA-Enthüllungen in den USA“ gewidmet. Aber Bungarten betont, dass im Gegensatz zur Tagespolitik die Stiftungen Themen gerne langfristig verfolgen. Was etwa steckt hinter den amerikanischen Abrüstungsinitiativen der letzten Jahre? Und wie entwickelt sich das Verhältnis zwischen Washington und Moskau jenseits aktueller Aufregungen? Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat Quartier bezogen an der Rhode Island Avenue N.W. und damit knapp 15 Gehminuten entfernt vom Weißen Haus. Aber in einem Hotel, das nahezu direkt an den Garten des US-Präsidenten grenzt, veranstaltet Büroleiter Claus Gramckow regelmäßig Diskussionsveranstaltungen, zu denen er US-Entscheidungsträger, Politiker, deren Mitarbeiter,

Wissenschaftler und Geschäftsleute einlädt. Insbesondere FDP-Politiker, aber auch Demoskopen oder andere Wissenschaftler sprechen im Rahmen des Transatlantic Dialogue Program (TAD) über Wirtschaftsbeziehungen, die bevorstehenden Wahlen in Deutschland oder freiheitliche Gesellschaftspolitik. Für die Hanns-Seidel-Stiftung müsste Ulf Gartzke wohl 45 Minuten bis zum Weißen Haus laufen. Dafür sitzt der Büroleiter der CSU-nahen Einrichtung im szenigen Georgetown. Gartzke ist ein ausgewiesener Sicherheitsexperte. Auf der Website der Seidel-Stiftung in Washington wird denn auch „Transatlantische Sicherheit und Verteidigungspolitik“ als erster Themenschwerpunkt genannt.

Kultur statt Lobby Den weitesten Weg ins politische Zentrum von Washington D.C. hätten Albert Scharenberg und Stefanie Ehmsen, die Leiter des Nordamerika-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es hat seinen Sitz in New York, und Gregor Gysi, Fraktionschef der Linken, der die Stiftung nahesteht, sagte bei einer Washington-Visite, der Standort sei bewusst gewählt. Man habe den Kontakt weniger zu Lobbygruppen in Washington suchen wollen als zu der als innovativer angesehenen Künstler- und Kulturszene von „Big Apple“. Auch die „Occupy Wall Street“-Bewegung mag zur Entscheidung beigetragen haben. Kapitalismuskritik, Armutsbekämpfung und Antirassismus sind zentrale Themen, die auf der mit reichlich schreiendem Rot gestalteten Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung beworben werden. Die Amerikaner seien „beindruckt von deutschen Stiftungen – und das brauchen

wir auch“, sagt Bungarten. Sie erinnert an die berühmte „Westminster-Rede“ von Ronald Reagan im Juni 1982. Darin prophezeite der US-Präsident vor dem britischen Parlament einen weltweiten „Vormarsch von Freiheit und Demokratie“. So ausdrücklich wie überraschend lobte Reagan dann: „Die politischen Stiftungen der Bundesrepublik Deutschland sind eine wichtige Kraft in diesem Bemühen geworden.“ Dieses Niveau zu halten, ist schwierig angesichts der knappen Personal- und Finanzmittel der Stiftungen. In der Regel arbeitet in D.C. ein aus Deutschland entsandter Büroleiter mit maximal fünf Ortskräften. Die Jahressets, aus denen die Mitarbeiter und die Büromiete bezahlt werden müssen, liegen zwischen 700.000 und einer Million Euro. Das lässt keine großen Sprünge zu, und nicht immer lässt sich das kaschieren. So wirken manche Websites deutscher Stiftungen peinlich vernachlässigt, bieten „aktuelle“ Publikationen zur Rede zur Lage der Nation von Präsident George W. Bush an oder laden ein zu Veranstaltungen, die bereits vor Monaten stattfanden.

Reagans Ritterschlag Doch amerikanische Partnerorganisationen beteiligen sich offenkundig gern an Konferenzen der deutschen Stiftungen, ob vor einem Publikum oder hinter verschlossenen Türen. Die Besucherzahlen bei Vorträgen im geschäftigen Washington sind mitunter beeindruckend. Offenkundig gilt der Ritterschlag weiterhin, den Ronald Reagan den deutschen Stiftungen vor mehr als 30 Jahren mit auf den Weg gab. *Ansgar Graw*

Der Autor ist Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt“ in Washington.

»Mosaik-Linke« vernetzen

RLS Einsatz für bildungsbenachteiligte Zielgruppen



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) versteht sich „als ein Teil der geistigen Grundströmung des demokratischen Sozialismus“. Über die Partei „Die Linke“ hinaus will sie Aktive aus der in viele Gruppierungen verstreuten „Mosaik-Linke“ bundesweit miteinander vernetzen. Als jüngste und kleinste politische Stiftung ist sie aus dem 1990 in Berlin gegründeten Verein „Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.“ hervorgegangen. 1992 wurde sie von der damaligen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) als parteinahe bundesweit tätige Stiftung anerkannt, wobei es nach de-

ren Fusion mit der SPD-Abspaltung WASG zur Partei „Die Linke“ blieb. Benannt ist die Stiftung nach der nach dem Spartakusaufstand in Berlin von Freikorpsoffizieren erschossenen KPD-Mitbegründerin Rosa Luxemburg (1871-1919). Neben ihrem Hauptsitz in Berlin ist die RLS in der Fläche einerseits mit Regionalbüros vertreten, andererseits kooperiert sie im Rahmen eines Stiftungsverbundes eng mit teilweise aus Landesmitteln mitfinanzierten, „Linken“-nahen Landesstiftungen und Vereinen in allen Bundesländern. Das Institut für Gesellschaftsanalyse (iG) der Rosa Luxemburg-Stiftung arbeitet laut Gründungsbeschluss von 2008 an der „Strategie der Linken und zu einer demokratisch-sozialistischen Transformation der kapitalistischen Gesellschaften“. Vorsitzende der RLS ist seit Ende 2012 die Parlamentarische Geschäftsführerin der Linken-Bundestagsfraktion, Dagmar Enkelmann. Die RLS bemüht sich gezielt, betont Enkelmann, „bildungsbenachteiligte und nichtakademische Zielgruppen“ zu erreichen. Bemerkbar macht sich das vor allem bei der Studien- und Promotionsförderung des Studienwerks der RLS. *pst*

Satzung für Feinschmecker

HBS Stipendien für ausländische Künstler



Die Satzung der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) ist etwas für Feinschmecker. Neben der Bundesstiftung gibt es 16 eigenständige Landesstiftungen. Diese entscheiden bei der Besetzung der Gremien der Bundesstiftung mit, umgekehrt bedarf aber auch jede Landesstiftung der Anerkennung durch die Bundesstiftung. Die Bundesstiftung gibt einen Teil der vom Bund stammenden Globalmittel an die Landesstiftungen weiter, die über deren Verwendung frei entscheiden. Arbeitsschwerpunkte werden aber von Bundes- und Landesstiftungen gemeinsam festgelegt. Ähnlich unabhängig und doch eingebunden ist das Gunda-Werner-Institut, das sich mit feministischen und geschlechterpolitischen Themen befasst.

Als einzige politische Stiftung hat die hbs keinen Politiker als Namensgeber. Der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll (1917-1985) war freilich ein politischer Schriftsteller, der dem Gedankengut der Grünen nahe stand. Hervorgegangen ist hbs 1997 aus dem Stiftungsverband Regenbogen, den der Bundesvorstand der Partei Die Grünen bereits 1988 als parteinahe Stiftung anerkannt hatte. Geleitet wird die hbs vom früheren Bundessprecher der Partei Die Grünen und Bremer Umweltsenator Ralf Fücks sowie von Barbara Unmüßig, die sich in Nichtregierungsorganisationen zu den Themen Umwelt, Nord-Süd-Politik und Menschenrechte einen Namen gemacht hatte. Eine Besonderheit der hbs ist das Haus Langenbroich, das ehemalige Sommerhaus der Familie Böll. Gemeinsam finanziert mit der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen, bietet es ausländischen Künstlern, die in ihrer Heimat Repressionen ausgesetzt sind, eine vorübergehende Wohn- und Wirkungsstätte. Eine Jury wählt die Stipendiaten aus, eine Mitarbeiterin der hbs betreut sie vor Ort. *pst*

Bildungszentren in Bayern

HSS Preis für qualitätsorientierte Schülerpresse



Die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) verfügt, neben ihrer Zentrale in München, über zwei historische, idyllisch gelegene Bildungszentren: Das ehemalige Kurhaus Wildbad Kreuth in einem Hochtal bei Tegernsee und das ehemalige Kloster Banz am oberen Main. Über ein Büro in Berlin hält die HSS Kontakt zur Bundespolitik. Benannt ist die 1967 gegründete Stiftung nach dem ehemaligen CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Hanns Seidel (1901-1961). Ihr Vorsitzender ist seit 2004 der langjährige bayerische Kultusminister Hans Zehetmair. In schneller Folge eröffnete die HSS nach ihrer Gründung neue Arbeitsbereiche. 1972 übernahm sie die Herausgabe

der seit 1949 erscheinenden Zeitschrift „Politische Studien“. Ihrem Leitmotiv „im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“ entsprechend dehnte sie vor allem ihr Engagement in Entwicklungsländern rasch aus. 1981 stieg die HSS in die Studienförderung ein, bezeichnenderweise mit 24 Stipendiaten aus der Volksrepublik China. Bis dahin hatte die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung auch Bayern abgedeckt. Einen eigenen Akzent setzt die Hanns-Seidel-Stiftung mit drei jährlich vergebenen Preisen. Der Schülerzeitungspreis „die Raute“ soll „einen Impuls für qualitätsorientierte Schülerpresse geben“. An Studenten richtet sich der „Förderpreis für Politische Publizistik“. Schon seit über 27 Jahren gibt es schließlich den „Förderpreis für junge Liedermacher“. *pst*





Stiftungen sollen den Bestand von Unternehmen sichern. Das gilt für den Discounter Aldi (links) ebenso wie für den Stahl- und Technologiekonzern ThyssenKrupp.

Die guten Milliardäre

UNTERNEHMEN Immer mehr Firmen gründen Stiftungen – zu den unterschiedlichsten Zwecken. Vielen geht es um Kontinuität

Was eint das kleine, beschauliche Städtchen Nortorf im schleswig-holsteinischen Kreis Rendsburg-Eckernförde mit dem baden-württembergischen Neckarsulm? In beiden Städten sind zwei familieneigene Unternehmensstiftungen beheimatet, die ein ganzes Firmenimperium umschließen. Die „Markus-Stiftung“ von Unternehmensgründer Theo Albrecht soll von Norddeutschland aus den Bestand der Firmengruppe „Aldi Nord“ sicherstellen. Und in Neckarsulm sichert die Lidl- und Kaufland-Stiftung der Unternehmerfamilie Schwarz die Existenz der gleichnamigen Discounter- und Warenhauskette – Aldis größtem Konkurrenten. Nur die wenigsten Menschen dürften bei ihren täglichen Einkäufen wissen, dass der Discounter „um die Ecke“ Teil eines hochkomplexen Stiftungs-konstrukts ist.

Immer mehr Unternehmen in Deutschland greifen auf die unterschiedlichsten Stiftungsmodelle zurück. Ob nun Unternehmensträgerstiftungen, bei der die Stiftung selbst als juristische Person unternehmerisch tätig ist, wie zum Beispiel die Carl-Zeiss-Stiftung, oder als Beteiligungsträgerstiftung, bei der eine Stiftung Mehrheits- oder Minderheitsanteile hält wie bei Lidl und Aldi – Stiftungen boomen. 1999 lag ihre Zahl noch bei rund 8.000. Heute sind es drei Mal so viele. Tendenz steigend. Nach den USA ist Deutschland mittlerweile auf der globalen Stiftungsrangliste die Nummer zwei in der Welt. Bosch und Bertelsmann gehören dazu. Ebenso der Unternehmensberater Roland Berger, die Großverlegerin Friede Springer, die Quandts oder SAP-Milliardär Dietmar Hopp. Die meisten von ihnen wollen nicht nur Steuern sparen, sondern auch noch Gutes tun. Rund 90 Prozent sind gemeinnützig. Jedes Jahr schütten sie etwa 17 Milliarden Euro aus, um Forschungs- und Bildungsprojekte zu finanzieren, Stipendien zu vergeben, Krankenhäuser zu bauen, soziale Projekte zu unterstützen oder auch, um „frühzeitig gesellschaftliche Herausforderungen identifizieren sowie exemplarische Lösungsmodelle entwickeln und verwirklichen“ zu können, wie es etwa auf der Homepage der Bertelsmann Stiftung heißt.

Steuererleichterungen Ermöglicht wurde der Boom vor allem durch die Steuergesetze der Regierungen Schröder und Merkel. Wer stiftet, hat steuerliche Vorteile, unterliegt weder der Körperschaft- noch der Gewerbesteuer. Auch von Erbschaft- und Schenkungssteuer sind Stiftungen befreit. Aber es geht beim Stiftungsboom nicht allein um philanthropische Großtaten oder Steueroptimierung. Unternehmen verbinden mit der Gründung einer Stiftung auch noch ganz andere Interessen. Denn in erster Linie eint Firmenstiftungen der berechtigte Gedanke an den Vermögenserhalt und die Unternehmensnachfolge. Robert Bosch wollte so seine Nachfolge sichern. Mit seinem 1938 verfassten Testament sicherte der 1942 gestorbene Unternehmer die Zukunft seiner Firma: Fami-

lie und künftige Führungsgenerationen wurden verpflichtet, für eine „kraftvolle Weiterentwicklung“ und finanzielle Unabhängigkeit zu sorgen. Seine 1921 gegründete Vermögensverwaltung Bosch (VVB) erwarb darum nach dem Krieg von der Familie nach und nach die Mehrheit der Unternehmensanteile und brachte sie in die 1969 gegründete Robert Bosch Stiftung ein. Heute ist das Unternehmen der weltgrößte Autozulieferer. Bei Europas größtem Medienunternehmen Bertelsmann und seiner Gründerfamilie Mohn war es nicht viel anders. Und Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, Gründer der gleichnamigen Stiftung, traute es seinem Sohn Arndt einfach nicht zu, sich im harten Stahlgeschäft durchzusetzen. Selbst für einen Mittelständler wie den Hamburger Unternehmer Kurt A. Körber – seine Firma ist heute Weltmarktführer für Zigarettenmaschinen – stand die Unternehmensnachfolge ganz oben an, als es um die Gründung der nach ihm benannten Stiftung ging. Denn die Gefahr, dass Erbstreitigkeiten eine Firma ruinieren, entfällt beim Stiftungsmodell. Überträgt ein Firmengründer sein Vermögen auf eine Stiftung, muss es nicht im Todesfall aufgeteilt werden, das Unternehmen bleibt als Ganzes erhalten.

Zunehmend wichtiger wird auch die Einsicht, dass in Zeiten, da sich die internationalen Finanzmärkte immer weiter von der Realwirtschaft entfernen, Stiftungsunternehmen anders operieren. Stiftungen sind eher an stetigen Zuflüssen als an kurzfristiger Gewinnmaximierung interessiert. Das macht die Stiftungsunternehmen unabhängiger. Sie können langfristiger agieren als Unternehmen, deren Anteile breit gestreut sind, an der Börse gehandelt werden und sich in jedem Quartal neu gegenüber Analysten und Aktionären rechtfertigen müssen. Ihre Firmen bilden deshalb in der Regel mehr Rücklagen und mehr Eigenkapital und haben es so leichter, Investitionen zu finanzieren oder temporäre Konjunkturkrisen zu überbrücken.

Krisenresistent Dass Stiftungsunternehmen krisenresistenter sind, hat auch damit zu tun, dass das Stiftungsmodell Schutz vor feindlichen Übernahmeversuchen oder Zerschlagung bietet. Während Börsenunternehmen bei schlechteren Ergebnissen und sinkenden Aktienkursen für Firmenjäger zur leichten Beute werden können, sind Stiftungsunternehmen unverkäuflich – sie leben ewig. Als der letzte Krupp 1967 starb, hinterließ er dem damals 54-jährigen Berthold Beitz eine Stiftung, die das Unternehmen über Jahrzehnte davor rettete, von Stärkeren übernommen und zerschlagen zu werden. So wollte der damalige Chef des viel moderneren und profitablen Erzrivalen Thyssen, Dieter Spethmann, Ende der 1980er Jahre Krupp übernehmen – vergeblich. Am Ende konnte Krupp, obwohl das Unternehmen damals in keiner guten Verfassung war, mit Hilfe seines Gofaktionärs, der Stiftung, den Gegner Thyssen schlucken.

Doch wo so viel Licht ist, gibt es auch Schatten. Stiftungsunternehmen führen eine Existenz in einem weitgehend geschützten unternehmerischen Biotop, in dem es zu merkwürdigen Züchtungen kommt. Beim Discounter Lidl führt dies etwa zu der seltsamen Kombination aus einer der deutschen Steuergesetzgebung unterliegenden Familienstiftung mit einer „gemeinnützigen“ Stiftung, der Schwarz-Stiftung, die nahezu alle Kapitalanteile, jedoch keine Stimmrechte an der Lidl-Stiftung hält. Das gesamte Stimmrecht, allerdings nur 0,1 Prozent der Kapitalanteile, entfällt wiederum auf die Schwarz-Unternehmensstiftung. Man ahnt, dass hier Unternehmensgewinne vollkommen legal aber steuergünstig von einer Stiftung auf die nächste übertragen werden sollen. Stiftungen können sich zudem auch vielen Publizitätsvorschriften entziehen. Im Fall der Discounter Lidl und Aldi geht dies so weit, dass man bis heute nur sehr wenige unternehmerische Kennzahlen beispielsweise über die Firmengruppe Schwarz (5.600 Supermarktfilialen, mehr als 150.000 Angestellten, Gesamtumsatz: etwa 36 Milliarden Euro) weiß. Verschwiegenheit und mangelnde Transparenz sind deshalb auch die Kennzeichen der meisten Stiftungsmodelle. Stiftungen wie die Lidl Stiftung & Co. KG unterliegen zudem nicht dem Mitbestimmungsgesetz – ein Grund für immer wiederkehrenden Ärger zwischen den Unternehmensführungen der Discounter und den Gewerkschaften. Stiftungsunternehmen unterscheiden sich auch in ihren Governance-Strukturen teils erheblich von anderen Unternehmen. „Wenn Sie bei großen Stiftungsunternehmen schauen, wer da wen kontrolliert und wie Aufsichtsgremien und Managementgremien zueinander stehen – dann fällt Ihnen viel ein, nur nicht gute Unternehmensführung“, sagt ein deutscher Top-Anwalt, der viele solcher Unternehmen berät. Bei Bosch etwa wird die Geschäftsführung von einer Industrietreuhand kontrolliert, in der auch ehemalige und aktive Geschäftsleitungsmitglieder sitzen. So besitzt die Robert-Bosch-Stiftung 92 Prozent am Konzern, hat aber keine Stimmrechte – und wird von der Unternehmensführung nicht gerade üppig am Konzerngewinn beteiligt. Beispiel: Im Jahr 2012 erwirtschaftete Bosch einen Gewinn von 2,34 Milliarden Euro nach Steuern. Davon bekam die Stiftung nicht mehr als vier Prozent – 69 Millionen Euro.

Problem Kontrolle Bei Bertelsmann sieht es nicht viel anders aus. Hier hat der Stiftungsgründer Reinhard Mohn verfügt, dass auch der Vorstandsvorsitzende Mitglied des Aufsichtsgremiums ist – de facto kontrolliert sich das Management damit zumindest teilweise selbst. Die Bertelsmann Stiftung sei deshalb undemokratisch, werfen Kritiker der Stiftung vor. Sie versuche aber gleichzeitig die Demokratie hierzulande zu beeinflussen. Das könne eine demokratische Gesellschaft nur akzeptieren, wenn die Stiftungskonstruktion ein Mindestmaß an Mitsprache erlaube. Auch bietet die Gewinnverteilung bei Stiftungsunternehmen Anlass zu Kritik, weil schwer nachvollziehbar ist, was an die Stiftung geht und was als Rücklage im Unternehmen bleibt. Bei Bertelsmann bestimmt die Familie Mohn, die die Stiftung und ihr Vermögen unter Kontrolle hat, über die Höhe und Verteilung der Gelder. Kritiker, wie der Autor Thomas Schuler („Bertelsmann Republik Deutschland“) werden dem Gütersloher Medienkonzern deshalb auch vor, dass, wenn man die Steuererleichterungen und Ersparnisse mit den Ausschüttungen verrechnet, sich zeigen ließe, dass die Mohns die Stiftung de-

facto mit öffentlichem Geld betreiben. Das sei unternehmerisch geschickt, moralisch aber eher fragwürdig, zumal die Stiftung keine Fördergelder verteile. Stiftungen dürften deshalb nicht mehr als Unternehmens-Sparbüchse missbraucht werden, sondern sollten einen größeren Anteil am Gewinn erhalten, der stärker ihrer tatsächlichen Beteiligung am Firmen-

geschehen entspreche, so Schuler. Die Stiftung solle zudem einen Teil dieses Gewinns jenseits ihrer operativen Projektarbeit zur Förderung gemeinnütziger Organisationen und Projekte verwenden. *Christoph Birnbaum* //

Der Autor ist freier Wirtschaftsjournalist in Bonn.

Die Gefahr, dass Erbstreitereien eine Firma ruinieren, entfällt bei einer Stiftung.

»Schädliche EZB-Zinspolitik«

INTERVIEW Professor Günter Franke zu Unternehmensstiftungen

In Deutschland steigt die Zahl der Unternehmensstiftungen seit Jahren stark. Eine positive Entwicklung?

Im Prinzip ja, allerdings muss dies differenziert betrachtet werden. Stiftungen in Deutschland werden aus ganz unterschiedlichen Gründen und nicht nur für soziale Zwecke eingerichtet. So lassen sich mit Stiftungen bestimmte gesellschaftsrechtliche Effekte erreichen. Andererseits schütten stiftungstragende Unternehmen wie Bosch oder Bertelsmann Gewinne an ihre Stiftungen aus, die dann für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Familienstiftungen haben indessen den Zweck, Familienmitgliedern des Stifters ein Auskommen zu garantieren.



Günter Franke ist Professor für Betriebswirtschaft an der Universität Konstanz.

Von Stiftungen geführte Unternehmen gelten als wenig abhängig von den Finanzmärkten. Bestehen so nicht auch Gefahren, weil deren Firmenchefs den Druck der Märkte nicht so spüren wie bei einem börsennotierten Konzern?

Die Gefahr besteht. Allerdings gibt es auch Mischformen, bei denen ein Teil der Anteile von der Stiftung gehalten und die übrigen an der Börse gehandelt werden. So hält die Fritz-Thyssen-Stiftung lediglich ein Viertel der Kapitalanteile an der Thyssen-Krupp AG. Da gibt es schon Druck der Kapitalmärkte, wie sich kürzlich in diesem Fall gezeigt hat. Der Markt mag eher zu einer kurzfristigen Firmenpolitik motivieren, aber er hat auch eine wichtige Kontrollfunktion. Ein schlechter Vorstandsvorsitzender könnte eher durch den „Kapitalmarkt“ aus dem Amt gedrängt werden als durch eine Stiftung. In der Bertelsmann-Stiftung zum Beispiel, die die AG über den Aufsichtsrat mitkontrolliert, sitzen auch der Vorstandschef der AG und sein Stellvertreter. Das Modell Bertelsmann kann funktionieren, aber nur, wenn überall der „Stiftungsgeist“ einer straffen Unternehmensführung herrscht.

Unternehmens-Stiftungen arbeiten von der Öffentlichkeit weitgehend unkontrolliert. Dies, obwohl sie große steuerliche Vorteile haben. Muss das geändert werden?

Nein. Die gemeinnützigen Stiftungen sollen durch die Steuervorteile in die Lage versetzt werden, mehr Geld für wohltätige Zwecke auszuschiütten. Stiftungsgetragene Kapitalgesellschaften unterliegen zudem der normalen Besteuerung. Wenn eine AG Geld an eine gemeinnützige Stiftung ausschüttet, zahlt diese im Gegensatz zum normalen Aktionär darauf keine Steuern. Die nicht-gemeinnützigen Familienstiftungen müssen jedoch die Ausschüttung versteuern.

Konzern-Stiftungen wie der Bertelsmann-Stiftung wird vorgeworfen, Politik in

eine bestimmte Richtung lenken zu wollen. Sehen Sie das als Problem?

Ich sehe nicht, dass etwa die Bertelsmann-Stiftung einseitige Politik macht. Forschungsprojekte werden immer an irgendwelche Personen vergeben; diese mögen bestimmte Ansichten vertreten. Das wäre – wenn man so will – zwar eine gewisse Gefahr. Entscheidend ist, dass das Geld an qualifizierte Forscher, unabhängig von deren Ansichten, fließt.

Oft geben die stiftungsgetragenen Unternehmen nur wenig von ihren Gewinnen an ihre gemeinnützige Stiftung weiter. Muss es da nicht klarere Regeln geben?

Die Stiftungsstatuten sind meist sehr zurückhaltend mit Aussagen dazu, auch, weil zu meist der Stiftungszweck der langfristige Erhalt des Unternehmens ist. Die Stiftungsaufsicht, die bei den Bundesländern, liegt, mischt sich in die Ausschüttungspolitik nicht ein. Warum schütten börsennotierte Unternehmen oft 40 oder 50 Prozent aus und stiftungsgetragene Unternehmen, die nicht an den Börsen gehandelt werden, eher weniger als zehn Prozent? Für rein stiftungsgetragene Unternehmen mag es schwierig sein, Eigenkapital von außen zu beschaffen. Das mag eine hohe Gewinnschüttung begründen. Jedoch verschafft ein hohes Eigenkapital der Unternehmensleitung auch ein angenehmes Ruhepolster.

Wie sehr leiden die Stiftungen unter der Niedrigzins-Politik der EZB?

Erheblich. Auf dem Deutschen Stiftungstag im Mai war dies ein großes Thema. Gerade kleinere Stiftungen legen ihr Stiftingskapital in risikoarmen und damit niedrig verzinsten Anlagen an. Die Einnahmen der Stiftungen und damit ihre Ausgaben für wohltätige Zwecke werden von der EZB-Zinspolitik hart getroffen.

Das Interview führte Hans Krump. //

Unternehmensnahe Stiftungen: Modelle in Deutschland



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Verflechtung der Mächtigen

THINK TANKS Gemeinnützige Stiftungen suchen die Nähe zur großen Politik. Obwohl ihr Einfluss wächst, gibt es keine öffentliche Kontrolle über deren Arbeit

Ob Agenda 2010, die Hartz-IV-Gesetzgebung, oder aber Sturgegebühren und die Gesundheitspolitik: Bei allen großen Reformvorhaben in den vergangenen Jahren mischte die Bertelsmann-Stiftung mit und machte Politik. Ja, sie sucht die Politik geradezu. Und die Politik sucht die Stiftungen reicher Unternehmen. Politiker sitzen in Aufsichtsräten, Kuratorien und Beiräten. Es gibt ein enges Netzwerk zwischen Stiftungen, Wirtschaft und Politik in Deutschland. Und manche Kritiker fragen sich: Ist das wirklich alles „gemeinnützig“? Viele Stiftungen richten sich in ihren Zielen offen oder unausgesprochen auf politische Entscheidungen. Sie wollen Reformen anstoßen und damit auch politisches Handeln – durch Rankings, Gutachten, Forschungsprojekte, viele Preise und Auszeichnungen und noch mehr Medienpräsenz. Oder aber durch die direkte Ansprache von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern. Bis hin zu den Spitzen des Staates. Das ist Teil einer lebendigen Demokratie, in der politisches Handeln kein Monopol von Parteien, Parlamenten und Regierungen ist. Doch für Ralf Fücks, den Leiter einer dezidiert politischen Stiftung, nämlich der Böll-Stiftung von Bündnis90/Die Grünen, ist es eine hoch interessante Frage, ob Stiftungen, wie zum Beispiel die Gütersloher Bertelsmann-Stiftung, aber auch die kleinere Körber-Stiftung dabei wirklich gemeinnützig sind oder nicht.

Frage der Gemeinnützigkeit Denn der Einfluss zum Beispiel der Bertelsmänner als größter deutscher politischer „think tank“ ist enorm – und manchmal erst auf den zweiten Blick zu erkennen. Gerne führt Fücks deshalb die Gründung des legendären „Centrums für Hochschulentwicklung“ (CHE) durch die Bertelsmann-Stiftung an, um aufzuzeigen, wie weit ein solcher Einfluss gehen kann. Das CHE, so Fücks, verstehe sich als Reformmotor für die deutschen Hochschulen. Es sei ihm gelungen, zum Thinktank der Hochschulrektorenkonferenz zu werden, die an der Gründung beteiligt war und 50 Prozent des Budgets finanziert. Keine Institution habe im letzten Jahrzehnt einen vergleichbaren Einfluss auf die hochschulpolitische Debatte ausgeübt. Fücks: „Das CHE hat den Strukturwandel von der Ordinariatsuniversität zum unternehmerisch ausgerichteten Wissenschaftsbetrieb vorangetrieben.“ Gleichzeitig stellt das CHE den Hochschulen Beratungskapazität zur Verfügung, wie sie ihre Performance verbessern können. Vielleicht war dies die richtige Antwort auf die internen Blockaden des verkrusteten deutschen Hochschulsystems in den letzten Jahrzehnten. Aber handelte die Bertelsmann-Stiftung dabei wirklich „gemeinnützig“, oder folgten sie nicht doch eher dem Credo des Stiftungsgründers, Reinhard Mohn, alles und jedes und erst recht den Staat und seine Bildungspolitik zu messen und auf Effizienz zu trimmen?

Parteien und Parlamente ziehen ihr politisches Mandat aus Wahlen, geben Kritiker in diesem Zusammenhang gerne zu bedenken. Private Stiftungen ermächtigen sich jedoch selbst – und dabei ist es ganz egal, ob sie Kunst fördern oder kranken Menschen helfen. Sie unterliegen zwar einer rechtlichen Aufsicht, aber keiner öffentlichen Kontrolle ihrer Arbeit. Sie sind darüber hinaus, so eine oft geäußerte Kritik, niemandem verantwortlich, legen keine Rechenschaft ab, sind in den entscheidenden Macht- und Finanzfragen intransparent und beantworten oftmals nur Fragen, die sie selbst stellen. Ralf Fücks von der grünen Heinrich-Böll-Stiftung geht noch einen Schritt weiter: „Die von manchen Stiftungen gepflegte Vorstellung, es gebe eine rein an fachlicher Effizienz und Exzellenz ausgerichtete Politikberatung, sei eine technokratische Illusion“, sagt er. Politisches Handeln habe immer auch mit Wertentscheidungen und Interessen zu tun. Und Politik-



Politik und Stiftungen – im Bild oben die Bertelsmann-Stiftung in Gütersloh – suchen oft die gegenseitige Nähe. Die Europa-Rede von Bundespräsident Joachim Gauck im Februar war Abschluss einer Pro-Europa-Kampagne mehrerer Unternehmensstiftungen.

beratung sei selbst eine Form politischen Handelns. Doch eine durch die Bevölkerung getragene Legitimation deutscher Stiftungsarbeit fehlt. Umso mehr sei politische Stiftungsarbeit nur möglich, wenn das Handeln und das gesellschaftliche Engagement für die Öffentlichkeit transparent gemacht und permanent kritisch hinterfragt werde, meint etwa Professor Helmut K. Anheier, Dekan der von der „Hertie-Stiftung“ ins Leben gerufenen privaten Fachhochschule. Nichtsdestoweniger seien, so Anheier, Stiftungen ganz klar Akteure einer modernen Zivilgesellschaft und träten damit zum Beispiel in Konkurrenz zu politischen Parteien, denn immer mehr Menschen versprechen sich vom nicht-staatlichen so genannten Dritten Sektor entscheidende Beiträge zur Lösung drängender Fragen. Trotzdem oder aber auch gerade deswegen suchen Stiftungen oft und gerne die Nähe zur Politik. Und die Politik sucht im Umkehrschluss die Nähe zu Stiftungen. Denn Stiftungen haben Geld, bisweilen viel Geld. Bekannt ist, dass die Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ein enges, ja freundschaftliches Verhältnis zu Liz Mohn und zu Friede Springer unterhält, die ebenfalls einer nach ihr benannten gemeinnützigen Stiftung vorsteht. Die Bundes-

präsidenten Roman Herzog, Johannes Rau und Horst Köhler traten oftmals im Rahmen von Veranstaltungen der Bertelsmann-Stiftung auf. Und Bundespräsident Joachim Gauck hat seine Grundsatzrede zu Europa im Februar eingebettet in die gleich von einem ganzen Stiftungsverbund (Robert-Bosch-Stiftung, Mercator-Stiftung, Allianz-Stiftung u.a.) initiierte Social-Marketing-Kampagne „Ich will Europa“.

Gefragte Politiker Darüber hinaus sitzen Politiker aller großen Parteien in Aufsichtsräten, Kuratorien, Beiräten und Jürs, für die sie Preise aller Art verleihen. In ihren Berliner Dependance suchen Stiftungen auch räumlich ganz bewusst die Nähe zu Parlament und Regierung durch Vorträge, Diskussionen oder Pressekonferenzen. Bestes Beispiel: die Volkswagenstiftung, 1961 aus der Privatisierung des Volkswagenwerks entstanden, an der bis heute der Bund und das Land Niedersachsen Anteile halten. Mit jährlichen Ausgaben von rund 115 Millionen Euro ist sie die spendabelste der deutschen Stiftungen aus dem Bereich der Industrie. Im wichtigen Kuratorium finden sich neben der Bundesbildungsministerin und ihrer schleswig-holsteinischen Kollegin auch der DGB-Bundesvorsitzende Michael Sommer. Geleitet wird das Gremium von einem Mitglied des niedersächsischen Landtags. Ähnlich sieht es bei der Körber-Stiftung aus, die versucht, vorwiegend außenpolitische Debatten, zum Beispiel den „Petersburger Dialog“, einen hochrangigen Gesprächskreis mit russischen Politikern, Vertretern der Wirtschaft und Intellektuellen zu initiieren. Und die deutsche Telekom-Stiftung hat neben dem früheren Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) als Stiftungsvorsitzendem im Kuratorium noch die frühere Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD), den Ex-Ministerpräsidenten von NRW, Jürgen Rüttgers (CDU), und Ex-BDI-Chef Michael Rogowski an Bord.

Wie sehr eine Stiftung auch massiv regionale Strukturpolitik mit weitreichender bundespolitischer Bedeutung betreiben kann, zeigt

auch die einflussreiche RAG-Stiftung mit Sitz in Essen. Um ihre Leitung gab es einen erbitterten politischen Streit zwischen den Parteien. Heute steht an ihrer Spitze Werner Müller, der frühere parteilose Bundeswirtschaftsminister unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD). Aufgabe der RAG ist es vorrangig, die Abwicklung des subventionierten deutschen Steinkohlenbergbaus in Nordrhein-Westfalen und im Saarland zu bewältigen. Das nötige Kapital dafür erbrachte der milliardenschwere Börsengang des Unternehmens Evonik. Neben den Ministerpräsidenten beider Bundesländer, dem Bundeswirtschafts- und Finanzminister sind dort auch etliche Landespolitiker und Gewerkschafter vertreten. Doch hier geht es nicht nur um wichtige energiepolitische Entscheidungen. Die Stiftung, die zuständig ist für die „Ewigkeitskosten“ in den ober- und unterirdischen deutschen Tagebauregionen, betreibt mittlerweile auch aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik. Und die kann sehr weit reichen. Im Industrieland Nordrhein-Westfalen wird derzeit darüber gemutmaßt, ob die RAG-Stiftung beim angeschlagenen Stahlkonzern ThyssenKrupp einsteigt. Rund 5,2 Milliarden Euro Schulden hat der Konzern auf Grund eines misslungenen Investments in neue Stahlwerke in den USA und Brasilien angehäuft. Rund 150.000 Arbeitsplätze stehen insgesamt auf dem Spiel. Da kann kein Politiker tatenlos zusehen. Würde sich die RAG-Stiftung am ThyssenKrupp-Konzern beteiligen, käme sie dabei in erster Linie der ebenfalls über lange Jahre hinweg im einwohnerstärksten Bundesland politisch höchst einflussreichen Krupp-Stiftung zu Hilfe, dessen Chef der vor kurzem verstorbenen Industriemanager Berthold Beitz gewesen ist. Eine Stiftung würde so der anderen helfen. Christoph Birnbaum



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

UNTERNEHMENSNAHE STIFTUNGEN MIT DEN HÖCHSTEN AUSSCHÜTTUNGEN

Engagement für Wissenschaft

VOLKSWAGEN-STIFTUNG Mit 119 Millionen Euro Ausschüttung ist die Volkswagenstiftung die größte deutsche Stiftung, die aus dem Industriebereich entstanden ist. Sie unterstützt besonders Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre, aber auch Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften und Medizin. Entstanden ist die Stiftung 1961 durch die Privatisierung des gleichnamigen VW-Konzerns nach Kriegsende und seine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. 60 Prozent am Aktienkapital ist heute in privater Hand. Den Rest teilen sich Bund und Land Niedersachsen. Mit dem damaligen Erlös und den Erlösen aus den Gegenwerten der jährlichen Gewinne finanziert sich die Stiftung. Als leistungsstärkste deutsche Stiftung

verfügt die Volkswagenstiftung Anfang 2013 über ein Kapital von 2,6 Milliarden Euro. Die Stiftung ist wirtschaftlich autark und in ihren Entscheidungen autonom. In den 50 Jahren ihres Bestehens hat sie vier Milliarden Euro für über 30.000 Projekte bewilligt. Das Kuratorium der Stiftung besteht aus 14 Mitgliedern, die für fünf Jahre berufen werden. Sie werden je zur Hälfte von der Bundesregierung und Niedersachsens Landesregierung ernannt. Den Vorsitz führt traditionsgemäß ein Vertreter Niedersachsens. Die Stiftung verfügt über eine Verwaltung von rund 90 Mitarbeitern, die die Fördervorhaben bearbeiten, die wissenschaftliche Begutachtung sicherstellen und denen die Vermögensverwaltung des Stiftungskapitals obliegt. Stiftungssitz ist Hannover. cb

Gesundheit ein Schwerpunkt

ROBERT-BOSCH-STIFTUNG Jährlich rund 87 Millionen Euro schüttet die Robert-Bosch Stiftung aus. Sie liegt damit auf Platz zwei der großen deutschen Unternehmensstiftungen. Die Stiftung wurde 1964 als „Vermögensverwaltung Bosch GmbH“ gegründet. Der Sitz der Stiftung befindet sich in Stuttgart, im ehemaligen Wohnhaus von Robert Bosch. Gesundheit und Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur, Völkerverständigung, Bildung und Gesellschaft sind die Hauptschwerpunkte der Stiftung. In Stuttgart unterhält die Stiftung auch drei Einrichtungen (Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin). Neben der Forschungsförderung in Gesundheit und Wissenschaft, Ge-

sellschaft, Bildung und Kultur widmet sich die Stiftung besonders dem Gedanken der Völkerverständigung. Seit 1985 vergibt die Stiftung zudem den „Adelbert-von-Chamisso“-Preis, der jährlich an deutschsprachige Autoren nicht-deutscher Herkunftssprache verliehen wird, mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Journalistenpreis „Bürger-schaftliches Engagement“ und den „Marion-Dönhoff-Förderpreis“ in Höhe von 5.000 Euro an Nachwuchs-Journalisten. Seit 2006 wird zudem zusammen mit dem Magazin „Stem“ und der ARD der „Deutsche Schulpreis“ verliehen. Insgesamt belaufen sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung heute auf acht Prozent des Umsatzes. Die Gesamtförderungssumme seit 1964 beträgt eine Milliarde Euro. cb

Bildungswesen im Blick

BERTELSMANN-STIFTUNG Die Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme aller Lebensbereiche nach den „Grundsätzen des Unternehmertums und der Leistungsgerechtigkeit“ und dem Leitbild „so wenig Staat wie möglich“ beizutragen. Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement seien eine wesentliche Basis für gesellschaftlichen Fortschritt, heißt es in ihren Grundsätzen. Die Stiftung engagiert sich in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales, Unternehmenskultur, Gesundheit, Internationale Verständigung und Kultur. Die Bertelsmann Stiftung vergibt keine Stipendien und unterstützt auch keine Projekte Dritter.

Sie betreibt eigene Projekte, die strategische Ziele des Stifters fördern sollen – mit weitreichenden Auswirkungen. Über das „Centrum für Hochschulentwicklung“ und das „Projekt Selbstständige Schule“ nimmt die Stiftung Einfluss auf die deutsche Bildungspolitik. Ähnliches gilt für die Gesundheitspolitik durch das „Centrum für Krankenhaus Management“. Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft ist auch Ziel des „Centrums für angewandte Politikforschung“, größtes universitäres Institut der Politikberatung zu europäischen und internationalen Fragen in Deutschland. Dafür schüttet die Stiftung jährlich 60 Millionen Euro aus. Der Anteil der Stiftung am Unternehmen beträgt 78 Prozent. Stiftungssitz ist Gütersloh. cb

Impulse für Toleranz

MERCATOR-STIFTUNG Die Stiftung Mercator ist eine gemeinnützige, private deutsche Stiftung, die nach dem Mathematiker, Kartographen und Theologen Gerhard Mercator benannt ist. Sie wurde 1996 von der Unternehmerfamilie Schmidt-Ruthenbeck aus Duisburg gegründet, die Ende der 60er Jahre die „Spar“-Supermarktkette gründete, aus der später der Handelskonzern Metro hervorgehen sollte. Bis heute hält die Familie einen erheblichen Anteil am Metro-Aktienpaket. Die Stiftung unterstützt Projekte, die im Sinne Gerhard Mercators Toleranz und Wissensaustausch zwischen Menschen mit unterschiedlichem nationalen, kulturellen und sozialen Hintergrund fördern. In den Bereichen Wissenschaft, Bildung und inter-

nationale Verständigung verfolgt sie klar definierte strategische Ziele zu den Themen Klimawandel, Integration und kulturelle Bildung. Besonders gilt dies für Förderungen für Benachteiligte. Mit dem Projekt „Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ hat die Stiftung 7.700 Schüler und 1.300 Förderlehrer unterstützt. Mit der VW-Stiftung und sechs weiteren Stiftungen gründete die Stiftung Mercator 2008 den Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, der Migration und Integration in Deutschland untersucht. Von ihrem Stiftungskapital von 113 Millionen schüttete „Mercator“ zuletzt jährlich gut 38 Millionen Euro aus. Sitz der Stiftung ist Essen. cb



Betreibt Strukturpolitik: Die RAG-Stiftung mit ihrem Chef Werner Müller

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

AUFGEKEHRT

Ein Zug nach Nirgendwo

Es fährt ein Zug nach Nirgendwo, sang der Schlagersänger Christian Anders Anfang der 70-er Jahre. Die deutsche Eisenbahn, nach der einst ganz Europa die Uhren stellte, fährt heute nicht einmal nach Nirgendwo, sondern oft genug gar nicht. Mit Mainz wurde jetzt eine Landeshauptstadt teilweise vom Nahverkehr abgekuppelt. Dabei sind die Mainzer nicht die ersten und sicher nicht die letzten, die solche Erfahrungen machen. Auf der Berliner Ringbahn, die rund um die Innenstadt fährt, war die Durchsage zu hören, man möge in Gegenrichtung fahren, da in der anderen Richtung der Betrieb wegen technischer Probleme vorübergehend eingestellt worden sei.

Zugausfälle und Verspätungen sind an der Tagesordnung, haben aber auch zu neuen Entwicklungen geführt: Die Fahrgäste kommen ins Gespräch. In einem ICE-Waggon wurden kürzlich sogar Werten abgeschlossen – nicht etwa, wann die Fahrt weitergehen könnte, sondern wann eine Durchsage kommen könnte, warum der Zug auf freier Strecke steht. Der Fahrgast mit dem Tipp „25 Minuten“ soll gewonnen haben.

Vielen Fernpendlern gewöhnt die Bahn ihr Verhalten ab. Es ist ja auch zu lästig, jeden Morgen von Berlin nach Wolfsburg zu Arbeit fahren zu müssen. Auch Wochen nach dem Hochwasser ist nicht klar, ob eine Strecke unterspült worden ist oder nicht. Aus Vorsicht werden die Züge umgeleitet, so dass sich die Fahrzeiten von Berlin nach Westdeutschland erheblich verlängert haben. Pendeln geht nicht mehr. Dank Bahn haben in Wolfsburg Hotels und Zimmervermieter plötzlich Hochsaison. Dabei wäre alles für die Bahn so einfach, wenn sie nicht fünf Probleme hätte: die vier Jahreszeiten und die Fahrgäste.

Hans-Jürgen Leersch

VOR 10 JAHREN ...

Johannes Rau verzichtet

4. September 2003: Johannes Rau will keine zweite Amtszeit „Das hat seinen Grund in meiner persönlichen Lebensplanung“, erklärte Johannes Rau (SPD) am 4. September 2003 seine Entscheidung. Der damals 72-jährige Bundespräsident kündigte an diesem Tag an, auf eine Bewerbung für eine zweite Amtszeit zu verzichten. Der Sozialdemokrat hatte sich im Mai 1999 gegen Dagmar Schipanski durchgesetzt und wurde zum achten Bundespräsidenten gewählt.

Seine Amtszeit hatte Rau – Sohn eines Predigers, überzeugter Christ und deswegen bisweilen „Bruder Johannes“ genannt – unter das Motto „Versöhnen statt spalten“ gestellt. Vor allem für die Inte-



Bundespräsident Johannes Rau (SPD) im Mai 2003

gration von Ausländern und Minderheiten setzte er sich ein. In seiner ersten Berliner Rede forderte er eine geregelte Einwanderungspolitik. Auch bei seinen insgesamt 76 Auslandsreisen stand das Thema Aussöhnung ganz oben auf seiner Liste. So sprach er im Jahr 2000 als erstes deutsches Staatsoberhaupt vor dem israelischen Parlament. In deutscher Sprache bat er das jüdische Volk um Vergebung für die Verbrechen im Dritten Reich. 1999 wurde Rau vorgeworfen, in eine Flugaffäre verwickelt zu sein. In seiner Zeit als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen soll er Reisen auf Kosten der WestLB unternommen haben.

Raus Wahl zum Bundespräsidenten 1999 war übrigens bereits sein zweiter Anlauf: Fünf Jahre zuvor hatte er gegen Roman Herzog verloren. 2004 wurde dann Horst Köhler zu Raus Nachfolger gewählt. Johannes Rau starb am 27. Januar 2006 in Berlin.

Benjamin Stahl

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



ORTSTERMIN: ERWEITERUNGSBAU DES MARIE-ELISABETH-LÜDERS-HAUSES



Die Baustelle des Erweiterungsbaus des Lüders-Hauses vom südlichen Spreeufer aus gesehen. An der Luisenstraße (rechts) soll später der neue Haupteingang des Gebäudes sein.

Neue Räume für den Bundestag

Kräne heben Betonplatten an langen Stahlseilen an die richtigen Stellen. Stahlträger recken sich gen Himmel. Zwischen ihnen hämmern, sägen und schrauben die Bauarbeiter, der Betonmischer röhrt im Hintergrund. Der Bundestag baut: An der Luisenstraße neben der Spree, direkt in Berlin-Mitte, errichtet der Bundestag derzeit die Erweiterung des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses. „Die Verlängerung des Hauses war ursprünglich schon beim Bau des Lüders-Hauses mit eingeplant“, erklärt Johannes Heyne vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Das Bundesamt ist für alle Bauten des Bundes und der Stiftung Preussischer Kulturbesitz zuständig. Die Erweiterung vollendet jetzt das sogenannte „Band des Bundes“, eine Gebäudekette bestehend aus Bundeskanzleramt, Paul-Löbe-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Der Neubau gleicht dabei von Stil und Aufbau den bisherigen Bauten des Bundestages: Die regelmäßige Kammstruktur des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses mit den tiefen Innenhöfen und den durch die Glasfassaden einsichtbaren Büroflügeln wird fortgesetzt, sogar der gleiche Sichtbeton ver-

wendet. Die Architektur soll dabei das Transparenzprinzip der deutschen Demokratie symbolisieren. „Man kann den Abgeordneten quasi bei der Arbeit zusehen“, sagt Heyne. Der Ältestenrat des Bundestages traf die Entscheidung zum Ausbau 2004. Spatenstich war 2010. Aufgrund einer Rechtsstreitigkeit im Vergabeverfahren konnte mit dem Bau jedoch erst im November 2011 begonnen werden. Momentan steht der Rohbau kurz vor der Vollendung. „Insgesamt sind knapp unter 40 Prozent des Erweiterungsbaus fertig“, sagt Heyne. Derzeit arbeiten circa 150 Personen auf der Baustelle, zu Spitzenzeiten werden über 40 Firmen und bis zu 400 Personen zeitgleich auf der Baustelle sein, erklärt er die Dimensionen. Die Gesamtkosten des Baus belaufen sich auf 190 Millionen Euro, die Fertigstellung ist für den Sommer 2015 geplant. „Im fertigen Gebäude sollen später einmal 340 Büros untergebracht werden“, berichtet Hans Zieger von der Bundestagsverwaltung, Referat Bauplanung und Liegenschaften. „Dazu kommen Besprechungsräume, Archivflächen, Kunstausstellungsbereiche und gastronomische Einrich-

tungen.“ Das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus beherbergt derzeit das „parlamentarische Gedächtnis“ des Bundestages. Teile der wissenschaftlichen Dienste, die Parlamentsbibliothek und die dazugehörigen Archive sind hier untergebracht. Sie sollen auch im Neubau weiterhin erhalten bleiben. Die derzeitige Halle im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus wird mit dem Erweiterungsbau verbunden. Entlang der Luisenstraße wird auf dem vom Architekten Stephan Braunfels geplanten Gebäude ein turmartiger Aufbau entstehen, der mit 36 Metern genauso hoch sein wird, wie das Kanzleramt. Das Gesamtensemble erhält an der Straße einen neuen repräsentativen Haupteingang. Über diesem soll eine öffentlich zugängliche „Stadtlögia“ entstehen, die über eine seitliche Treppe und einen Aufzug erreicht werden kann. Hier wird der neue Kunstraum des Bundestages untergebracht werden, der bisherige Kunstraum am Spreeufer dafür zu einem öffentlichen Bistro umgebaut werden. Ebenfalls leichter zugänglich wird der Lesebereich des Parlamentsarchivs, der entlang der Luisenstraße auf Straßenniveau angeordnet wird.

Julian Burgert

LESERPOST

Zur Ausgabe 27-28 vom 1.7.2013, „Jahrhundertflut reloaded“ auf Seite 3:

Im ihrem Artikel über das Hochwasser dieses Jahres werden die Flutvorgänge im sächsischen Grimma als Beispiel aufgeführt. Sie schreiben: „Hätte man die Schutzwand in Grimma rechtzeitig fertiggestellt, dann wäre das Wasser im benachbarten Eilenburg vielleicht über die dortige Wand gestiegen.“ Als Grimmaer Bürger sehe ich mich dazu veranlasst, ihrer Schlussfolgerung zu widersprechen.

Die künftige Hochwasserschutzmauer in

Grimma ist nur für Hochwasser ausgelegt, wie es einmal in 100 Jahren vorkommt. Das Hochwasser im Juni diesen Jahres hatte aber die Stärke einer Flut, wie sie einmal alle 150 Jahre vorkommt. Auch mit einer wirksamen Mauer hätte also das Hochwasser Grimma geflutet. Davor hatte die hiesige Bürgerinitiative schon seit Jahren gewarnt. Eine Flutung der Stadt hätte zudem nur einen geringen Einfluss auf den Wasserpegel gehabt und somit Eilenburg kaum entlastet. Selbst die Flutung der in der Gegend größten Talsperre hat nur geringen Einfluss auf

den Wasserpegel, was Experten der Landes-talsperrenverwaltung schon 2002 nachgewiesen hatten. Im weiteren Verlauf des Textes wird die Schlussfolgerung weiter widerlegt. So zitieren Sie zum Beispiel Professor Schumann, der darauf hinweist, dass vor Anknüpfung des Scheitels der Hochwasserwelle die Auen oft schon vollgelaufen seien. Das war auch in Grimma der Fall. Demnach dürfte die Stadtlutung aufgrund der fehlenden Mauer keine wesentliche Auswirkung auf die Eilenburg gehabt haben.

Werner Reibetanz, Grimma

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 9. September.

SEITENBLICKE



NACHRUF

Lothar Bisky gestorben

Die Linke trauert um Lothar Bisky. Der langjährige Vorsitzende der Partei verstarb am 13. August mit 71 Jahren.

Obwohl seit 1963 SED-Mitglied, wurde Bisky erst nach der Wende aktiver Politiker. Von 1993 bis 2000 und von 2003 bis 2007 war Bisky PDS-Chef. Nach deren Fusion mit der WASG führte er mit Oskar Lafontaine bis 2010 die neugegründete Partei Die Linke. Hier galt Bisky als Mittler zwischen den zerstrittenen Parteiflügeln. Nach Jahren im brandenburgischen Landtag saß Bisky 2005 bis 2009 im Bundestag. 2005 scheiterte seine Kandidatur als Bundestagsvizepräsident in vier Wahlgängen. 2009 zog er ins Europaparlament ein. Bisky wurde am 17. August 1941 in Pommern geboren und wuchs in Schleswig-Holstein auf. 1959 wanderte er in die DDR aus. Der studierte Kulturwissenschaftler war zur Zeit der Wende in der DDR Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg. Die Parteit Spitze würdigte Lothar Bisky als „großen Mitgestalter der Gegenwart“.



picture-alliance/epa/epa

PERSONALIA

>Wilhelm Müser † Bundestagsabgeordneter 1965-1969, CDU

Am 29. Juli starb Wilhelm Müser kurz vor Vollendung seines 85. Lebensjahrs. Der aus Velbert stammende Bundesbahnbeamte trat 1953 der CDU bei und war viele Jahre Kreisvorsitzender seiner Partei. Von 1956 bis 1999 gehörte er dem Kreistag in Mettmann an. Dort amtierte er von 1969 bis 1989 und von 1994 bis 1999 auch als Landrat. Müser war Direktkandidat des Wahlkreises Düsseldorf-Mettmann I und engagierte sich im Bundestag im Verkehrsausschuss.

>Rolf Niese Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD

Am 21. August wird Rolf Niese 70 Jahre alt. Der promovierte Mathematiker und Pädagoge aus Hamburg trat 1962 der SPD bei, war von 1978 bis 1989 Unterbezirksvorsitzender in Hamburg-Bergedorf und von 1978 bis 1989 Mitglied des Landesvorstands der SPD Hamburg. Der Hamburgischen Bürgerschaft gehörte er von 1978 bis 1986 an. Niese, Direktkandidat des Wahlkreises Hamburg-Bergedorf und langjähriger Schriftführer, engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen sowie im Haushaltsausschuss. Als Förderer der niederdeutschen Sprache hat sich der Hamburger Abgeordnete besondere Verdienste erworben.

>Lothar Haase Bundestagsabgeordneter 1961-1983, CDU

Am 30. August vollendet Lothar Haase sein 90. Lebensjahr. Der aus Kassel stammende Diplom-Volkswirt und Verwaltungsober der Bundesanstalt für Arbeit trat 1948 der CDU bei. Von 1957 bis 1961 war er hessischer Landesvorsitzender der Jungen Union und von 1960 bis 1985 Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Kurhessen-Waldeck. Haase, der im Bundestag vorwiegend im Haushaltsausschuss mitarbeitete und 1982/83 an dessen Spitze stand – zugleich war er 1983 auch Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses –, war von 1983 bis 1990 Mitglied des Europäischen Rechnungshofs in Luxemburg.

>Wolfgang Böttsch Bundestagsabgeordneter 1976-2005, CSU

Wolfgang Böttsch wird am 8. September 75 Jahre alt. Der promovierte Jurist aus Würzburg, CSU-Mitglied seit 1960 und zunächst vielfältig in der Jungen Union auf Landes-ebene engagiert, war von 1973 bis 1991 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Würzburg-Stadt. Von 1982 bis 1989 amtierte Böttsch als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 1989 bis 1993 als deren Erster stellvertretender Vorsitzender. Zugleich hatte er das Amt des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag inne. Von 1993 bis 1997 war Böttsch Bundesminister für Post- und Telekommunikation und von 1998 bis 2002 Justiziar der CDU/CSU-Fraktion. Der Direktkandidat des Wahlkreises Würzburg gehörte im Bundestag zuletzt dem Auswärtigen Ausschuss an.

>Erika Lotz Bundestagsabgeordnete 1994-2005, SPD

Am 9. September begeht Erika Lotz ihren 70. Geburtstag. Die Einzelhandelskauffrau und Gewerkschaftssekretärin aus Leun im Lahn-Dill-Kreis schloss sich 1972 der SPD an. Sie war Vorsitzende des gleichnamigen Unterbezirks und gehörte dem Vorstand der SPD Hessen-Süd an. Lotz, bis 1998 stellvertretende Vorsitzende des DGB Hessen, engagierte sich darüber hinaus in der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und ist Mitglied des Präsidiums des AWO Bundesverbands. Die Direktkandidatin des Wahlkreises Lahn-Dill arbeitete im Bundestag zuletzt im Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung mit.

>Peter Dreßen Bundestagsabgeordneter 1994-2005, SPD

Peter Dreßen vollendet am 9. September sein 70. Lebensjahr. Der Betriebswirt und Einzelhandelskaufmann aus Emmendingen ist seit 1968 SPD-Mitglied. Von 1972 bis 1980 amtierte er als Unterbezirksgeschäftsführer seiner Partei und von 1980 bis 1994 als DGB-Kreisvorsitzender von Freiburg und Breisgau. Mitglied des Stadtrats von Emmendingen war er von 1971 bis 1994 und gehörte von 1973 bis 1984 dem gleichnamigen Kreisrat an. Im Bundestag engagierte sich Dreßen in allen drei Wahlperioden im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung beziehungsweise im Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung.

bmh

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 2.-3.09.2013
NSU-Untersuchungsausschuss (Mo),
Bundeshaushalt 2014 (Di)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream